

Aus dem Institut für Lebensmittelsicherheit und -hygiene
des Fachbereichs Veterinärmedizin
der Freien Universität Berlin

**Gesetzesvollzug bei Verstößen gegen deutsche tierschutzrechtliche Normen:
Entwicklung von Handlungsempfehlungen und retrospektive Analyse des Auftretens
verschiedener Verstöße in deutschen Schlachtbetrieben**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades
einer Doktorin der Veterinärmedizin
an der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Stephanie Janet Schneidewind
Tierärztin
aus Burlington, VT, USA

Berlin 2024

Journal-Nr.: 4472

Gedruckt mit Genehmigung

des Fachbereichs Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin

Dekan: Univ.-Prof. Dr. Uwe Rösler

Betreuung: Univ.-Prof. Dr. med. vet. Diana Meemken

Erster Gutachter:in: Univ.-Prof. Dr. med. vet. Diana Meemken

Zweite Gutachter:in: Univ.-Prof. Dr. med. vet. Christa Thöne-Reineke

Dritter Gutachter:in: Univ.-Prof. Dr. med. vet. Marcus G. Doherr

Deskriptoren (nach CAB-Thesaurus): animal welfare, regulations, control guidelines, abattoirs, meat production, germany

Tag der Promotion: 21.06.2024

Für meine Familie

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	1
1 EINLEITUNG.....	2
2 LITERATURÜBERSICHT.....	4
2.1 Tierschutzrechtliche Rahmenbedingungen zur Betreuung und Schlachtung bzw. Tötung von Tieren im Schlachtbetrieb.....	4
2.1.1 Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 zum Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung.....	4
2.1.2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art 20a.....	5
2.1.3 Tierschutzgesetz (TierSchG).....	6
2.1.4 Tierschutz-Schlachtverordnung (TierSchIV).....	6
2.2 Rechtliche Grundlagen der amtlichen Überwachung des Tierschutzes und des Vollzugs tierschutzrechtlicher Normen im Schlachtbetrieb.....	7
2.2.1 EU-Kontrollverordnung 2017/625.....	8
2.2.2 Durchführungsverordnung (EU) 2019/627.....	8
2.2.3 Die Garantenstellung der amtlichen Tierärzt:innen.....	9
2.3 Mögliche sowie verpflichtende Maßnahmen bzw. Verfahren für den Vollzug tierschutzrechtlicher Normen.....	9
2.3.1 Formlose Maßnahmen.....	9
2.3.2 Verwaltungsverfahren.....	9
2.3.3 Ordnungswidrigkeitenverfahren.....	11
2.3.4 Erstattung einer Strafanzeige.....	12
2.4 Rechtlich unverbindliche Überwachungs- und Vollzugshinweise.....	13
2.4.1. Handbuch Tierschutzüberwachung bei der Schlachtung und Tötung.....	13
2.4.2. Gute fachliche Praxis der tierschutzgerechten Schlachtung von Rind und Schwein.....	13
2.4.3. Merkblatt zu tierschutzrelevanten Mängeln bei der Schlachtung.....	14
2.5 Defizite in der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften bezüglich der Betreuung und Schlachtung bzw. Tötung von Tieren an deutschen Schlachtbetrieben.....	14
2.6 Veröffentlichte Maßnahmen bei vergangenen Tierschutzdefiziten.....	15
2.7 Defizite im Vollzug tierschutzrechtlicher Vorschriften nach Vorkommen eines Tierschutzverstoßes.....	18
3 PUBLIKATION 1.....	20
4 PUBLIKATION 2.....	38
5 DISKUSSION.....	51
6 ZUSAMMENFASSUNG.....	58
7 SUMMARY.....	60
8 PUBLIKATIONSVERZEICHNIS.....	62
8.1 Publikationen mit Erstautorenschaft.....	62

8.2	Vorträge	62
9	LITERATURVERZEICHNIS	64
10	DANKSAGUNG	72
11	EIDESTÄTTLICHE ERKLÄRUNG.....	73
12	FINANZIERUNG.....	73
13	INTERESSENSKONFLIKTE.....	73

Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
§	Kürzel für das Wort Paragraph
Art.	Artikel
bzw.	beziehungsweise
EG	Europäische Gemeinschaft
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
i. V. m.	in Verbindung mit
Nr.	Nummer
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
StGB	Strafgesetzbuch
TierSchG	Tierschutzgesetz
TierSchIV	Tierschutz-Schlachtverordnung
VO	Verordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
z. B.	zum Beispiel

1 EINLEITUNG

Nach europäischen und deutschen Rechtsnormen dürfen Tiere im Schlachtbetrieb nur unvermeidbaren Schmerzen und Leiden ausgesetzt werden. Tiere sind so zu betreuen, ruhigzustellen, zu betäuben, zu schlachten oder zu töten, dass, soweit möglich, das Wohlbefinden und natürliche Verhalten der Tiere gewährleistet wird (§ 3 TierSchIV). Die Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften am Schlachtbetrieb ist sowohl aus ethischer Perspektive als auch zur Gewährleistung einer hohen Fleischqualität von erheblicher Bedeutung. Allerdings lassen vereinzelte wissenschaftliche Studien, öffentlich zugängliche Drucksachen, juristische Kommentare zu gerichtlichen Entscheidungen sowie Medienberichte darauf schließen, dass es im Vollzug tierschutzrechtlicher Vorschriften in Schlachtbetrieben Defizite gibt. Insbesondere in den Medien wird häufig über sogenannte "Tierschutzskandale" berichtet, die nach heimlichen Video- und Bildaufnahmen an die Öffentlichkeit gelangen. Dabei sind in vielen Fällen Verstöße gegen die Tierschutzgesetzgebung zu erkennen, die teilweise mit erheblichen und langanhaltenden Schmerzen und Leiden für die betroffenen Tiere einhergehen. Beispiele hierfür sind: die unzulässige Anwendung von bestimmten Treibhilfen, gewalttätige Handlungen gegenüber Schlachttieren sowie Mängel bei der Betäubung und Entblutung. Dabei wird auch die fehlende rechtliche Verfolgung durch zuständige Behörden kritisiert. Häufig wird in diesem Zusammenhang von einem Vollzugsdefizit gesprochen. Eine objektive Beurteilung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften und der (straf-)rechtlichen Verfolgung gestalten sich schwierig, da weder tierschutzrelevante Mängel in Schlachtbetrieben noch die ergriffenen Maßnahmen nach Vorkommen eines Verstoßes bundesweit statistisch erfasst werden. Bisher wurde das Auftreten von Tierschutzverstößen in Schlachtbetrieben sowie Maßnahmen durch die zuständigen Behörden, wie eine (straf-)rechtliche Verfolgung, auch nicht im Rahmen wissenschaftlicher Studien systematisch erforscht. Die wenigen vorhandenen veröffentlichten Daten beziehen sich auf eine geringe Anzahl von Fällen, welche sich meistens auf eine Region oder sogar auf einen einzelnen Schlachtbetrieb begrenzen. Daher liegen keine umfassenden Informationen zur Situation in der gesamten Bundesrepublik vor. Insbesondere bezüglich der getroffenen Maßnahmen im Falle von Tierschutzdefiziten ist die Datenlage begrenzt. Dies veranlasste zur Zusammenstellung von Handlungsempfehlungen bei unterschiedlichen, häufig vorkommenden Tierschutzverstößen und zur retrospektiven Analyse des Vorkommens verschiedener Tierschutzdefizite. Diese Untersuchung befasst sich ausschließlich mit deutschen Schlachtbetrieben. Das übergeordnete Ziel dieser wissenschaftlichen Arbeit besteht in der Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Tierschutzverstößen in deutschen Schlachtbetrieben (EMaTiSch = Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Tierschutzverstößen im Schlachthof). Es ist von besonderer Bedeutung für eine tierschutzgerechte Schlachtung, dass sowohl amtliche

Tierärzt:innen als auch Tierschutzbeauftragte das Schlachthofpersonal regelmäßig auf Fehlverhalten hinweisen und die notwendigen Maßnahmen anordnen. Dies soll durch diese Arbeit und mit Hilfe der Handlungsempfehlungen im Interesse des Tierschutzes standardisiert werden. Der endgültige Maßnahmenkatalog wird die rechtlich korrekte Vorgehensweise bei Tierschutzverstößen sowie angemessene Buß- bzw. Zwangsgeldrahmen, vergangene Verfahrensausgänge und rechtliche Normen für häufige Tierschutzverstöße umfassen. Die Zielgruppe des geplanten finalen Maßnahmenkatalogs ist in erster Linie amtliches Personal (amtliche Tierärzt:innen und Amtstierärz:innen), welches mit dem Tierschutz am Schlachtbetrieb betraut ist sowie Jurist:innen und Tierschutzbeauftragte, die in diesem Bereich tätig sind. Dabei ist zu betonen, dass diese Handlungsempfehlungen rechtlich nicht bindend und auch für die Strafverfolgung nicht leitend sein sollten. Durch die Zusammenstellung vergangener Verfahrensausgänge und der hier entwickelten Handlungsempfehlung sollen Mängel in der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften vorgebeugt werden, da die Konsequenzen für beteiligte Personen transparent und vorhersehbar sind – vergleichbar mit der vorbeugenden Wirkung des öffentlich einsehbaren Bußgeldkatalogs im Straßenverkehr. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine verbesserte Datengrundlage von entscheidender Bedeutung.

2 LITERATURÜBERSICHT

Im folgenden Abschnitt werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Betreuung, Schlachtung und Tötung von Tieren in Schlachtbetrieben erläutert. Dabei werden die folgenden Verordnungen und Gesetze zusammenfassend dargestellt: die Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 zum Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Artikel 20a) und die Tierschutz-Schlachtverordnung (TierSchIV). Zusätzlich werden die rechtlichen Grundlagen für die amtliche Überwachung des Tierschutzes und die Umsetzung tierschutzrechtlicher Normen in Schlachtbetrieben grob dargestellt, darunter die EU-Kontrollverordnung 2017/625 und die Durchführungsverordnung (EU) 2019/627.

2.1 Tierschutzrechtliche Rahmenbedingungen zur Betreuung und Schlachtung bzw. Tötung von Tieren im Schlachtbetrieb

In den Abschnitten 2.1.1 bis 2.1.4 werden die Rechtsnormen zusammengefasst, welche die Betreuung von Tieren im Schlachtbetrieb regeln. Diese sind die Verordnung (EG) Nr. 1099/2009, das Tierschutzgesetz (TierSchG) und in der Tierschutzschlachtverordnung (TierSchIV). Grundsätzlich gilt, dass Tiere bei ihrer Tötung keine vermeidbaren Schmerzen, Leiden oder Qualen erleiden dürfen (§ 1 TierSchG). Die Verordnungen und Gesetze enthalten Bestimmungen zur Gewährleistung eines hohen Tierschutzstandards. Darin enthalten sind Mindeststandards, die von allen Bundesländern einzuhalten sind.

2.1.1 Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 zum Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung

Die Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des Rates der Europäischen Union vom 24. September 2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung umfasst den Tierschutz betreffende Vorschriften, die ein Schlachtbetrieb bei der Tötung oder Schlachtung von Tieren einhalten muss. Sie besagt, dass Schlachthofbetreiber:innen zu jeder Zeit den physischen Komfort, Schutz und eine saubere Unterbringung sicherstellen müssen, wobei das Normalverhalten der Tiere beim Umgang und der Unterbringung zu berücksichtigen ist (Artikel 3). Die Verordnung beinhaltet detaillierte Regeln für den Bau und die Ausstattung von Schlachtbetrieben. Außerdem umfasst die Verordnung ausführliche Bestimmungen zur Handhabung und Betreuung von Tieren. Dies gilt sowohl für den Umgang mit Tieren vor der Fixierung als auch für Methoden der Fixierung und Betäubung von Tieren, einschließlich der Schulung der entsprechenden Mitarbeitenden und der angemessenen Wartung der Ausrüstung. So dürfen Tiere beispielweise nicht unter einem längerfristigen Entzug von Futter oder Wasser untergebracht werden (Artikel 3 Nr. 2 Buchstabe e). Artikel 7 regelt, dass das Töten und damit verbundene Tätigkeiten nur von Personen mit der erforderlichen Kompetenz im Sinne des Sachkundenachweises gemäß Artikel 21 durchgeführt werden dürfen. Des Weiteren regelt die Verordnung die Beurteilung der effektiven Betäubung, das Anschlingen,

das Hochziehen oder Ausbluten lebender Tiere sowie das Schlachten im Rahmen religiöser Praktiken. Tiere müssen vor dem Schlachten betäubt werden und bis zum Tod bewusstlos bleiben, es sei denn, es handelt sich um eine rituelle Schlachtung. Außerdem verpflichtet die Verordnung Schlachtbetriebe zur betrieblichen Eigenkontrolle. Dies beinhaltet beispielsweise ein betriebliches Überwachungsverfahren zur Betäubung (Artikel 16) sowie die regelmäßige Instandhaltung und Kontrolle der Fixierungseinrichtung und Betäubungsgeräte (Artikel 9). Die für die Betäubung zuständigen Personen müssen zudem durch regelmäßige Kontrollen sicherstellen, dass die Tiere in der Zeit zwischen dem Ende des Betäubungsvorgangs und dem Tod keine Anzeichen einer mangelhaften Betäubung aufweisen. Diese Kontrollen erfolgen anhand einer repräsentativen Stichprobe von Tieren. Die Häufigkeit wird auf Grundlage der Ergebnisse vorheriger Kontrollen festgelegt, wobei sämtliche Faktoren berücksichtigt werden, die die Effektivität der Betäubung beeinträchtigen könnten. Die Unternehmer:innen benennen für einen Schlachtbetrieb eine bzw. einen Tierschutzbeauftragte(n), wenn der Schlachtbetrieb bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Gemäß Artikel 17 muss demnach ein Tierschutzbeauftragter bzw. eine Tierschutzbeauftragte in Betrieben benannt werden, wenn jährlich mehr als 1.000 Großvieheinheiten (GVE) Säugetiere oder 150.000 Stück Geflügel oder Kaninchen geschlachtet werden. Gemäß Artikel 17 Absatz 5 sind die Tierschutzbeauftragten in Schlachtbetrieben verpflichtet, Aufzeichnungen über die getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes zu führen. Diese Aufzeichnungen umfassen Anweisungen und Schulungen für das Personal sowie organisatorische, bauliche und technische Maßnahmen. Zudem sollten Maßnahmen für den Fall der Nichteinhaltung von Arbeitsanweisungen dokumentiert werden. Änderungen an Arbeitsanweisungen oder dem Überwachungsverfahren der Betäubung sind ebenfalls zu protokollieren. Schließlich müssen auch Mitteilungen des Tierschutzbeauftragten an den Unternehmer festgehalten werden. Die Aufzeichnungen müssen mindestens ein Jahr aufbewahrt werden. Auf Antrag der zuständigen Behörde müssen die Aufzeichnungen vorgelegt werden. Zuständige Behörden haben die Befugnis, Verfahren zu ändern, die Produktion zu verlangsamen oder zu stoppen, die Häufigkeit von Kontrollen zu erhöhen und Kompetenzzertifikate auszusetzen oder zurückzuziehen.

2.1.2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art 20a

Die Wirksamkeit tierschützender Bestimmungen sollte durch die Aufnahme des ethischen Tierschutzes in die Grundgesetznorm Art. 20a GG im Jahr 2002 sichergestellt werden. Dabei wurde der Tierschutz gesetzlich zum Staatsziel deklariert und mit anderen Verfassungsgütern gleichgestellt. Dies bedeutet, dass das Tier unabhängig von menschlichen Interessen um seiner selbst willen geschützt werden soll.

2.1.3 Tierschutzgesetz (TierSchG)

Das Tierschutzgesetz ist ein Bundesgesetz. Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen (§ 1 Satz 1 TierSchG). So beinhaltet § 1 zudem den Grundsatz, dass einem Tier ohne „vernünftigen Grund“ keine Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden dürfen. Das Töten von Wirbeltieren zur Lebensmittelgewinnung oder im Rahmen waidgerechter Jagdausübung gilt als vernünftiger Grund (Helmer 2011). Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang § 4 TierSchG. Dieser Paragraph besagt, dass ein warmblütiges Tier nur geschlachtet werden darf, wenn es vor Beginn des Blutentzugs zum Zweck des Schlachtens betäubt worden ist: ein Wirbeltier darf „nur unter wirksamer Schmerzausschaltung (Betäubung) in einem Zustand der Wahrnehmungs- und Empfindungslosigkeit oder sonst, soweit nach den gegebenen Umständen zumutbar, nur unter Vermeidung von Schmerzen getötet werden“. Ausnahmen hierzu sind in § 4 Buchstabe a des Tierschutzgesetzes geregelt: Es bedarf keiner Betäubung, wenn sie bei Notschlachtungen nach den gegebenen Umständen nicht möglich ist oder die zuständige Behörde eine Ausnahmegenehmigung für ein betäubungsloses Schlachten (Schächten) erteilt hat. Eine Ausnahmegenehmigung darf nur erteilt werden, um den Bedürfnissen von Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu entsprechen, denen zwingende Vorschriften ihrer Religionsgemeinschaft das Schächten vorschreiben oder den Genuss von Fleisch nicht geschächteter Tiere untersagen. Rituelle Schlachtungen ohne Betäubung dürfen seit dem Urteil aus dem Jahr 2018 (Rechtsprechung EuGH, 29.05.2018 - C-426/16) ausschließlich in zugelassenen Schlachthöfen vorgenommen werden, welche den Anforderungen der VO (EG) Nr. 853/2004 entsprechen. Fehlende Kapazitäten von zugelassenen Schlachtbetrieben, wie es beispielsweise während des islamischen Opferfestes der Fall sein kann, ist keine Rechtfertigung für die Durchführung ritueller, betäubungsloser Schlachtungen außerhalb zugelassener Schlachtbetriebe. Für die rituelle Schlachtung ist immer eine Ausnahmegenehmigung notwendig. Ein Wirbeltier töten darf nur, wer die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat. Laut § 4 Nr. 1 Buchstabe a „haben Personen, die berufs- oder gewerbsmäßig regelmäßig Wirbeltiere zum Zweck des Tötens betäuben oder töten, gegenüber der zuständigen Behörde einen Sachkundenachweis zu erbringen“. § 4 Buchstabe b befähigt das Bundesministerium, Maßnahmen zu ergreifen, dass den Tieren nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen zugefügt werden.

2.1.4 Tierschutz-Schlachtverordnung (TierSchIV)

Diese Rechtsverordnung dient insbesondere der Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des Rates der Europäischen Union vom 24. September 2009 hinsichtlich der geforderten Schulungen, der Notwendigkeit eines Sachkundenachweises sowie der auf

Schlachtbetrieben durchzuführenden Kontrollen. Zudem enthält sie einzelne Bestimmungen für die Betreuung und Schlachtung bzw. Tötung von Tieren, die von der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 ausgenommen oder nicht geregelt sind. Einige Aspekte, wie beispielweise der Einsatz von elektrischen Treibhilfen, werden durch die TierSchIV restriktiver geregelt. Ein weiteres Beispiel: den Tieren im Schlachtbetrieb muss laut Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 ab einer Wartezeit von 12 h Futter zur Verfügung gestellt werden. Laut der nationalen TierSchIV beträgt diese Zeitspanne jedoch nur 6 h. In § 16 der TierSchIV sind den Schlachtbetrieb betreffende Ordnungswidrigkeiten aufgelistet, welche in Verbindung mit § 18 TierSchG zu ahnden sind.

2.2 Rechtliche Grundlagen der amtlichen Überwachung des Tierschutzes und des Vollzugs tierschutzrechtlicher Normen im Schlachtbetrieb

Der Aufsicht durch die zuständige Behörde unterliegen laut § 16 Absatz 1 TierSchG Einrichtungen, in denen Tiere geschlachtet werden. Grundsätzlich untergliedert sich das öffentliche Veterinärwesen in Deutschland in die oberste Landesbehörde (Länderebene), die mittlere Veterinärbehörde (Regierungsbezirksebene) und die untere Veterinärbehörde (Kreisebene) (Schlüter 2006). Das Lebensmittel- und Veterinäramt auf Kreisebene ist unter anderem dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass der Tierschutz ordnungsgemäß umgesetzt wird (Schlüter 2006). Der amtliche Tierarzt bzw. die amtliche Tierärztin hat die Aufgabe, Maßnahmen des Schlachthofbetreibers den Tierschutz betreffend zu überprüfen, Mängel abzustellen und diese auch in Zukunft zu verhindern. Die Aufgaben des amtlichen Tierarztes bzw. der amtlichen Tierärztin innerhalb der Schlachtier- und Fleischuntersuchung umfassen unter anderem die Erstellung von Vermerken, die Sicherung von Beweisen, die Anfertigung von Berichten sowie die Zuarbeit im Rahmen von Verwaltungsakten und Gutachten (Bundestierärztekammer e. V. 2019). Des Weiteren gehören Sachverständigentätigkeiten und die Einleitung von Maßnahmen zur Mängelbeseitigung sowie deren Umsetzung zu den Aufgaben der amtlichen Tierärzt:innen (Bundestierärztekammer e.V. 2019). Dies schließt auch die Umsetzung von verwaltungsrechtlichen Maßnahmen wie Anordnungen, Ordnungswidrigkeitsverfahren und Strafanzeigen ein (Bundestierärztekammer e.V. 2019). Die Anwesenheitspflicht des amtlichen Tierarztes bzw. der amtlichen Tierärztin beschränkt sich grundsätzlich auf die Dauer der Schlachtier- und Fleischuntersuchung (Frisch und Merl 2019). In Bezug auf den Zutrieb, die Fixation, die Betäubung und die Entblutung existiert keine Vorschrift für eine kontinuierliche Überwachung durch amtliches Personal (Hahn 2021a). Eine gesetzliche Pflicht zur Überprüfung der Betäubungsanlagen durch die Veterinärbehörden gibt es ebenfalls nicht (Hahn 2021a). Aktuell ist auch keine Videoüberwachung an Schlachtbetrieben gesetzlich vorgeschrieben (Stand: März 2024). Laut einer Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages zur Zulässigkeit von Videoaufzeichnungen in Schlachthöfen (Ausarbeitung WD 3 - 3000 - 073/18,

2018) dürfte „eine vollumfängliche, unbeschränkte, verdachtsunabhängige Videoüberwachung [...] mit datenschutzrechtlichen Vorgaben nicht vereinbar sein“.

2.2.1 EU-Kontrollverordnung 2017/625

Die EU-Kontrollverordnung 2017/625 legt verbindlich die grundlegenden Anforderungen für den Aufbau und die Durchführung der behördlichen Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen innerhalb der EU für alle Mitgliedstaaten fest. Sie regelt (unter anderem) die amtlichen Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz. In Absatz 2 ist festgelegt, dass Schlachtieruntersuchungen im Schlachtbetrieb von einem amtlichen Tierarzt durchgeführt werden. Gemäß Absatz 2 Buchstabe d Nr. 6 unterliegt die Verantwortung zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen über die Gesundheit der Tiere sowie für den Tierschutz beim amtlichen Tierarzt. Gemäß Absatz 32 „sollten“ die zuständigen Behörden „regelmäßig risikobasiert und mit angemessener Häufigkeit amtliche Kontrollen in allen Bereichen und im Hinblick auf alle Unternehmer, Tätigkeiten, Tiere und Waren durchführen, für die Unionsvorschriften zur Lebensmittelkette gelten“. Um die Wirksamkeit dieser Kontrollen sicherzustellen, beschreibt Absatz 33 im Anschluss, dass die Kontrollen ohne Vorankündigung durchgeführt werden „sollten“. Die Maßnahmen der zuständigen Behörden in Bezug auf die Produktion von Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, werden in Artikel 18 beschrieben. Artikel 138 beschreibt, dass die zuständigen Behörden bei Feststellung eines Verstoßes die notwendigen Schritte ergreifen, „um den Ursprung und Umfang des Verstoßes sowie die Verantwortlichkeit des Unternehmers zu klären“ sowie angemessene Maßnahmen, „um sicherzustellen, dass der betroffene Unternehmer den Verstoß beendet und künftige Verstöße dieser Art verhindert.“

2.2.2 Durchführungsverordnung (EU) 2019/627

Die Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission dient sowohl der Festlegung einheitlicher praktischer Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union, als auch der Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission in Bezug auf amtliche Kontrollen. Der amtliche Tierarzt oder die amtliche Tierärztin überprüft die Einhaltung der Vorschriften zum Schutz der Tiere zum Zeitpunkt der Schlachtung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 und der nationalen Tierschutzvorschriften (Artikel 38). Die Ergebnisse der durchgeführten amtlichen Kontrollen werden vom amtlichen Tierarzt oder der amtlichen Tierärztin dokumentiert und bewertet. Maßnahmen im Falle von Verstößen gegen die Tierschutzanforderungen sind in Artikel 44 festgelegt. Bei Verstößen gegen verschiedene Artikel der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 prüft der amtliche Tierarzt, ob der Lebensmittelunternehmer unverzüglich die erforderlichen Abhilfemaßnahmen ergreift, um eine

Wiederholung zu verhindern. Unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit können, je nach Art und Schwere des Problems, Anweisungen erteilt oder die Produktion gedrosselt oder vollständig eingestellt werden.

2.2.3 Die Garantenstellung der amtlichen Tierärzt:innen

Laut § 16a Satz 1 „trifft“ die Behörde zur Beseitigung festgestellter Verstöße und die zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen. Durch die Wortwahl stellt sich die Frage, ob der Behörde ein Ermessen bei der Entscheidung eingeräumt ist (Leondarakis und Kohlstedt 2011). Thilo (2020) beschreibt die in diesem Kontext mittlerweile vorherrschend fachliche Meinung, dass kein Entschließungsermessen vorliegt. Stattdessen hat die Behörde eine grundsätzliche Pflicht zum Handeln. Art. 20a GG, welcher den Tierschutz zum Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland erklärt, besagt, dass besondere Gründe vorliegen müssen, die ein Nichteinschreiten rechtfertigen, um ausnahmsweise untätig zu bleiben. Die Untätigkeit der Behörde kann zur strafrechtlichen Verfolgung des verantwortlichen Behördenmitarbeiters bzw. der verantwortlichen Behördenmitarbeiter:in führen. Falls der Fall nicht an die Staatsanwaltschaft übergeben wird, wird eine strafrechtliche Haftung wegen Strafvereitelung durch Unterlassung gemäß §§ 258, 258a 13 des deutschen Strafgesetzbuches in Betracht gezogen. § 27 des deutschen Strafgesetzbuches besagt, dass untätige Amtsträger strafrechtlich für Unterlassung belangt werden können, entweder als Mittäter oder aufgrund von Beihilfe. Im Rahmen der Berufsausübung kann der verantwortliche Behördenmitarbeiter bzw. die verantwortliche Behördenmitarbeiter:in persönlich für Versäumnisse zur Rechenschaft gezogen werden und muss privat haften.

2.3 Mögliche sowie verpflichtende Maßnahmen bzw. Verfahren für den Vollzug tierschutzrechtlicher Normen

Bei tierschutzrelevanten Problemen unterrichtet der amtliche Tierarzt bzw. die amtliche Tierärztin ggf. die anderen zuständigen Behörden (Artikel 44 der Durchführungsverordnung (EU) 2019/627). Die folgenden Abschnitte befassen sich mit Maßnahmen, welche entweder das zuständige Veterinäramt oder der amtliche Tierarzt bzw. die amtliche Tierärztin vor Ort vollziehen kann.

2.3.1 Formlose Maßnahmen

Eine schriftliche Belehrung der verantwortlichen Person(en) und der betriebsverantwortliche(n) Person(en) und der Tierschutzbeauftragten kann als Maßnahme durchgeführt werden (persönliche Mitteilung von amtlichen Tierärzt:innen).

2.3.2 Verwaltungsverfahren

Nach der in § 9 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) enthaltenen Legaldefinition ist das Verwaltungsverfahren „die nach außen wirkende Tätigkeit der Behörden, die auf die Prüfung

der Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Erlass eines Verwaltungsaktes oder auf den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags gerichtet ist; es schließt den Erlass des Verwaltungsaktes oder den Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrags ein.“ Ein Verwaltungsakt ist nach § 35 VwVfG „jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist“. Das Verwaltungsverfahren betreffend, gibt es am Schlachtbetrieb keine speziellen Normen. Ein Verwaltungsakt wird nach einem Verstoß am Schlachtbetrieb auf § 16a TierSchG gestützt. Das Verwaltungsverfahren nach § 16a Absatz 1 Satz 1 TierSchG dient der Mängelbeseitigung und der Gefahrenabwehr. Dabei trifft die Behörde notwendige, den Fall betreffende Anordnungen, um einen festgestellten Verstoß zu beseitigen. Sämtliche Handlungen, die gegen eine tierschutzrechtliche Vorschrift verstoßen, können über § 16a Satz 1 vollzogen werden. Das Auswahlermessen im Zuge dieses Verfahrens wird durch den Wortlaut „kann“ und „insbesondere“ im Satz verdeutlicht: „Sie kann insbesondere [...]“ (Leondarakis und Kohlstedt 2011). Nach der Feststellung eines Verstoßes wird im Zuge eines Verwaltungsverfahrens gemäß § 28 des VwVfG eine Anhörung durchgeführt, um eine tierschutzrechtliche Verfügung vorzubereiten. Die Behörde erlässt im Regelfall ihre Anordnung gegenüber demjenigen/derjenigen, der/die durch sein/ihr Handeln (auch: pflichtwidriges Unterlassen) für den tierschutzwidrigen Vorgang oder Zustand ursächlich geworden ist bzw. zu werden droht. Dies ist in vielen Fällen der Schlachthofbetreiber bzw. die Schlachthofbetreiberin, nicht der Mitarbeiter bzw. die Mitarbeiterin, vor allem bei baulichen und technischen Mängeln (Hahn und Kari 2022), aber auch bei einer mangelhaften Sachkunde. Grundsätzlich ist der Adressat bzw. die Adressatin anwesend. Dabei müssen der Person die entscheidungserheblichen Tatsachen, soweit er oder sie diese nicht schon kennt, die Ergebnisse einer etwaigen Beweisaufnahme mitgeteilt werden. Zudem muss die angeklagte Person die Gelegenheit haben, dazu Stellung zu beziehen (Bergschmidt 2015). Nachfolgend erlässt die Behörde eine Verfügung. Nimmt der Betreiber oder die Betreiberin eines Schlachthofs die Anweisungen, auch als „Bescheid“ bezeichnet, des Veterinäramtes an, wird die Anordnung rechtskräftig (Bergschmidt 2015). Der Betreiber oder die Betreiber:in des Schlachtbetriebs setzt dann die Anweisungen des Veterinäramtes um oder akzeptiert die getroffenen Maßnahmen. Falls der Schlachthofbetreiber bzw. die Schlachthofbetreiber:in die Verfügung des Veterinäramtes nicht akzeptiert, besteht in einigen Ländern die Möglichkeit, beim Veterinäramt oder der übergeordneten Behörde (z. B. dem Regierungspräsidium) Widerspruch einzulegen (Bergschmidt 2015). Gegen den Verwaltungsakt kann innerhalb einer Frist eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden, § 70 Absatz 1 Verwaltungsgerichtsordnung. Falls die Argumente des Schlachthofbetreibers oder der Schlachthofbetreiberin nachvollziehbar sind, kann der Bescheid aufgehoben oder abgeändert

werden (Bergschmidt 2015). Andernfalls wird ein Widerspruchsbescheid erlassen. Wenn der Schlachthofbetreiber oder die Schlachthofbetreiberin den Widerspruch nicht akzeptiert, besteht in allen Bundesländern die Möglichkeit, vor dem Verwaltungsgericht Klage zu erheben. Andernfalls wird der Bescheid rechtskräftig und ist vollstreckbar (Bergschmidt 2015).

Zwangsgeld ist eines der nach dem allgemeinen Verwaltungsrecht zulässigen Zwangsmittel (§§ 235 Landesverwaltungsgesetz) zum Vollzug von Verwaltungsakten. Ein Zwangsgeld wird festgesetzt, wenn einer vollziehbaren Verfügung (ggf. nach Ablauf der Frist) nicht nachgekommen wird. Die Androhung eines Zwangsgeldes für den Fall des Verstoßes /der Zuwiderhandlung gegen die Anordnung liegt im Ermessen der Behörde (Bruckert et al. 2021). Das Verwaltungsverfahren ist in Veterinärbehörden eine effektive Maßnahme, weil Mängel sich dadurch gut abstellen und auch künftig zufriedenstellend verhindern lassen. Eine amtliche Tierärzt:in äußerte sich in einem persönlichen Gespräch folgendermaßen dazu: „Man schreibt dadurch quasi seinen eigenen Bußgeldkatalog. Die Maßnahmen sind in die Zukunft gerichtet, um die Situation der Tiere zu verbessern. Darum gibt es wenige Einschränkungen“ (persönliche Mitteilung).

2.3.3 Ordnungswidrigkeitenverfahren

Gemäß dem Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz handelt es sich bei Ordnungswidrigkeiten um Gesetzesverstöße, die vom Gesetzgeber als nicht so gravierend betrachtet werden, dass sie mit strafrechtlichen Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet werden müssen. Stattdessen können sie auch von einer Verwaltungsbehörde mit einer Geldbuße geahndet werden. Das deutsche Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) gibt allen Verwaltungsbehörden in allen Bundesländern die gesetzliche Grundlage zur Verhängung von Bußgeldern als Sanktionsmaßnahme für Gesetzesverstöße im Bereich der Ordnungswidrigkeiten. In diesem Verfahren wird ebenfalls eine Anhörung der verantwortlichen Person durchgeführt (Bergschmidt 2015). Während Strafverfolgungsbehörden grundsätzlich gemäß dem Legalitätsprinzip verpflichtet sind, bei Verdacht auf eine Straftat einzuschreiten, liegt es laut dem Opportunitätsprinzip im Ermessen der Verwaltungsbehörde, ob sie eine Ordnungswidrigkeit verfolgt und ahndet (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022). Im Falle einer geringfügigen Ordnungswidrigkeit kann auch nach § 56 OWiG eine mündliche Verwarnung mit oder ohne ein Verwarngeld (in Höhe von 5 - 55 €) ausgesprochen werden (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022). Die Höhe einer Geldbuße wird grundsätzlich unter § 17 OWiG geregelt. Hier besagt Absatz 4, dass die Geldbuße den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen soll. Die Höhe der Bußgelder weicht bei Tierschutzverstößen am Schlachtbetrieb jedoch ab. Ein Rahmen für die Höhe der Geldbuße für unterschiedliche Verstöße gegen die TierSchIV ist unter § 18 TierSchG zu finden. Eine Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 18 Absatz 4 TierSchG in den diversen Fällen

mit einer Geldbuße bis zu 25.000,- €, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu 5.000,- € geahndet werden. Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 18 TierSchG sind mit einem an den Einzelfall bzw. an die Erheblichkeit des Verstoßes (je nach Schmerzen, Leiden und Schäden des Tieres) sowie an die Einkommensverhältnisse angepassten Bußgeld zu ahnden. Legt der Betreiber oder die Betreiber:in des Schlachtbetrieb keinen Einspruch beim Veterinäramt ein, wird der Bußgeldbescheid rechtskräftig und vollstreckbar. Dabei kommt § 130 OWiG zum Tragen, wenn Hinweise dafür vorhanden sind, dass die betriebsverantwortlichen Personen vorsätzlich oder fahrlässig die Aufsichtsmaßnahmen unterlassen haben, die erforderlich sind, um in dem Schlachtbetrieb Zuwiderhandlungen gegen Pflichten zu verhindern. Wenn ein Ordnungswidrigkeitsverfahren geführt wird, sich aber zudem Hinweise auf eine Straftat ergeben, dann besteht eine Pflicht, diese Sache an die Staatsanwaltschaft abzugeben (§ 41 Absatz 1 OWiG). Ein Ordnungswidrigkeitenverfahren kann parallel zu einem Verwaltungs- sowie Strafverfahren ablaufen.

2.3.4 Erstattung einer Strafanzeige

Eine Straftat am Schlachthof bedeutet, dass die angeklagte Person vorsätzlich gemäß § 17 TierSchG i. V. m. § 15 (Strafgesetzbuch) StGB handelt. Hierbei ist die Staatsanwaltschaft für die Ermittlung zuständig. Wenn Anhaltspunkte für eine Straftat laut § 17 TierSchG erfüllt sind, ist dies eine Straftat gemäß § 15 StGB und somit ist die Verwaltungsbehörde nach § 41 OWiG Absatz 1 verpflichtet, den Fall an die Staatsanwaltschaft abzugeben. Die Folgen sind schwerwiegender und weitreichender als bei einer Ordnungswidrigkeit. Eine vorsätzlich begangene Tierquälerei kann dazu führen, dass sich der/die Angeklagte vor dem Strafrichter bzw. der Strafrichterin in einer öffentlichen Hauptverhandlung verantworten muss (ISIK Rechtsanwälte 2024). Eine Straftat kann mit einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder einer Geldstrafe geahndet werden. Strafbar ist es, ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund zu töten (§ 17 Abs. 1 TierSchG), einem Wirbeltier aus Rohheit erhebliche Schmerzen oder Leiden oder länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden (§ 17 Abs. 2 Buchstabe a und b) zuzufügen. Das Merkmal der „Erheblichkeit“ dient zur Ausgrenzung von Bagatellfällen (Hahn 2021a). Je erheblicher die Schmerzen und Leiden, desto kürzer die Dauer, um als Straftat gemäß § 17 zu gelten (Hahn 2021a). In einem Fall eines vergangenen Tierschutzverstoßes reichte schon eine Dauer von 25 Sekunden, um den laut §17 Nr. 2b als Straftat zu gelten (Hahn 2021a). Geahndet wird die vorsätzlich begangene Tierquälerei. Wird die Sache nicht an die Staatsanwaltschaft abgegeben, kommt eine Strafbarkeit gemäß §§ 258, 258a und 13 StGB wegen Strafvereitelung im Amt durch Unterlassen in Betracht. Wird der Fall an die Staatsanwaltschaft abgegeben, kann sie entweder Anklage erheben, einen Strafbefehl erlassen oder das Verfahren (mit oder ohne Auflagen) einstellen (Bergschmidt 2015). Im Fall einer Einstellung kann der Fall zur Verfolgung als Ordnungswidrigkeit an das Veterinäramt

zurückgegeben werden. Der Strafbefehl (z. B. eine Geldstrafe) wird rechtskräftig, wenn die für den Verstoß verantwortliche Person keinen Einspruch einlegt. Wird Einspruch eingelegt, so kommt es zur Hauptverhandlung vor Gericht. Dies kann mit einer Verurteilung, einem Freispruch oder einer Einstellung enden. Ein Entzug des Jagd- und Waffenscheins erfolgt ab 60 Tagessätzen (siehe § 5 Waffengesetz). Ab 91 Tagessätzen erfolgt ein Eintrag ins Bundeszentralregister und die Verurteilung taucht im polizeilichen Führungszeugnis auf (Bräutigam 2023).

2.4 Rechtlich unverbindliche Überwachungs- und Vollzugshinweise

2.4.1. Handbuch Tierschutzüberwachung bei der Schlachtung und Tötung

Das Handbuch wurde von der Arbeitsgruppe Tierschutz der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz zusammengestellt und wird regelmäßig aktualisiert. Es richtet sich an Mitarbeitende in Vollzugsbehörden, die Vollzugshinweise gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung und der Tierschutz-Schlachtverordnung benötigen. Das Handbuch beinhaltet fachliche Anleitungen zum Tierschutz während der Schlachtung, zu den Maßnahmen der Behörde und den Anordnungen gemäß der TierSchlV oder VO (EG) Nr. 1099/2009. Darin werden Hinweise zur Dokumentation und den Eigenkontrollpflichten des Unternehmers sowie zu den Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Tierschutzbeauftragten beschrieben. Zudem enthält das Handbuch Informationen zur erforderlichen Sachkunde der Mitarbeitenden zum Vorgehen bei einer amtlichen Kontrolle, mögliche Maßnahmen der Behörde sowie Interpretationshilfen zu verschiedenen Rechtstexten. Es werden auch Checklisten zur Verfügung gestellt, beispielweise für die Kontrolle der Anlieferung, der Entladung und des Wartebereichs. In diesem Handbuch werden jedoch keine konkreten Maßnahmen für verschiedene Verstöße gegen den Tierschutz aufgezeigt, die beispielsweise auch vergangene Verfahrensausgänge oder die fachliche Meinung von Expert:innen zu konkreten Verstößen beinhalten.

2.4.2. Gute fachliche Praxis der tierschutzgerechten Schlachtung von Rind und Schwein

Das Beratungs- und Schulungsinstitut (bsi-Schwarzenbek) hat Hinweise zur „Guten fachlichen Praxis der tierschutzgerechten Schlachtung von Rind und Schwein“ veröffentlicht (bsi-Schwarzenbek 2013). Dies schließt teilweise rechtlich bindende Grenzwerte und Richtwerte sowie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Empfehlungen ein. Das Handbuch bietet zudem eine Übersicht zur guten fachlichen Praxis in verschiedenen Schritten des Schlachtprozesses, einschließlich einer Beschreibung der Kontrollkriterien für jeden spezifischen Schritt. Dabei werden auch Maßnahmen bei Abweichungen beschrieben, z. B. "Mahnung/Meldung an das Veterinäramt". Angaben zu anderen Tierarten fehlen, ebenso wie angemessene Verfahrensausgänge und angemessene Buß – bzw. Zwangsgeldrahmen.

2.4.3. Merkblatt zu tierschutzrelevanten Mängeln bei der Schlachtung

Das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichte ein Merkblatt zu tierschutzrelevanten Mängeln bei der Schlachtung (2019). Das Dokument beschreibt für unterschiedliche Abweichungen Sofortmaßnahmen durch Unternehmer:innen und weiterführende Maßnahmen. Beispielsweise wird für den „Einsatz von verbotenen Treibhilfen /-methoden“ und „nicht sachgerechtes Treiben“ folgendes vorgeschlagen: „Unterbrechung der fehlerhaften Arbeitsmethoden; Entfernung der unzulässigen Treibhilfen; Austausch des Mitarbeiters“ und „Schulung der verantwortlichen Mitarbeiter; Anschaffung von geeigneten Treibhilfen, Arbeitsprozess überprüfen, ggf. neu festlegen und in SAA beschreiben“. In diesem Dokument fehlen jedoch Handlungsanweisungen für amtliches Personal.

2.5 Defizite in der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften bezüglich der Betreuung und Schlachtung bzw. Tötung von Tieren an deutschen Schlachtbetrieben

Von Holleben und von Wenzlawowicz (2008) schrieben, dass die „Umsetzung der rechtlichen Anforderungen zukünftig deutlich größerer Anstrengungen als bisher bedarf, um einen tierschutzgerechten Umgang mit Schlachttieren zu gewährleisten.“ Die Aktualität dieser Aussage zu Mängeln an deutschen Schlachtbetrieben zeigt sich in jüngeren Publikationen zum Tierschutz am Schlachthof. Reymann (2016) führte im Zeitraum von Januar 2014 bis Januar 2015 im Rahmen einer Dissertation eine Untersuchung in 20 großen Schlachtbetrieben in Bayern durch, um die Einhaltung von Tierschutzstandards gemäß den Vorgaben des bayerischen Qualitätsmanagementsystems und des Systems der US-amerikanischen Professorin Temple Grandin zu überprüfen. Das Hauptziel dieser Studie bestand darin, die Eignung der tierbezogenen Leitparameter zur Bewertung des Tierschutzes während der Schlachtung zur Reduktion des Kontrollaufwands zu ermitteln. Die Ergebnisse wurden anonym veröffentlicht und zeigten den Anteil erfüllter gesetzlicher Vorgaben in verschiedenen Funktionsbereichen für alle 20 Schlachtbetriebe auf. Diese Funktionsbereiche waren: Anlieferung, Wartestall, Zutrieb, Betäubung, Entblutung und Dokumentation. Aus der Veröffentlichung kann entnommen werden, dass die überwiegende Mehrheit der Schlachtbetriebe in allen Funktionsbereichen tierschutzrelevante Defizite aufwies. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Häufigkeiten verschiedener Verstöße in der Veröffentlichung nicht deskriptiv dargestellt wurden. Beanstandete Defizite wurden für die einzelnen Betriebe beschrieben, beispielweise folgendermaßen: „Einige Tiere wurden mit mehrstündiger Verzögerung abgeladen“ und „einige Schweine waren ohne Wasserversorgung untergebracht.“ Dies sind sehr wichtige und interessante Informationen, jedoch sind diese möglicherweise nicht für die restlichen Bundesländer repräsentativ und auch nicht für kleinere

Schlachtbetriebe. Eine höhere Repräsentativität für die Bundesrepublik hatten möglicherweise die Ergebnisse einer Expert:innenbefragung zur Bewertung der Tierschutzrelevanz einzelner Schlachtprozessschritte sowie des Potenzials zur Verbesserung durch Schulungen im Bereich des Transports und der Schlachtung von Rindern und Schweinen (Duckwitz et al. 2022). Bei einer Delphi-Umfrage waren sich teilnehmende Expert:innen (darunter Schlachthofbetreiber:innen, Lehrende an Universitäten mit relevanten Fachgebieten, Transportunternehmer:innen, Tierschutzbeauftragte, Tierärzt:innen in der Fleischuntersuchung sowie andere in dem Bereich tätige Personengruppen) einig, dass insbesondere die Kontrolle der Betäubung von hoher Bedeutung ist und durch Schulungen optimiert werden kann. Dieses genannte Verbesserungspotenzial könnte auf Defizite im Bereich der Betäubung hindeuten, jedoch wurden Teilnehmer:innen nicht explizit zum Vorkommen von Tierschutzdefiziten befragt. Konkrete Defizite beschrieben Frisch und Merl (2019) in einem Erfahrungsbericht über handwerkliche Schlachtbetriebe im Regierungsbezirk Darmstadt. Zu den Mängeln zählten unzureichendes Einstreumaterial, eine mangelhafte Wasser- und Futtermittellieferung und eine gemeinsame Aufstallung unverträglicher Tiere. In einer älteren Publikation beschrieb Tröger (2008), dass nicht tierschutzkonforme Elektrobetäubungen in der Praxis, unabhängig von der Betriebsgröße, relativ häufig vorkommen: „Fehler umfassen nicht korrekte Elektrodenansätze (wobei das Hirn nicht auf kürzester Verbindungslinie zwischen den Elektroden liegt), schlecht gewartete Geräte (z. B. Elektrodenzustand) und mechanisch/elektrotechnisch nicht einwandfrei funktionierende bzw. prinzipiell nicht geeignete Anlagen“. Zudem beschrieb Tröger, dass es bei schweren Schweinen häufig zu Fehlbetäubungen kommt. Mit den Ursachen diverser Verstöße an Schlachtbetrieben befasste sich eine jüngere Publikation in der rechtswissenschaftlichen Fachliteratur. Hahn und Kari (2022) beschreiben in einer Publikation den engen Zusammenhang zwischen baulichen Mängeln in Schlachtbetrieben und Tierschutzverstößen. Die Autorinnen schlussfolgern wie folgt: Verweigert der Betreiber oder die Betreiberin eines Schlachtbetriebs die Behebung baulicher Mängel oder auch nur die Reduzierung der Schlachtgeschwindigkeit und „kommt es daraufhin zu Tiermisshandlungen durch Mitarbeitende, machen sich die Beteiligten regelmäßig nach § 17 Nr. 2 lit. A und b TierSchG strafbar“.

2.6 Veröffentlichte Maßnahmen bei vergangenen Tierschutzdefiziten

Vor Beginn der Untersuchung konnten fünf gerichtliche Entscheidungen von juristischen Datenbanken (OpenJur, Juris) akquiriert werden. Im Rahmen dieser Gerichtsverfahren wurden mehrere Geldstrafen und Geldbußen verhängt. Tatbestand war primär die vorsätzliche Anwendung erheblicher Gewalt beim Treiben der Tiere sowie erhebliche Betäubungsmängel und Verstöße gegen § 8 TierSchIV. Außerdem war eine Liste verhängter Bußgelder aus dem

Regierungsbezirk Kassel öffentlich zugänglich (2019). Hier wurde für unterschiedliche Verstöße die Höhe des Bußgeldes genannt, ohne dabei die Details der Tat oder die Befunde am Tier zu beschreiben. Zum Beispiel wurde für das Schlachten eines Schafes ohne Betäubung in zwei Fällen ein Bußgeld in Höhe von 300 € verhängt ohne dabei das Ausmaß der Schmerzen und Leiden oder den Tatbestand zu beschreiben. Abgesehen davon wurden für vereinzelte mildere Tierschutzverstöße Maßnahmen in veröffentlichten Drucksachen beschrieben. Es folgt nun eine Beschreibung der in den Drucksachen veröffentlichten Maßnahmen. Laut einer veröffentlichten Mängelliste bezüglich des Brucker Schlachthofs im Jahr 2017 (Drucksache 17/17245) wurde eine inkorrekte Ansatzstelle der Zange bei der Elektrobetäubung von Schweinen dokumentiert. Als Maßnahme folgte eine mündliche Belehrung der Mitarbeitenden zum Ansatz der Elektrozange, wofür der amtliche Tierarzt hinzugezogen wurde. Die mündliche Belehrung ist in veröffentlichten Drucksachen eine sehr häufige Maßnahme. Beispielsweise wurden laut Drucksache 16 / 8998 (2020) zwischen 2018 und 2020 durch die Veterinärbehörde der Stadt Freiburg 76 Kontrollen der Betäubung von Schweinen und Rindern bei der Schlachtung durchgeführt, wobei 16 Beanstandungen vermerkt wurden und in 14 Fällen eine mündliche Belehrung als Maßnahme folgte. Weitere Maßnahmen waren: eine Schulung, eine Anordnung, und ein Bußgeldverfahren. Nach der Beobachtung der folgenden Tierschutzdefizite am Brucker Schlachthof kam es zu einem Mängelbericht mit Fristsetzung, zu mündlichen Anordnungen sowie zu einer schriftlichen Belehrung. Die Mängel waren: Das Tränkebecken für Schafe im Wartestall war zu hoch angebracht, es kam beim Zutrieb zu einem mehrfachen Einsatz elektrischer Treibgeräte entgegen § 5 TierSchIV, ein Mitarbeiter drehte den Schwanz eines Rindes beim Zutrieb als Treibhilfe, anschließend stand das Rind lange in der Betäubungsbox und die Kopfbewegung war in der Rinderbetäubungsbox nur teilweise eingeschränkt. In Schlachtbetrieben in Baden-Württemberg führten laut Drucksache 16/8998 Beanstandungen der Betäubung zu sehr unterschiedlichen Maßnahmen: Schriftliche Anordnungen, Untersagung der Betäubung durch eine bestimmte Person, mündliche Belehrung und in wenigen Fällen zu einer Sanktion (wie ein Bußgeldverfahren) (Drucksache 16 / 8998). Im Kreis Unna wurde laut Vorlage 17/4904 (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz 2021) im Jahr 2021 Strafanzeige erhoben wegen eines Verstoßes gegen § 17 Nr. 2 b TierSchG bei der Staatsanwaltschaft Dortmund aufgrund eines Verdachts des Schächtens ohne entsprechende Genehmigung von Rindern und Schafen in einem kleineren Schlachtbetrieb in Selm (Kreis Unna): „Die Rede ist hier von 117 Schafen und 31 Rindern, die mutmaßlich im Jahr 2021 an mehreren Tagen nachts außerhalb der regulären Schlachtzeiten ohne amtliche Schlachtier- und Fleischuntersuchung in dem Betrieb geschächtet wurden“. Nachdem im August 2020 Vorwürfe gegen den Schlachthof Gärtringen zu tierschutzrelevanten Missständen bezüglich Treiben und Betäuben von Schlachttieren bekannt wurden, hat das Ministerium für Ländlichen

Raum und Verbraucherschutz umgehend über das Regierungspräsidium Stuttgart das zuständige Landratsamt Böblingen die Behörde angewiesen, geeignete Maßnahmen, „insbesondere zur Verstärkung und Anpassung der betriebseigenen und behördlichen Kontrollen“, umzusetzen. Außerdem wurde laut Drucksache 16 / 8920 (2020) auf Anweisung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Zahl der amtlichen Tierärzte am Schlachthof Gärtringen verdoppelt, um die Kontrollintensität noch weiter zu verstärken“. Im Doppelhaushalt 2020/2021 konnte eine deutliche Stärkung des Veterinärpersonals in den unteren Verwaltungsbehörden erzielt werden. Zusätzlich wurden „flächendeckend Veterinärhygienekontrolleure eingestellt, die bei der Tierschutzüberwachung unterstützend tätig werden.“ Und „Als weitere Maßnahme wird [...] die Stabsstelle Tiergesundheit und Verbraucherschutz am Regierungspräsidium Tübingen um ein Sachgebiet Tierschutz verstärkt.“ (Drucksache 16 / 8920). Nach Vorwürfen gegen einen Schweineschlachtbetrieb in Laatzen-Gleidingen wurden laut eines Einstellungsbescheides Bildmaterial und Videoaufnahmen im Hinblick auf Verstöße gemäß § 17 TierSchG und Ordnungswidrigkeiten nach dem Tierschutzrecht ausgewertet (Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft Oldenburg vom 10.06.2020). Dabei wurden im Einstellungsbescheid mehrere Verstöße gegen tierschutzrechtliche Normen aufgezählt. Aufgrund eines Fehlens eindeutiger Anzeichen von Schmerzen und Leiden wurde das Verfahren eingestellt: „Auch wenn der insgesamt 19malige Einsatz einer elektronischen Treibhilfe, davon 15mal Treibstab mit Spiralkabel und 4mal ein anderer Elektrotreiber, bei einem in der Fortbewegung offensichtlich beeinträchtigten Schwein für ein rohes Handeln der tätigen Person spricht, ließ sich anhand der Aufnahmen und der Aktenlage weder belegen noch ausschließen, dass dem betroffenen Schwein durch die Einwirkung der unterschiedlichen Treibhilfen erhebliche Schmerzen und/ oder Leiden zugefügt worden waren.“ Das Verfahren wurde an das zuständige Veterinäramt weitergeleitet, da Hinweise vorlagen, dass die treibenden Mitarbeitenden nicht gemäß Art. 7 Abs. 2 Nr. a) der VO (EG) Nr. 1099/2009 ausreichend sachkundig waren, um Schweine zu treiben. Damit wurde im Einstellungsbescheid begründet, dass entsprechende Schulungen sowie ein Vorgehen nach Art. 22 Abs. 1 c) der VO (EG) Nr. 1099/2009 beziehungsweise eine vorübergehende oder endgültige Entziehung des Sachkundenachweises gemäß § 4 Abs. 6 der TierSchIV „angezeigt sein dürfte.“ In der zweiten Akte der Ermittlungen gegen den Schlachtbetrieb wurde festgehalten, dass der Person, „die insgesamt 19mal eine elektrische Treibhilfe bei einem in der Fortbewegung offensichtlich beeinträchtigten Schwein einsetzte, der Sachkundenachweis gemäß Art. 22 Abs. 1 c) der VO (EG) Nr. 1099/2009 beziehungsweise gemäß § 4 Abs. 6 TierSchIV zu entziehen sein dürfte.“ Die vom Veterinäramt eingeleiteten Maßnahmen sind jedoch nicht bekannt.

2.7 Defizite im Vollzug tierschutzrechtlicher Vorschriften nach Vorkommen eines Tierschutzverstößes

Siegert (2022) zog die folgende Bilanz: „Während Art. 20a GG in dogmatischer Hinsicht ein effektives Mittel für eine Verbesserung des rechtlichen Tierschutzniveaus darstellt, bleibt die deutsche Staatspraxis auch 20 Jahre später hinter dem grundgesetzlichen Handlungsauftrag zurück.“ Wie oft und durch welche Behörden oder andere Einrichtungen (z. B. privatwirtschaftliche Prüfstellen) ein Schlachthof insgesamt kontrolliert wird, lässt sich nicht ermitteln (Drucksache 17/17245). Speziell den Schlachtbetrieb betreffend beschrieben Hahn und Hoven (2022) ein grundsätzliches Vollzugsdefizit im Tierschutzstrafrecht. In einer Befragung bejahten grundsätzlich alle befragten Landestierschutzbeauftragten und Amtstierärzt:innen das Vorliegen dieses Vollzugsdefizits. Die Autor:innen beschreiben dabei als Ursache folgende Punkte: Grundsätzliche Probleme der modernen Tierhaltung, politische Einflussnahme (Ausüben von Druck auf Veterinärbehörden und auf Staatsanwaltschaften) und eine fehlende Ausbildung und Erfahrung im Tierschutzstrafrecht von Jurist:innen und Veterinärmediziner:innen. Das Tierschutzstrafrecht wird laut Kari (2021) auch in der Aus- und Weiterbildung von Amtstierärzt:innen nur unzureichend behandelt. Außerdem tragen die folgenden Punkte laut Hahn (2021) ebenfalls zu dem Vollzugsdefizit bei: Amtsveterinäre erlangen nicht von allen Verstößen Kenntnis, und wenn, schreiten sie nicht zwingend ein. In diesem Zusammenhang erfolgt auch „häufig“ keine Abgabe als Straftat an die Staatsanwaltschaft. Des Weiteren passieren rechtliche Fehler bei der Prüfung, ob eine Straftat in Betracht kommt. Außerdem ist der Tierschutz am Schlachthof nicht die einzige Aufgabe des amtlichen Personals. Kari (2021) beschreibt die Schlüsselrolle, die Amtstierärzte in Strafverfahren spielen: „Von ihrer Expertise und ihrem Engagement hängt es häufig ab, ob Tierschutzdelikte aufgedeckt und angemessen strafrechtlich geahndet werden.“ Amtstierärzt:innen tragen eine große Verantwortung, dass Tierschutzdelikte entsprechend geahndet werden. Eine uneinheitliche bzw. unterlassene Sanktionierung tierschutzrelevanter Verstöße konnte Thilo (2020) wissenschaftlich nachweisen. Die statistische Analyse des Zusammenhangs zwischen der Schwere eines Verstoßes und des Verfahrensausgangs ergab, dass bei Tierschutzdelikten kein signifikanter Zusammenhang besteht. Ein Problem in diesem Zusammenhang ist auch der steigende Personalmangel in den Veterinärbehörden, welcher die amtliche Schlachtier- und Fleischuntersuchung gefährdet (Forst 2022). Frisch und Merl (2019) schreiben, dass es insgesamt wünschenswert wäre, eine häufigere Anwesenheit amtlicher Tierärzte während der Schlachtungen in kleinen Betrieben zu haben. Derzeit sei die Tierschutzkontrolle durch den amtlichen Tierarzt laut Autor:innen eine Ausnahme. Um potenzielle Schwierigkeiten und Defizite bei der Verfolgung von Verstößen gegen tierschutzrechtliche Normen im Nutztierbereich zu identifizieren und Vorschläge zur Verbesserung zu sammeln, führte Bergschmidt (2015) eine explorative Untersuchung durch.

Der Ausgangspunkt für diese Studie war die Feststellung unter Amtstierärzt:innen, dass eindeutige Verstöße gegen das Tierschutzgesetz von den Justizbehörden wie Staatsanwaltschaften und Gerichten nicht als solche betrachtet und dementsprechend nicht strafrechtlich verfolgt würden. Während der im Rahmen der Studie durchgeführten Fokusgruppendifkussionen haben die zwei Gruppen auch die Gründe für die Zurückweisung von Verfahren durch Staatsanwaltschaften und Richter erörtert. Dabei wurden einstimmig folgende Punkte als Ursachen genannt: ein geringeres Interesse und Engagement für den Tierschutz bei Staatsanwält:innen und Richter:innen; mangelnde Fachkenntnisse bezüglich spezifischer Tierschutzgesetze und des Schmerzempfindens von Tieren sowie unzureichende personelle Ressourcen (Arbeitsüberlastung) und Mängel in Gutachten und Dokumentationen. Oft werden strafrechtlich relevante Verstöße gegen das Tierschutzgesetz bei Nutztieren eingestellt oder mit relativ geringen Bußgeldern sanktioniert (Bergschmidt, 2015). Braunmiller kritisierte ebenfalls, dass aktuelle Sanktionen keine abschreckende Wirkung haben (2021). Laut Tröger (2008) kommt es wiederholt dazu, dass Tiere, bei denen die großen Gefäße beim Entblutungsstich verfehlt wurden oder die unabsichtlich nicht gestochen wurden, auf der Narentblutestrecke oder später ihre Empfindungs- und Wahrnehmungsfähigkeiten wiedererlangen. Daraufhin gelangen wahrnehmungsfähige Tiere in die Brühanlage. Laut Tröger fehlt in diesem Zusammenhang eine adäquate Reaktion der Betriebe und der amtlichen Überwachung. Johanna Hahn schrieb zum Beschluss des OLG Frankfurt a. M. vom 14. Dezember 2020 – 2 Ss 194/20 folgendes: „Obwohl aus der veterinärbehördlichen Praxis regelmäßig von Verstößen wie fehlerhaften Betäubungen berichtet wird, sind Verurteilungen der handelnden Schlachthofmitarbeiter selten“ (Hahn 2021b). Im Zuge dieses Kommentars beschrieb sie, dass im Jahr 2018 bei einem Ermittlungsverfahren gegen Amtstierärzte, die bei schweren Tiermisshandlungen durch Schlachthofmitarbeiter – unzulässiges Malträtieren mit Elektroschockern – nicht eingegriffen und die Verstöße nicht einmal aktenkundig gemacht hatten.

3 PUBLIKATION 1

Measures and Penalties for Animal Welfare Violations at German Abattoirs: A Compilation of Current Recommendations and Practices

Maßnahmen und Strafen bei Tierschutzverstößen in deutschen Schlachthöfen: Eine Zusammenstellung aktueller Empfehlungen und Praktiken

Animals 2023, 13(18), 2916.

<https://doi.org/10.3390/ani13182916>

This article is an open access article distributed under the terms and conditions of the Creative Commons Attribution (CC BY) license (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>).

Eingegangen: 6. Juli 2023

Überarbeitet: 4. September 2023

Akzeptiert: 12. September 2023

Veröffentlicht: 14. September 2023

Stephanie Schneidewind war maßgeblich in die Studienplanung und -durchführung einbezogen. Sie führte die Literaturrecherche durch, organisierte den Austausch mit amtlichen Tierärzt:innen und Jurist:innen und leitete das Online-Kolloquium. Des Weiteren war sie für die Durchführung der Online-Umfrage verantwortlich, einschließlich der Akquise der Teilnehmenden. Die Aufbereitung und Auswertung der gesammelten Daten wurden ebenfalls von ihr durchgeführt. Darüber hinaus verfasste sie diese Publikation und präsentierte die Ergebnisse auf mehreren wissenschaftlichen Konferenzen (siehe Publikationsverzeichnis).

Article

Measures and Penalties for Animal Welfare Violations at German Abattoirs: A Compilation of Current Recommendations and Practices

Stephanie Janet Schneidewind *, Diana Meemken  and Susann Langforth 

Working Group Meat Hygiene, Institute of Food Safety and Food Hygiene, School of Veterinary Medicine, Freie Universität Berlin, 14163 Berlin, Germany; diana.meemken@fu-berlin.de (D.M.); susann.langforth@fu-berlin.de (S.L.)

* Correspondence: stephanie.schneidewind@fu-berlin.de

Simple Summary: In Germany, animal welfare during preslaughter handling and slaughter is governed by national laws and European regulations. However, animal welfare violations still occur at abattoirs, which is an ethical and economic problem. This article describes how our group of research associates investigated which specific measures and penalties responsible authorities consider appropriate for 40 different animal welfare violations at German abattoirs. Past measures and fines are described for some violations. The aim is to provide insight into the status quo, so that flaws in law enforcement can be identified. An online survey, semi-structured interviews, and a virtual colloquium with official veterinarians were conducted. Additionally, relevant judicial decisions from Germany were collected and summarised. Legal professionals were consulted for assistance. Our findings were compiled into a list of measures and penalties. This project is a first step towards achieving a more consistent and standardised enforcement of the German Animal Welfare Act, and thus towards reducing the occurrence of animal welfare violations at German abattoirs.

Abstract: Protecting animal welfare during preslaughter handling and slaughter is an important ethical concern with growing importance to consumers. However, animal welfare violations in abattoirs remain a serious problem, and the enforcement of relevant laws and regulations is often inadequate. This study investigated and compiled the measures and penalties which official veterinarians (OVs) consider appropriate for different animal welfare violations at German abattoirs, including ranges for fines. Additionally, information regarding which measures were taken in past cases, including past procedural outcomes (e.g., judicial decisions and regulatory animal welfare orders in Germany), were gathered and summarised. The aim is to provide insights into the status quo, so that flaws in law enforcement (e.g., imposing low penalties or not filing a criminal complaint when necessary) can be identified in a future study. To achieve this, the following five steps were utilised: acquiring relevant judicial decisions; conducting an anonymous online survey among German OVs; conducting semi-structured interviews with OVs; conducting a virtual colloquium with OVs; and consulting lawyers. Measures and penalties for violations of 40 relevant and frequent different provisions of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing (TierSchlV), in conjunction with the Regulation (EC) No 1099/2009 and the German Animal Welfare Act, were gathered. The findings were compiled into a list of measures and penalties, which contains a separate table for all 40 violations, entailing an overview of the following information: citation(s) of legal/regulatory requirements to protect animals at the time of killing/slaughter; citation(s) of relevant regulatory and criminal penalties; special measures/penalties considered appropriate for the first and repeated offence by OVs; and information on penalties listed in judicial decisions of past similar cases. This initiative is a step towards achieving a reduction of animal welfare violations at German abattoirs.



Citation: Schneidewind, S.J.; Meemken, D.; Langforth, S. Measures and Penalties for Animal Welfare Violations at German Abattoirs: A Compilation of Current Recommendations and Practices. *Animals* **2023**, *13*, 2916. <https://doi.org/10.3390/ani13182916>

Academic Editor: Luiene M. Rocha

Received: 6 July 2023

Revised: 4 September 2023

Accepted: 12 September 2023

Published: 14 September 2023



Copyright: © 2023 by the authors. Licensee MDPI, Basel, Switzerland. This article is an open access article distributed under the terms and conditions of the Creative Commons Attribution (CC BY) license (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>).

Keywords: slaughterhouse; animal cruelty; breaches of animal welfare; transgressions of animal protection laws

1. Introduction

In Germany, the treatment of animals in abattoirs is regulated by Regulation (EC) No 1099/2009 [1], the German Animal Welfare Act (Tierschutzgesetz) [2], and the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing (Tierschutzschlacht-Verordnung) [3]. According to Regulation (EC) No 1099/2009, abattoir operators are principally responsible for ensuring compliance with animal welfare laws and regulations at the abattoir. Official veterinarians (OVs) check compliance with the Animal Welfare Act and the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing in conjunction with Regulation (EC) No 1099/2009, and, if necessary, take the actions required to remedy deficiencies. Section 18 of the German Animal Welfare Act provides vague guidelines for penalties when violations of animal welfare laws and regulations in abattoirs (which will be referred to as “animal welfare violations” from now on) are committed: A regulatory fine of up to EUR 5000.00 or EUR 25,000.00, depending on the violation, can be issued for an offense against the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing in conjunction with Regulation (EC) No 1099/2009. Section 17 of the German Animal Welfare Act states that anyone who inflicts considerable pain or suffering out of cruelty and/or persistent or repeated severe pain or suffering on a vertebrate shall be liable to up to three years imprisonment or a criminal fine.

Animal welfare violations present an important ethical issue, seeing as they inflict avoidable pain, distress, and suffering upon slaughter animals [4]. Furthermore, poor animal welfare during preslaughter and slaughter impacts meat quality negatively [5–7], causes economic losses [4], and conflicts with consumer demand for high standards of animal welfare [8]. Violations of animal welfare standards during slaughter are a pervasive global issue, exhibiting varying degrees of occurrence [9,10]. A study on animal welfare during slaughter in Portugal, Italy, Finland, Brazil, and Spain reported signs of recovery after stunning ranging from 0% to 90% in pigs [11]. According to a scientific study published by Reymann in 2016, animal welfare violations occurred during preslaughter handling, stunning, and exsanguination in all of the Bavarian abattoirs audited [12]. A separate report on the inspections of Bavarian abattoirs in 2014 and 2015 found that more than 50% of the abattoirs inspected showed significant deficiencies, including animal welfare violations [13]. The identified deficiencies encompassed the following: the utilisation of outdated equipment, which resulted in ineffective stunning of slaughter animals, as well as structural shortcomings and a lack of adequate water supply [13,14]. The findings reported in the literature have been corroborated by undercover investigations by animal welfare organisations, which receive a lot of media attention [15]. Articles describing (and sometimes showing) footage of violations of Regulation (EC) No 1099/2009 frequently make headlines in European media (e.g., beating animals or slaughtering ineffectively stunned animals) [16–20]. Additionally, publications describe that there is a deficit in the enforcement of animal welfare laws and regulations at German abattoirs [21]. In general, penalties are particularly low for violations committed against farm animals [22]. Thilo reported that there is no correlation between the severity of an offence and the outcome of the proceedings, and that sanctioning animal welfare violations is inconsistent and often omitted [23]. Lawyer Hahn commented on the court decision of the Higher Regional Court of Frankfurt am Main (Ref. 2 Ss 194/20), which described that deficiencies were tolerated in a German pig abattoir by responsible authorities over years prior to the court sentence, as follows: “German criminal law regarding animal protection exists primarily on paper. Especially in the case of farm animals, there is hardly any actual prosecution of such offences. This also—and especially—applies to animal welfare violations in abattoirs” [24]. When violations are sanctioned, the penalties are not dissuasive. Rather, there is a certain

degree of tolerance towards the mistreatment of farmed animals [25]. Consequences for common violations vary greatly, and sometimes there are no consequences despite official veterinarians documenting and reporting violations [25]. Literature describes that responsible employees are subjected to a verbal instruction and/or an administrative proceeding is initiated in the case of a relatively mild violation [26]. In the case of repeated or significant deficiencies, a regulatory offence or criminal proceedings may be initiated. In cases of severe violation, proceedings may result in the suspension or withdrawal of the establishment's license [26]. Publications on this subject, however, do not categorize different violations according to severity. Contrary to other countries (e.g., Canada [27]), there are no accessible guidelines for the distinction for mild and serious violations at the slaughterhouse. Hahn and Kari described the following violation to be "severe": An employee deliberately bends the tail of a cow and subjected it electric shocks using an unauthorized electric stunning device [8]. The status quo regarding law enforcement in German abattoirs (e.g., sanctions or recommendations for measures and penalties) has not yet been formally investigated. This is also true for other European countries. Various articles focus on the assessment of animal welfare at the abattoir, such as developing a scoring tool for the risk of non-compliance with animal welfare regulations [28]. Other sources provide tips on how to reduce stress and suffering and ease handling of slaughter animals [29]. Some describe corrective actions for problems, but do not include penalties [30]. The German guidelines for the implementation of Regulation (EC) No 1099/2009 provides checklists and general advice for addressing deficits, but it does not describe specific measures and penalties suitable for different concrete violations. Occasionally, sources provide ideas for specific measures, such as hanging up banners with clear instructions to remind employees of which behaviours or tools are not accepted [31], but this does not reveal any information on the status quo of how OVs enforce animal protection laws or what they deem appropriate. This topic is worthy of investigation, seeing as German OVs are criticised for not taking enough action in cases of animal welfare violations [32].

In total, this project developed a list of the measures and penalties that participating OVs evaluated as appropriate for relevant and frequent violations of 40 provisions of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing, in conjunction with the Council Regulation (EC) No 1099/2009 and the German Animal Welfare Act. This information is crucial for identifying shortcomings in law enforcement and exploring ways to improve animal protection at abattoirs. This paper will describe the methodology and outcome of the different steps used to complete this research project. It is important to note that the measures and penalties collected here represent recommendations given by responsible authorities, which demonstrate the status quo of how violations are handled by responsible authorities, rather than presenting how such violations should and must be handled. In the future, experienced legal professionals specialised in administrative, regulatory, and criminal law at abattoirs should thoroughly review and refine these measures and penalties to establish helpful guidelines. This initiative shows great potential in promoting a more consistent and standardised enforcement of the German Animal Welfare Act, thereby potentially reducing the occurrence of animal welfare violations at German abattoirs.

2. Materials and Methods

The list of measures and penalties (including those which OVs recommended and those implemented in the past) was compiled using the following five "steps": acquiring all obtainable relevant judicial decisions from Germany; conducting an anonymous online survey among German OVs; conducting semi-structured interviews with OVs; conducting a virtual colloquium with OVs; and consulting lawyers throughout the course of the project. This project focused on violations at the abattoir, meaning that violations which can occur during transport to the abattoir were not addressed.

Measures and penalties considered appropriate by OVs, in addition to current practices in animal welfare law enforcement (e.g., judicial decisions and past measures described by

survey participants), were compiled for 40 relevant and frequent possible animal welfare violations. The violations addressed were ones which occur during preslaughter handling, stunning, and exsanguination. The violations present regulatory offences according to Section 16 of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing. A framework for a regulatory fine (which can also be applicable for a periodic penalty payment) was included for regulatory offences, which represents the median values of the ranges for fines considered appropriate by our survey participants. For the definition of a regulatory offence and a crime, please see Supplementary Material S1. For each possible violation, a table which presents an overview of the relevant section of an Act/Regulation (Regulation (EC) No 1099/2009; German Animal Welfare Act; German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing); measures and penalties considered appropriate for the first and repeated violation; and details of the outcomes of judicial decisions for past similar cases were included. The final document containing the previously described tables for 40 different animal welfare violations at abattoirs was translated from German into English and can be found in the list of measures and penalties (Supplementary Material S1). The violations described fall into one of the following categories: (1) Violence against slaughter animals and/or use of prohibited driving aids; (2) inadequate housing/ husbandry of animals in lairage; (3) restraining, stunning, and bleeding animals in a manner which violates animal welfare standards; (4) inappropriate handling of ill/injured animals; and (5) individual employees performing tasks relevant to handling/slaughtering animals without an appropriate certificate of competence.

2.1. Acquisition of Relevant Judicial Decisions

Judicial decisions regarding animal welfare violations during preslaughter handling, stunning, and exsanguination were gathered in order to collect information on how courts handled past violations at abattoirs. In the beginning, legal databases (OpenJur [33], Juris [34], beck-online [35]) were used to retrieve relevant available judicial decisions from Germany. Violations occurring during the transport of animals to the abattoir were not analysed, since our study focused exclusively on violations committed at the abattoir. Since only very few judicial decisions could be obtained using the previously mentioned databases (N = 5), media reports on animal welfare violations were systematically researched. For this purpose, an online list of all approved abattoirs (from the year 2006) was used to enter the following search terms into Google © (in German): Abattoir X + Animal Welfare + Breach/Violation/Transgression. “X” refers to a city in which an abattoir was located according to the list. A list from 2006 was used because it was the most recent list available. Additionally, this enabled us to find violations which may have occurred in abattoirs before they closed between 2006 and our investigation in 2021. Relevant information available in the article was recorded (e.g., the species affected; the reference number; the location of the abattoir). The press offices of a total of 33 departments of public prosecution were contacted via e-mail to inquire about 33 different animal welfare violations and asked to provide the corresponding judicial decision for scientific purposes. The judicial decisions received were then summarised and included in the overview, which can be found in Supplementary Material S1, in a column specifically for relevant judicial decisions and notes.

2.2. Conducting an Anonymous Online Survey among OVs

An anonymous online survey was conducted in order to gather information on measures and penalties for specific animal welfare violations at abattoirs from persons with relevant work experience. The study was conducted in accordance with the Declaration of Helsinki, and approved by the Ethics Committee of Freie Universität Berlin (protocol code ZEA-Nr. 2022-007; date of approval: 11 April 2022). The target audience for the survey were OVs and others entrusted with enforcing animal welfare laws and regulations in German abattoirs (e.g., animal welfare officers). Participation in the survey was voluntary and there were no mandatory questions. The survey included questions regarding frequent cases of

violations of Article 16 of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing, which were identified through available literature, judicial decisions, media reports, and interviews with OVs. Altogether, 22 persons tested a mock-up to validate the survey. Suggestions for improvement were incorporated, leading to the final survey. The final survey included 22 constructed but realistic cases of animal welfare violations. In this section, these will be referred to as “cases”. Most cases (18/22) were at least regulatory offences according to Article 16 of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing and the Regulation (EC) No 1099/2009, but in some cases could also be considered crimes due to the prolonged pain and/or suffering inflicted on the animal. The remaining cases also described situations which inflicted considerable pain and/or suffering on the animals, but a description that these specific violations constitute a regulatory offence cannot be found in German or European regulations. The survey was programmed using the online survey tool LimeSurvey, Version 3.28.21. In the beginning, the survey contained questions about the participants’ profession in order to get an impression of their experience and competence. This later allowed screening in terms of a participants’ eligibility for being included in the analysis. Suggestions for improvement were incorporated, leading to the final survey. Overall, the final questions and cases fell into one of seven question groups: questions regarding the participant’s professional experiences (10 questions); violence against slaughter animals and/or the use of prohibited driving aids (8 cases); inadequate housing/husbandry of animals in lairage (3 cases); restraining, stunning, and bleeding animals in a manner which violates animal welfare standards (8 cases); inappropriate handling of ill/injured animals (2 cases); employees performing tasks without an appropriate certificate of competence (1 case); and one question regarding the most common violations in the participant’s work environment (see Supplementary Material S2 for the survey in English and Supplementary Material S3 for the survey in German).

The answers were provided in multiple-choice format. Additionally, a comment box without a word limit was provided for each question. For every case in the survey, the same four questions were asked. The first question addressed what measures/penalties the participants felt would be appropriate if this animal welfare violation occurred (hypothetically). Appropriate measures could be selected for the first and repeated violation, and a range for an appropriate regulatory fine (in EUR) could be provided for the first and repeated violation, if the participant selected that a regulatory fine is an appropriate penalty (e.g., “EUR 200–EUR 500” for the first violation and “EUR 400.00–EUR 1000.00” for the repeated violation). The second question inquired about the occurrence of a similar case in the participant’s work environment in the past three years. Information could be given as to whether a similar case to the violation described had occurred and what measures/penalties were taken or ordered. The question inquired about the past three years, because the measures taken (including penalties) should be relatively recent, in order to reflect the current status quo. The case and/or the measures taken could be described in as much detail as desired using the comment box. Quantitative information on the regulatory fine, the warning fee, or a criminal fine (after a court case) was requested explicitly. The third question dealt with whether, from the point of view of the participant, other/additional measures would be necessary in this case. Other comments on the case could also be made here (e.g., whether the manager or the employee should be held accountable).

The survey was available online for two months from 1 March 2022 to 30 April 2022. Participants were recruited by sending an e-mail including the link for the survey to all veterinary authorities in Germany (N = 431). Calls for participation were also printed in two articles in specialised journals for German-speaking veterinarians and participants in an online conference (attended by approximately 450 people) were informed about the survey before it started.

The data collected were analysed statistically using IBM[®] SPSS Statistics Version 27 (SPSS, Inc., Chicago, IL, USA) and Microsoft Excel 2019 ©. A measure/penalty was

included in the respective table for the individual violation (which can be found in Supplementary Material S1) if over 50.0% of participants evaluated a specific measure as appropriate. The tables in the list of measures and penalties summarise which measures and penalties project participants assessed as appropriate for a specific breach of animal welfare regulations for the first and repeated violation. Additional measures mentioned in the comments section were included if there were comprehensible reasons, such as being based on legal norms or professional experience. Descriptive statistics (mean, median, minimum, maximum, range, and standard deviation) of all suggested values for appropriate regulatory fines were calculated using SPSS. The ranges of appropriate fines and information on past measures (e.g., how high a regulatory fine was) were listed in the list of measures and penalties (Supplementary Material S1).

2.3. Conducting Semi-Structured Interviews with OVs

Semi-structured interviews with six experienced OVs were conducted to gather information on different aspects of animal welfare violations at abattoirs. These OVs were personal contacts of the project's working group. The aim was to gain deeper insights into current practise of measures taken in response to animal welfare violations. Interviews were conducted either over the phone or via the web conferencing platform Cisco Webex. Questions were prepared in advance (e.g., Which kind of animal rights violations occur most frequently in your work environment? Which procedures do you follow when an incident occurs? How is the amount of a regulatory fine decided? What challenges do you face regarding law enforcement?). A full set of the survey questions can be found in Supplementary Material S4. However, interviewees were encouraged to share any relevant information which they believed might be beneficial for the project.

2.4. Conducting a Virtual Colloquium with OVs

In July 2022, a virtual colloquium was conducted on two consecutive days via Cisco Webex to discuss how the measures and penalties proposed by participants of the online-survey should be improved, so that they truly represented the actions which the OV would consider appropriate for different violations. This gave OVs in all German federal states an opportunity to participate. Four hours per day were allocated to ensure enough time for all possible animal welfare violations. An invitation to participate was sent to all veterinary authorities in Germany via e-mail. People who registered to participate received the draft before the colloquium by e-mail, in order to incorporate suggestions for improvements/alterations in advance. During the event, the draft of the Word© document was shared on screen, allowing all attendees to see what changes were made to the document in real time. The aim of this event was to allow participants to discuss suggestions for changes to the measures and penalties proposed, and find a consensus in the end. Requests for modifications could either be provided verbally or in the chat. Overall, 40 possible violations of animal welfare regulations were discussed individually, corresponding to each violation, which can now be found in the list of measures and penalties (in Supplementary Material S1). A vote was taken on important and complex issues, with participants voting in the chat or "raising their virtual hand" (a user-function on Cisco Webex).

2.5. Consultation of Lawyers throughout the Course of the Project

Throughout the course of the project, two lawyers were available to provide guidance. They were involved in order to ensure the correct use of legal terminology when designing the online survey. Additionally, the two lawyers supported the acquisition and analysis of judicial decisions. The lawyers involved were research associates. One is a Visiting Professor who works inter alia on questions of German Public Law and European Law. The other lawyer is a research associate in criminal law, who has published articles on animal welfare violations at the abattoir. The measures and penalties proposed were revised from a legal perspective by both lawyers.

3. Results

This project compiled a list of recommendations for measures and penalties for the 40 violations which can be found in Table 1. Further information can be found in Supplementary Material S1.

Table 1. The 40 animal welfare violations addressed in this project.

No.	Description of Violation
(1)	Use of instruments which administer electric shocks in contravention of Section 5 of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing, in conjunction with Annex III(1.9) of Regulation (EC) No 1099/2009, where multiple violations occur simultaneously (e.g., repeated, inadequately spaced out administrations of electric shocks in body regions other than the muscles of the hindquarters).
(2)	Use of instruments which administer electric shocks in contravention of Section 5 of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing in conjunction with Annex III(1.9) of Regulation (EC) No 1099/2009, whereby one violation occurs (e.g., use of an electric prod on an animal that is too young, but apart from this, the use complies with animal welfare regulations).
(3)	Striking an animal with a driving stick, particularly against a sensitive body part such as the eye, causing harm or distress.
(4)	Kicking an animal.
(5)	Intentionally dropping a door or a gate onto an animal, causing harm or distress.
(6)	Use of a driving tool with a pointed or sharp-edged end to handle or move an animal, causing potential harm or distress.
(7)	Squeezing, rotating or breaking an animal's tail.
(8)	Intentionally applying pressure to a sensitive body part of an animal, such as the eyes, ears, nose, anus, or genitals, causing undue pain or suffering.
(9)	The act of lifting or pulling an animal by its head, fur, ears, horns, legs, or tail.
(10)	The act of grabbing, carrying or tugging poultry in contravention of animal welfare regulations (e.g., by only one wing, the neck, head, tail, wing tips or plumage).
(11)	Forcing animals to move by shouting, or by exhibiting aggressive behaviour.
(12)	Improper use of a herding board or rattle paddle.
(13)	Animals are obstructed or prevented from moving in the required direction by obstacles or structural defects, or these issues create the possibility of escape.
(14)	The permanent unevenness of the ground, such as holes, can compromise the surefootedness of animals walking on floors (e.g., passageways and holding pens).
(15)	Animals do not have access to an adequate supply of drinking water.
(16)	Animals arriving at the abattoir in containers (e.g., poultry) are not provided with drinking water despite not being sent to slaughter within two hours upon arrival.
(17)	Animals not slaughtered within six hours after arriving at the abattoir are not provided with appropriate or sufficient feed, or there are not enough troughs, or there isn't a sufficient trough length per animal to ensure access to feed.
(18)	The holding pens are overcrowded, thereby not providing enough space for every animal to lie down or stand up without hindrance.
(19)	The holding area or unloading area is not properly weather-proofed, resulting in animals being exposed to adverse weather conditions.
(20)	Failure to provide sufficient bedding or any bedding in the holding area.
(21)	Deliberately throwing, dropping or knocking over a container with live animals.
(22)	Animals of different species, sexes, ages, or origins are housed together (despite clearly being incompatible) which may lead to fights, injuries, and unnecessary stress.
(23)	Tying an animal's legs together or to a post in violation of animal welfare standards.
(24)	Lactating dairy cattle are not milked at least every twelve hours.
(25)	Dragging animals that are too weak or injured to walk on their own using painful tools such as a winch or other driving aids.
(26)	Sick or injured animals (which are obviously in severe pain, have large or deep wounds, are bleeding severely, or show a severely disturbed general condition) are housed with healthy animals in holding pens instead of being prioritised for immediate slaughter or euthanasia.
(27)	Inadequate immobilisation of an animal prior to stunning (e.g., the animal can turn around in the stun box/no head restraint when immobilising solipeds or cattle).
(28)	Prohibited methods of immobilizing animals, such as using a bolt shot to the neck.

Table 1. Cont.

No.	Description of Violation
(29)	Using a stunning device with visible defects (such as corroded electrodes, a bent bolt, or worn buffer rubbers) to stun an animal.
(30)	The absence of proper spare equipment or replacement parts for worn components of bolt gun equipment (e.g., buffer rubbers, recuperating spring) during stunning.
(31)	The use of outdated or old stunning equipment that does not meet current animal welfare standards.
(32)	The water bath stunning equipment is inadequate.
(33)	The attachment of the stunning device is incorrect (e.g., the bolt firing device is not positioned on the head correctly, such as not being vertical or secure, causing the bolt to be fired incorrectly or not making contact).
(34)	Failure to perform an assessment of the effectiveness of stunning.
(35)	An animal is slaughtered without prior stunning, without a respective official exemption permit (e.g., for the purpose of Halal/Kosher slaughter)
(36)	An animal that has been ineffectively stunned (e.g., one that shows signs of consciousness such as spontaneous blinking, directed eye movements or reactions to touch) is not re-stunned before exsanguination.
(37)	The time limit allowed between stunning and bleeding is exceeded without a certificate of exemption (in accordance with Section 13(2) of the German Ordinance on the Protection of Animals during Slaughter or Killing).
(38)	Further preparation or scalding of slaughtered animals (such as removing the head, eyes, or ears) is performed while the animal is still showing signs of consciousness.
(39)	Handling and caring for animals prior to stunning is performed by an unqualified person without the required certificate of competence.
(40)	Stunning, killing, and related tasks are carried out by an individual without the required certification of competence.

3.1. Acquisition of Relevant Judicial Decisions

By the end of the project, a total of 16 German judicial decisions from the years between 2015 and 2022 were obtained, which provided valuable insights into the enforcement of animal welfare laws and regulations at abattoirs. There were 20 negative responses to the requests for specific judicial decisions, citing various reasons such as the absence of a reference number, concerns regarding data privacy, or because the court case was still pending. Violations included in the judicial decisions were one or more of the following (listed in descending order of frequency): exceeding the maximum time allowed to pass between stunning and bleeding without a certificate of exemption (in accordance with Section 13 Paragraph 2 of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing); an illegal use of devices which administer electric shocks, kicking/beating animals, exsanguination of ineffectively stunned animals (e.g., an animal which shows signs of consciousness such as spontaneous blinking/directed eye movements/reactions to touch), dragging animals which are too weak or injured to walk on their own with painful driving aids (e.g., a winch), a failure to supply drinking water to animals as required by relevant regulations, and not milking lactating dairy cattle every twelve hours. Several violations of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing and the German Animal Welfare Act are often judged at the same time. Therefore, it was not always possible to provide information regarding which violations lead to which procedural outcomes. However, in many cases, information could be summarised and incorporated into the overview of measures and penalties for different violations, citing a specific fine for a specific violation. These summaries can be found in the respective table for a specific violation in Supplementary Material S1.

3.2. Conducting an Anonymous Online Survey among OV's on Animal Welfare Violations at German Abattoirs

3.2.1. Participants

In total, 312 persons started the survey. Most participants left a varying number of questions unanswered. Altogether, 204 participants (65.4%) ended the survey after the section regarding their profession (questions designed to screen participants). For a participant's responses to be included in the analysis, questions corresponding to at least one case had to be answered. The entire survey was completed by 66 OV's, meaning that N varied between 66 and 108 participants. Information about the participants in the online-survey can be found in Tables 2–5.

Table 2. Number of different abattoirs in which the OV's who participated in the online survey worked in the past three years (N = 108 online survey participants per category).

Number of Different Abattoirs	% of N = 108
1–3	61.8
4–9	33.0
10 or more	5.2

Table 3. Percentage of OV's participating in the online survey who monitored at least one abattoir in the respective categories of slaughtered livestock units (LU) per week (N = 108 online survey participants per category).

Number of LU Slaughtered per Week	% of N
<20	68.5
20 to 100	40.1
>100	59.8

Table 4. Percentage of OV's participating in the online survey who reportedly had experience in overseeing the slaughter of the different species listed below (N = 108 online survey participants per category).

Species	% of N
Pigs	87.0
Cattle	84.3
Sheep	57.4
Goats	42.6
Poultry	26.9
Horses	13.9
Other animals	10.1

Table 5. Percentage of OV's participating in the online survey who reportedly had experience in overseeing different stunning methods (N = 108 online survey participants per category).

Stunning Method	% of N
Captive bolt stunning	90.5
Electrical stunning	83.8
Carbon dioxide stunning	20.0
Electrical water-bath stunning for poultry	16.2

3.2.2. Survey Results

The survey gathered assessments on appropriate measures and penalties for hypothetical violations, as well as information on measures taken if violations occurred in the participants' work environment in the past. The responses corresponding to appropriate measures in the event of a first and repeated violation showed that participants were in

favour of intervening on-site (if possible) rather than punishing violations. Measures with greater financial or work-related consequences, e.g., losing the certificate of competence, tended to be evaluated as appropriate more frequently in the event of a repeated violation. The most common actions identified as appropriate were the following: Intervening and immediately correcting the incorrect working method/technique; informing the supervisor and/or animal welfare officer; conducting an oral briefing with the responsible person(s) (and/or request the animal welfare officers and/or the supervisors of the responsible person(s) to conduct an oral briefing); and more frequent inspections in the affected area of the abattoir. These measures were identified as “basic measures” for an animal welfare violation at the abattoir, seeing as they were favoured by over 50.0% of participants in most cases, as demonstrated in the case shown in Figures 1 and 2. Two cases were outliers regarding favoured measures and penalties. The first outlier is a case in which an animal is not stunned prior to exsanguination for the purpose of slaughter, without a respective official exemption permit (e.g., for the purpose of Halal/Kosher butchering). The second outlier is a case in which a downer cattle is dragged out of a vehicle and into a slaughterhouse instead of humanely killing it according to German regulations. In this case, participants evaluated measures with greater consequences as appropriate for the first violation. Listing these measures as “basic measures” despite the two outliers was agreed on in the virtual colloquium.

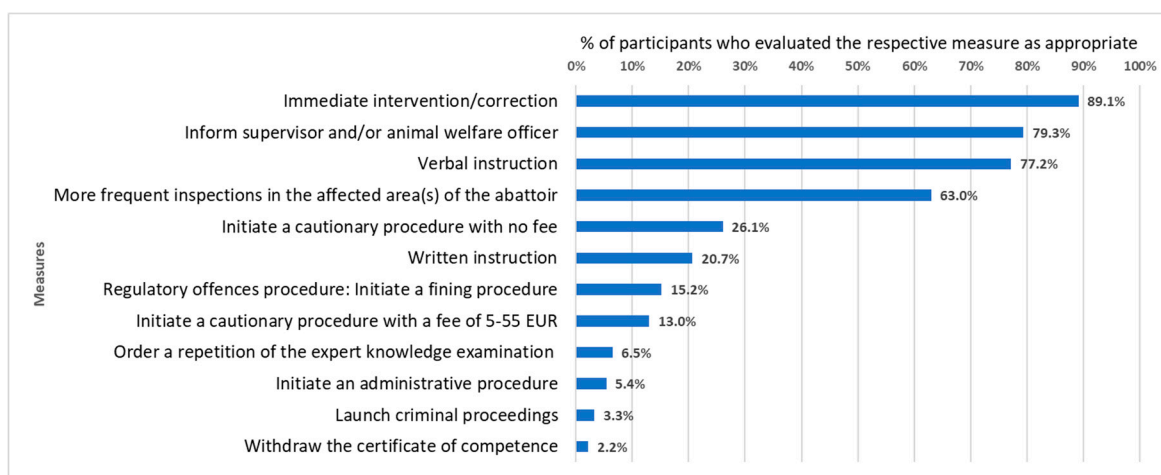


Figure 1. Assessments of appropriate measures regarding a first violation of Article 15(1) in conjunction with Annex III (1.8.)(e) of Regulation (EC) No 1099/2009 (Rotating an animal’s tail by 180°). Multiple answers were possible.

The data for all cases (N = 22) were analysed separately. Fines were calculated for violations which either constitute a regulatory offence according to Section 16 of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing, or when more than 50.0% of the participants agreed that a regulatory fine was appropriate. All the ranges calculated can be found in the list of measures and fines in the Supplementary Material S1.

As can be seen in Figures 1 and 2, participants’ assessments regarding which measures/penalties would be appropriate for a specific animal welfare violation varied greatly. Measures considered appropriate by over 50.0% of participants were included in the first draft of the list. On average, 18.9% of participants suggested a regulatory fine after the first violation and 45.5% did so for the repeated violation, even though 18/22 cases were at least regulatory offences according to German law. Additionally, the results suggested that many OV’s do not file a criminal complaint when this is imperative. For example, many OV’s suggested that dragging a downer cattle off of the transportation vehicle instead of humanely killing it on the spot is a regulatory offence, while this should be prosecuted as a

crime. This was determined in an animal welfare conference that took place in Munich in March 2023, where this specific case was discussed.

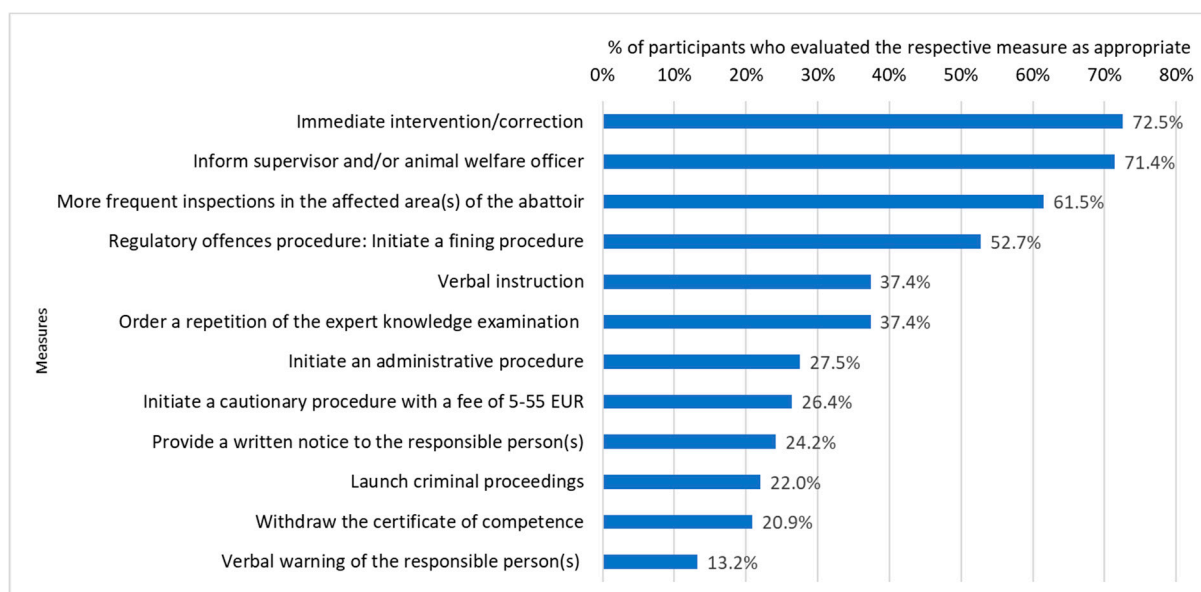


Figure 2. Assessments of appropriate measures regarding a repeated violation of Article 15(1) in conjunction with Annex III (1.8.)(e) of Regulation (EC) No 1099/2009 (Rotating an animal's tail by 180°). Multiple answers were possible.

3.3. Conducting Semi-Structured Interviews with OVs

Interviews revealed frequent animal welfare violations in the working environment of the individual interviewee. The most commonly mentioned violations were similar to the violations mentioned in literature (e.g., illegal use of electric prods, or other devices which administer electric shocks, and exceeding the time limit allowed between stunning and bleeding). In some cases, OVs described systemic problems. Several OVs reported that, despite consistently documenting and reporting violations to veterinary authorities, measures were not taken and penalties not imposed in many cases. In addition, several interviewees described that, in many cases, they did not receive feedback on the course or the outcome of the procedure. This is coupled with a lack of support from management in veterinary authorities when violations were reported. Rather, abattoirs faced no consequences following violations. Furthermore, OVs described that they receive threats in abattoirs in response to informing them that they will report a deficit/an animal welfare violation. As a result, official staff may deliberately choose not to report a violation, because they fear personal and/or professional consequences. It is also important to note that OVs may issue measures directed to the future, such as an administrative proceeding based on Section 16a of the German Animal Welfare Act.

3.4. Conducting a Virtual Colloquium with OVs

A virtual colloquium was conducted with OVs to discuss the measures and penalties deemed appropriate in the online survey. The aim of this discussion was to evaluate the survey results in a practical context, and to improve them, so that they could be used as guidelines. Between 20 and 30 well-experienced OVs participated in the virtual colloquium on both days. The number varied because some participants entered the conference late and/or left early on both days. Participants of the virtual colloquium agreed that the median values should be used for the framework of fines because the median values do not consider the extreme values recommended by few participants. Furthermore, it was agreed that the values for the ranges of the regulatory fines for repeated violations should correlate to double the median values of the first violation. In some cases, the values were not

just considered appropriate for a regulatory fine, but also for a periodic penalty payment. Additionally, the virtual colloquium clarified that animal welfare orders based on Section 16a of the German Animal Welfare Act (TierSchG) are frequently issued in order to tackle deficiencies in the abattoir in order to prevent them in the future. “Animal welfare orders” are administrative orders by the competent authority that can legally oblige an addressee to take certain actions/measures. This particular measure was assessed as appropriate rather infrequently in the online survey (on average by 10.7% of participants in the case of the first violation and by 29.3% of participants in the case of a repeated violation). Specific measures for each violation were added to the document which provides an overview of measures and penalties considered appropriate, if a participant described a measure to be appropriate based on legal norms and/or relevant professional experience. As previously mentioned, there were 22 cases in the survey and 40 cases intended for the final overview of measures and penalties deemed appropriate. Various cases are comparable in terms of severity and which measures/penalties are appropriate when they occur. We discussed which cases were comparable to the cases in our survey and then adapted the appropriate measures and penalties to the individual case throughout the course of the virtual colloquium. Thereby, a list of measures and penalties deemed appropriate was completed for 40 violations of animal welfare laws. The 40 violations discussed can be found in Table 1.

3.5. Consultation of Lawyers throughout the Course of the Project

The measures and penalties considered appropriate by OVs were revised by two lawyers, who provided essential feedback in terms of correct legal terminology. There were no contradictory suggestions between the two lawyers.

4. Discussion

The objective of this research project was to compile a list of measures and penalties considered appropriate by veterinary and legal authorities for 40 animal welfare violations at German abattoirs. When applicable, past sanctions were summarized, including a description of the violation and the number of daily rates. The results were achieved by carrying out five important steps. The steps which included OVs were the following: An online survey, semi-structured interviews, and a virtual colloquium. Additionally, legal professionals were consulted, and relevant judicial decisions from Germany were collected and summarised. This project is the first step towards providing guidelines for OVs responsible for overseeing animal welfare in abattoirs. Providing such guidelines is important, because OVs bear a great responsibility to ensure that animal welfare offenses are appropriately punished [36]. In Germany, OVs are subjected to a “duty of care and protection” (Garantenpflicht), as described in Section 16a of the Animal Welfare Act [37]. If the case is not handed over to the public prosecutor’s office, criminal liability for obstruction of justice by omission will be considered (Sections 258, 258a, 13 of the German Criminal Code) [38]. The responsible OVs can be held criminally liable for omission, either as an accomplice or for aiding and abetting under Section 27 of the German Criminal Code.

As for interpreting the results of this study, lawyers and OVs with experience in law enforcement in abattoirs should carefully review the list and identify whether the measures and fines suggested are adequate. However, the results of the online survey on their own suggest that animal protection laws at the abattoir are under-enforced by some OVs. Most of the violations were at least regulatory offences, but the average amount of participants suggesting an initiation of a regulatory offence proceeding after the first violation was only 18.9%. For the repeated violation, this percentage increased to 45.5%. We would have expected the percentage of participants recommending regulatory fines in the violations depicted in Figures 1 and 2 to be closer to 100.0%, seeing as Section 16 lists this violation as a regulatory offence which should be fined. Additionally, the results of the online survey showed that many OVs would not file a criminal complaint in cases of significant pain or prolonged suffering. For example, many OVs suggested that dragging a downer cattle off of the transportation vehicle instead of humanely killing it on the spot is a regulatory offence,

even though this should be prosecuted as a crime due to the significant and prolonged pain it inflicts on the animal. Perhaps this is due to the lack of support that many OV's reportedly receive from the department head of their office, or these results suggest that OV's may need further training in identifying animal welfare violations and implementing the measures and fines the law requires them to. However, it is also important to note that the results of the survey contrasted with the results of the virtual colloquium. During the virtual colloquium, participants suggested initiating measures aimed at addressing the specific underlying issues causing an animal welfare violation. This often involved an animal welfare order based on Section 16a of the German Animal Welfare Act. This creates the impression that the animal welfare order based on Section 16a is a more promising solution than punishment for less severe cases. This approach focuses on solving problems rather than punishing abattoir employees and/or operators. As for the fines listed in judicial decisions, it is known that most public prosecutors have little experience with animal welfare violations of farm animals and thus may suggest rather low fines [25]. However, on the other hand, some lawyers would suggest very high sanctions, as demonstrated by Jens Bülte's suggestion to increase the prison sentence for crimes committed against animals from three to five years [39]. When penalising a violation, the individual level of pain, suffering and/or harm inflicted on the animal(s) must be considered. Moreover, the income and personal circumstances, in addition to whether it was their first or repeated violation, must be taken into account. Additionally, a decision must be made as to whether the general behaviour of the persons accused indicates empathy for the animals affected, or whether animals merely have the status of goods. This may, to some extent, explain why the participants' responses regarding appropriate measures and penalties for specific animal welfare cases varied so much in the survey (as exemplified by Figures 1 and 2). Further reasons, such as the lack of guidelines, are likely to contribute to the heterogeneity of participants' assessments. Whether the regulatory fines and/or periodic penalty payments proposed by participants are too high, too low, or just right, is rather subjective and might depend on the personal experiences gained in the context of a similar past case which occurred in an OV working environment. Therefore, these measures and penalties cannot be used as guidelines for law enforcement at abattoirs, but rather provide insights in the status quo and provide a basis for developing clear guidelines.

To our knowledge, this project is the first to present insights into which measures and penalties authorities deem(ed) to be appropriate for animal welfare violations in German abattoirs. Given the unprecedented methodology which was applied, the findings can hardly be compared to other publications. Some fines for regulatory offences from the year 2019 were published by the Administrative District of Kassel [40]. For example, the first time an abattoir was caught slaughtering a cow in the last trimester of pregnancy, it was fined with EUR 500.00. When this abattoir recommitted this violation, the fine was EUR 1000.00. This is in line with the results of our study, seeing as the participants in the online colloquium agreed that the fine of the repeated violation should be double the fine of the first violation. Another violation in Kassel described how a sheep was not stunned prior to exsanguination during slaughter. The fine imposed, which was EUR 300.00, is lower to the median of the fines which OV's who participated in our study recommended for this violation (EUR 500.00 to EUR 1000.00). However, it must be noted that details about the case in Kassel are missing.

The limitations of this study are the following: The data collected as part of the voluntary survey, interviews, and participation in the virtual colloquium cannot be validated. This is a common issue with these methods, which needs to be considered in relation to the benefits gained by using them. Participants were able to share their professional assessments and experiences in an anonymous and/or confidential setting. This is important considering this specific topic, seeing as there is media coverage on the particular subject of OV's not responding to animal welfare violations adequately [41,42]. It is possible that only OV's who are especially motivated to improve the status quo of animal welfare contributed to this project, meaning that they may have suggested harsher measures and

penalties. However, the results suggest that participants favoured relatively low fines (see Supplementary Material S1), and preferred measures which address the underlying issue of the animal welfare violation. Additionally, there are more judicial decisions than we could gather over the course of this project, meaning that the information presented regarding past cases is incomplete. However, obtaining further judicial decisions was not feasible for several reasons, including pending cases, data protection concerns, and other factors preventing their accessibility. Thus, a complete picture of the status quo of law enforcement could not be provided. Furthermore, this project could not address all the animal welfare violations which can possibly occur in an abattoir. The most relevant and common cases were included. Deficits like construction defects (which often cause animal welfare violations according to Hahn and Kari [8]) were not addressed, seeing as these issues are very individual and hard to assess without very specific details. Causes of animal welfare violations are very individual and vary among abattoirs, which means that the measures and penalties must also be individual. This could not be fully considered and addressed within the framework of this research project. Causes can be one or more of the following: a lack of employee training and/or expertise; negligence; special conditions such as structural and/or constructional deficiencies; time pressure, a high slaughter speed; inadequate infrastructure; and/or economic interests [8,20,21]. These underlying issues remain an important problem in abattoirs, and thus should be addressed in future studies.

As for future directions, the next step in this project is revising these measures and penalties proposed by OVs into guidelines which clearly state which measures must be taken in the event of specific animal welfare violations.

These findings can be used to develop clear guidelines regarding which actions can and must be taken for animal welfare violations, and the approach can be adapted and applied in other countries.

5. Conclusions

This project compiled which measures and penalties responsible authorities would consider appropriate and which measures were taken in the past. Legal citations and summaries of relevant court decisions were included as well. This presents the status quo of law enforcement for different cases of animal welfare violations at the abattoir. The online-survey suggested that some OVs do not initiate the measures and penalties which the law requires them to, and thus may need further training in identifying animal welfare violations and taking the necessary actions. Revising these measures and penalties into a list of guidelines and recommendations (which also describe which actions must be taken according to the law) has the potential to promote a more consistent and standardised enforcement of the German Animal Welfare Act. This can contribute to the reduction of the number of animal welfare violations at German abattoirs.

Supplementary Materials: The following supporting information can be downloaded at: <https://www.mdpi.com/article/10.3390/ani13182916/s1>, Supplementary Material S1: The compiled list of measures and penalties recommended by official veterinarians for animal welfare violations at German abattoirs; Supplementary Material S2: Online-Survey Questions translated from German to English language; Supplementary Material S3: Original version of the online survey in German language—Originalversion der Online-Umfrage in deutscher Sprache; Supplementary Material S4: Questions asked during the semi-structured interviews with OVs in English and German language.

Author Contributions: Conceptualization, S.L. and D.M.; methodology, S.J.S., S.L. and D.M.; software, not applicable; validation, S.J.S., S.L. and D.M.; formal analysis, S.J.S. and S.L.; investigation, S.J.S., S.L., and D.M.; resources, not applicable; data curation, S.J.S., S.L., and D.M.; writing—original draft preparation, S.J.S.; writing—review and editing, S.J.S., S.L. and D.M.; visualization, S.J.S.; supervision, S.L. and D.M.; project administration, S.L.; funding acquisition, S.L. and D.M. All authors have read and agreed to the published version of the manuscript.

Funding: This research project was funded by the Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V.

Institutional Review Board Statement: The study was conducted in accordance with the Declaration of Helsinki, and approved by the Ethics Committee of Freie Universität Berlin (protocol code ZEA-Nr. 2022-007; date of approval: 11 April 2022).

Informed Consent Statement: Informed consent was obtained from all subjects involved in the study.

Data Availability Statement: Data sharing not applicable.

Acknowledgments: We would like to thank all survey participants, official veterinarians and lawyers who supported us in conducting this research project. We would like to extend a special thank you to Björnstjern Baade of Freie Universität Berlin, who reviewed this manuscript.

Conflicts of Interest: The authors declare no conflict of interest.

References

1. European Community. Council Regulation (EC) No 1099/2009 of 24 September 2009 on the Protection of Animals at the Time of Killing. 2009. Available online: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009R1099&from=DE> (accessed on 10 September 2023).
2. TierSchG. Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das Zuletzt Durch Artikel 105 des Gesetzes vom 10 August 2021 (BGBl. I S. 3436) Geändert Worden Ist. 2021. Available online: <https://www.gesetze-im-internet.de/tierschg/BJNR012770972.html> (accessed on 10 September 2023).
3. TierSchlV. Verordnung zum Schutz von Tieren im Zusammenhang mit der Schlachtung oder Tötung und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des Rates (Tierschutz-Schlachtverordnung-TierSchlV). 2012. Available online: https://www.gesetze-im-internet.de/tierschl_v_2013/ (accessed on 10 September 2023).
4. Harley, S.; More, S.; Boyle, L.; Connell, N.O.; Hanlon, A. Good animal welfare makes economic sense: Potential of pig abattoir meat inspection as a welfare surveillance tool. *Ir. Vet. J.* **2012**, *65*, 1–12. [CrossRef]
5. Dokmanović, M.; Velarde, A.; Tomović, V.; Glamočlija, N.; Marković, R.; Janjić, J.; Baltić, M.Ž. The effects of lairage time and handling procedure prior to slaughter on stress and meat quality parameters in pigs. *Meat Sci.* **2014**, *98*, 220–226. [CrossRef]
6. Carrasco-García, A.A.; Pardío-Sedas, V.T.; León-Banda, G.G.; Ahuja-Aguirre, C.; Paredes-Ramos, P.; Hernández-Cruz, B.C.; Murillo, V.V. Effect of stress during slaughter on carcass characteristics and meat quality in tropical beef cattle. *Asian-Australas. J. Anim. Sci.* **2020**, *33*, 1656. [CrossRef] [PubMed]
7. Van der Wal, P. Chemical and physiological aspects of pig stunning in relation to meat quality—A review. *Meat Sci.* **1978**, *2*, 19–30. [CrossRef] [PubMed]
8. Hahn, J.; Kari, A. Tiermisshandlungen wegen “baulicher Mängel” in Schlachtbetrieben—eine strafrechtliche Betrachtung. *Nat. Und Recht* **2022**, *44*, 96–102. [CrossRef]
9. Lundmark Hedman, F.; Veggeland, F.; Vågsholm, I.; Berg, C. Managing animal welfare in food governance in Norway and Sweden: Challenges in implementation and coordination. *Animals* **2021**, *11*, 1899. [CrossRef] [PubMed]
10. Whiting, T.L. Policing farm animal welfare in federated nations: The problem of dual federalism in Canada and the USA. *Animals* **2013**, *3*, 1086–1122. [CrossRef] [PubMed]
11. Dalmau, A.; Nande, A.; Vieira-Pinto, M.; Zamprogna, S.; Di Martino, G.; Ribas, J.C.; da Costa, M.P.; Halinen-Elemo, K.; Velarde, A. Application of the Welfare Quality[®] protocol in pig slaughterhouses of five countries. *Livest. Sci.* **2016**, *193*, 78–87. [CrossRef]
12. Reyman, T. *Vergleichende Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen Anhand Rechtlicher Vorgaben und Fachlicher Leitparameter*; LMU: München, Germany, 2016.
13. Bayern, L. Tierschutz bei der Schlachtung—Ergebnisse der Schwerpunktkontrollen aus den Jahren 2014 und 2015. Available online: https://www.lgl.bayern.de/tiergesundheit/tierschutz/schlachten/ue_2015_schlachthofprojekt_vergleichende_ueberpruefung.htm (accessed on 10 September 2023).
14. Eva Achinger, K.L.a.C.S. Viele Bayerische Schlachthöfe Verstoßen Gegen den Tierschutz. Available online: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/lebensmittel-20-von-30-bayerische-schlachthoefe-verstossen-gegen-tierschutz-1.3100195> (accessed on 10 September 2023).
15. Broughton, B. *Meat, Media, and Morals: Furrowing in on Effective Food Activism in the Animal Protection Movement*; Lewis & Clark College: Portland, OR, USA, 2014.
16. Verheyen, E. Schlachthofskandal: Veterinäre schauen bei Tierschutzverstößen Weg. Available online: <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/sendung/schlachthofskandal-veterinaere-schauen-bei-tierschutzverstoessen-weg-100.html> (accessed on 10 September 2023).
17. Gude, H. »Die Schlachter Sind Derart Verroht. Es Interessiert Sie Nicht, Wie Qualvoll Die Tiere Sterben«. Available online: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/soko-tierschutz-deckt-tierquaelerei-in-schlachthof-bei-kiel-auf-a-5acbdef0-12f4-4762-9a1e-e937a5456526> (accessed on 10 September 2023).
18. Verheyen, E. Tierquälerei im Schlachthof—Bei Vollem Bewusstsein Getötet. Available online: <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/tierquaelerei-schlachthof-101.html> (accessed on 10 September 2023).
19. Vetten, M.P.a.K. Razzia in Schlachthof—Vorwurf der Wiederholten Tierquälerei. Available online: <https://www.tagesschau.de/investigativ/fakt/bayern-schlachthof-tierquaelerei-100.html> (accessed on 10 September 2023).

20. FSA. FSA 22-09-18—Annual Animal Welfare Main Report 2021/22. Available online: <https://www.food.gov.uk/board-papers/fsa-22-09-18-annual-animal-welfare-main-report-202122> (accessed on 10 September 2023).
21. Hahn, E.H.J.; Hoven, E. *Strafrechtliche Verfolgung von Tierschutzkriminalität in der Landwirtschaft*; Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Company KG: Baden-Baden, Germany, 2022.
22. Benner, L.; Best, D.; Büttner, K.; Krämer, S. Tierschutzrelevante Straftaten—na und? Eine Analyse der Sanktionspraxis vor dem Hintergrund, der Mensch-Tier-Beziehung beteiligter Personen, leidtragender Tiere und anzeigender Instanzen. *Monatsschrift Für Kriminol. Und Strafrechtsreform* **2022**, *105*, 145–163. [[CrossRef](#)]
23. Thilo, A. Die Garantenstellung des Amtstierarztes: Unter besonderer Berücksichtigung der rechtsphilosophischen und empirischen Implikationen von § 17 Tierschutzgesetz. Ph.D. Dissertation, Uni Bonn, Bonn, Germany, 2019.
24. Hahn, J. *OLG Frankfurt a. M.: Strafrechtliche Verantwortung der Geschäftsleitung bei Tierschutzkriminalität in Schlachtbetrieben*; C. H. Beck: München, Germany, 2021.
25. Bergschmidt, A. *Eine Explorative Analyse der Zusammenarbeit Zwischen Veterinärämtern und Staatsanwaltschaften bei Verstößen Gegen das Tierschutzgesetz*; Thünen Working Paper; Johann Heinrich von Thünen-Institut: Braunschweig, Germany, 2015.
26. Merl, F.U. Tierschutzkontrollen in handwerklichen Schlachtbetrieben—Ein Erfahrungsbericht aus dem Regierungsbezirk Darmstadt. *Rundsch. Für Fleischhygiene Und Leb.* **2019**, *10*, 338–341.
27. Branch, L.S. Consolidated Federal Laws of Canada, Agriculture and Agri-Food Administrative Monetary Penalties Regulations. Available online: <https://laws-lois.justice.gc.ca/eng/regulations/SOR-2000-187/page-2.html#docCont> (accessed on 10 September 2023).
28. Cockran, M. *Approaches to Legislation and Enforcement to Minimize Welfare Issues Associated with Slaughter*; CABI: Wallingford, UK, 2020. [[CrossRef](#)]
29. Grandin, T. 20 Handling and Welfare of Livestock in Slaughter Plants. *Livest. Handl. Transp.* **2007**, 329–386.
30. Leary, S.; Underwood, W.; Anthony, R.; Corey, D.; Grandin, T.; Gwaltney-Brant, S.; Smith, S. *AVMA Guidelines for the Humane Slaughter of Animals: 2016 Edition*; AVMA: Schaumburg, IL, USA, 2016; Volume 64.
31. Eyes on Animals. Eyes on Animals—Animal Welfare Tips for Pig Slaughterhouses 2021—Tips on How to Reduce Stress, Suffering and Ease Handling. 2021. Available online: <https://www.eyesonanimals.com/wp-content/uploads/2021/01/2021-Industry-tips-pig-slaughterhouses-English-1.pdf> (accessed on 10 September 2023).
32. Felde, B. Videoüberwachung in Schlachthöfen—Datenschutzrechtliche Zulässigkeit. *Nat. Und Recht* **2019**, *41*, 591–594. [[CrossRef](#)]
33. OpenJur. Available online: <https://openjur.de/> (accessed on 10 September 2023).
34. Juris. Available online: <https://www.juris.de/jportal/nav/index.jsp#/> (accessed on 10 September 2023).
35. Beck-Online. Available online: <https://beck-online.beck.de/Home> (accessed on 10 September 2023).
36. Kari, A. Der Amtstierarzt als Zeuge oder Sachverständiger in Tierschutzstrafverfahren. *Amtstierärztlicher Dienst Und Leb.* **2021**, *3*, 166–170.
37. Pfohl, M. Strafbarkeit von Amtstierärzten. *Nat. Recht* **2009**, *31*, 238–245. [[CrossRef](#)]
38. Kemper, R. Die Garantenstellung der Amtstierärztinnen und Amtstierärzte im Tierschutz. *Nat. Und Recht* **2007**, *29*, 790–796. [[CrossRef](#)]
39. Bülte, J.; Dihlmann, A.-L. Reform des Tierschutzkriminalstrafrechts zur effektiven Bekämpfung von Tierquälerei—Entwurf einer Strafvorschrift gegen die Tierquälerei im Strafgesetzbuch—Gutachten im Auftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. *Das Recht Tiere Landwirtschaft* **2022**, *12*, 23–80.
40. Kassel, R. *Ordnungswidrigkeiten nach § 18 des Tierschutzgesetzes (Erlassene Bußgeldbescheide)*; Regierungsbezirk: Kassel, Germany, 2019.
41. Storch, L. Schlachthof-Skandale: Ruf Nach Wirksameren Tierschutz-Kontrollen. Available online: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/schlachthof-skandale-ruf-nach-wirksameren-tierschutz-kontrollen,Tlscr2x> (accessed on 10 September 2023).
42. Hipp, D. Amtliche Veterinäre Schauen Tierquälereien Tatenlos Zu—Und Bleiben Straffrei. Available online: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/amtliche-veterinaere-schauen-tierquaelereien-tatenlos-zu-und-bleiben-straffrei-a-6976ba7f-6cf6-4fb6-a70e-137fc43c99c0> (accessed on 10 September 2023).

Disclaimer/Publisher’s Note: The statements, opinions and data contained in all publications are solely those of the individual author(s) and contributor(s) and not of MDPI and/or the editor(s). MDPI and/or the editor(s) disclaim responsibility for any injury to people or property resulting from any ideas, methods, instructions or products referred to in the content.

4 PUBLIKATION 2

Animal welfare at German abattoirs: insights into the occurrence of violations against laws and regulations from official veterinarians and judicial decisions

Tierwohl in deutschen Schlachtbetrieben: Einblicke in Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften anhand von Berichten amtlicher Tierärzt:innen und gerichtlicher Entscheidungen

Frontiers in Veterinary Science 2024, 11, 1354039

<https://doi.org/10.3389/fvets.2024.1354039>

This article is an open access article distributed under the terms and conditions of the Creative Commons Attribution (CC BY) license (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>).

Eingegangen: 11. Dezember 2023

Akzeptiert: 12. Februar 2023

Veröffentlicht: 06. März 2024

Stephanie Schneidewind war maßgeblich in die Studienplanung und -durchführung einbezogen. Sie führte die Literaturrecherche durch, organisierte den Austausch mit amtlichen Tierärzt:innen und Jurist:innen und leitete das Online-Kolloquium. Des Weiteren war sie für die Durchführung der Online-Umfrage verantwortlich, einschließlich der Akquise der Teilnehmenden. Die Aufbereitung und Auswertung der gesammelten Daten wurden ebenfalls von ihr durchgeführt. Darüber hinaus verfasste sie diese Publikation und präsentierte die Ergebnisse auf mehreren wissenschaftlichen Konferenzen (siehe Publikationsverzeichnis).



OPEN ACCESS

EDITED BY

T. Bas Rodenburg,
Utrecht University, Netherlands

REVIEWED BY

Mette S. Herskin,
Aarhus University, Denmark
Marcelo Ghezzi,
Universidad Nacional del Centro de Buenos
Aires, Argentina

*CORRESPONDENCE

Stephanie Janet Schneidewind
✉ stephanie.schneidewind@fu-berlin.de

RECEIVED 11 December 2023

ACCEPTED 12 February 2024

PUBLISHED 06 March 2024

CITATION

Schneidewind SJ, Langforth S and
Meemken D (2024) Animal welfare at German
abattoirs: insights into the occurrence of
violations against laws and regulations from
official veterinarians and judicial decisions.
Front. Vet. Sci. 11:1354039.
doi: 10.3389/fvets.2024.1354039

COPYRIGHT

© 2024 Schneidewind, Langforth and
Meemken. This is an open-access article
distributed under the terms of the [Creative
Commons Attribution License \(CC BY\)](#). The
use, distribution or reproduction in other
forums is permitted, provided the original
author(s) and the copyright owner(s) are
credited and that the original publication in
this journal is cited, in accordance with
accepted academic practice. No use,
distribution or reproduction is permitted
which does not comply with these terms.

Animal welfare at German abattoirs: insights into the occurrence of violations against laws and regulations from official veterinarians and judicial decisions

Stephanie Janet Schneidewind^{1,2*}, Susann Langforth¹ and
Diana Meemken¹

¹Working Group Meat Hygiene, School of Veterinary Medicine, Institute of Food Safety and Food Hygiene, Freie Universität Berlin, Berlin, Germany, ²School of Veterinary Medicine, Institute of Animal Welfare, Animal Behavior, and Laboratory Animal Science, Freie Universität Berlin, Berlin, Germany

Introduction: This study investigated the occurrence of various animal welfare violations at German abattoirs by analyzing the results of an anonymous online survey and relevant German court decisions.

Methods: The survey targeted official veterinarians (OVs) and other individuals responsible for enforcing animal welfare laws and regulations at German abattoirs. Participants were asked to report the five most common animal welfare violations in their workplaces during the past 3 years (2019–2021), and whether 22 specific given violations had occurred or not (in the same timeframe). The court decisions were examined to determine how many abattoirs were penalized for a specific animal welfare violation and the details about the number and species of affected animals.

Results: Overall, the violations examined throughout this study fell into one of the following categories: (1) use of prohibited driving aids (e.g., illicit use of electric prods, or hitting/beatings animals); (2) inadequate husbandry in lairage; (3) inappropriate handling of animals with special care needs; (4) improper restraint, stunning, and bleeding of animals; and (5) unqualified task execution/inadequate administrative work (e.g., documentation of a violation). The violations analyzed in the scope of this study most frequently fell into categories 1, 2, and 4. Regarding the five violations that survey participants reported to be the most common in the years 2019–2021, 42.6% of responses ($N=277$ reported violations) fell into category 4, followed closely by category 1 with 37.9%. Of the 22 violations surveyed in the second part of the survey, those reported by 50.0% or more participants were concentrated in categories 1, 2, and 4. Regarding the 16 relevant court rulings spanning from 2015 to 2022, the most frequently documented instances of misconduct primarily fell into category 1.

Discussion: The collected data suggest that there may be need for improvements regarding compliance with animal welfare legislation, especially concerning categories 1, 2, and 4. The authors suggest OVs to consider these findings when conducting monitoring activities at abattoirs and in the training and education of abattoir personnel.

KEYWORDS

animal rights, welfare breaches, compliance and enforcement, transgressions, slaughterhouse

1 Introduction

Animal welfare during slaughter is an important ethical concern for various stakeholders, including consumers, farmers, producers, and retailers (1, 2). The subject of animal welfare during slaughter has become a point of political and social debate due to an increasing demand for ethical food production (3, 4). In Germany, an animal welfare violation at the abattoir is legally characterized as the infringement of provisions outlined in Regulation (EC) No 1099/2009 (5) and/or the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing (Tierschutzschlachtverordnung) (6). Section 18 of the German Animal Welfare Act (Tierschutzgesetz) delineates a regulatory offense as an action perpetrated either intentionally or due to negligence (absent a justifiable cause), resulting in the unnecessary infliction of severe pain, suffering, or harm on a vertebrate (7). Section 17 of the German Animal Welfare Act defines a crime as the unjustified infliction of considerable pain or suffering upon a vertebrate, either through cruelty or by inflicting persistent or repeated severe pain or suffering. These infractions are legally and ethically unacceptable (8). Additionally, it should be considered that substandard animal welfare may have adverse effects on the quality of meat (9–11). For example, a 2014 study conducted by Dokmanović found that “rough handling” at the abattoir was correlated with increased blood lactate levels and reduced meat quality (10). In this research, “rough handling” was defined by the occurrence of at least one particular handling or behavioral parameter, or a combination thereof, including the use of a stick or electric prod, instances of pigs slipping, falling, or emitting high-pitched vocalizations.

Currently, there is no national data on the occurrence of different animal welfare violations at abattoirs. Scientific literature and official documents describe a sample of the transgressions that occurred in the past. According to Reymann in 2016 (12), animal welfare violations took place during preslaughter handling, stunning, and exsanguination in the majority of the 20 Bavarian abattoirs examined. A separate report on the inspections of Bavarian abattoirs in 2014 and 2015 found that more than 50.0% of the abattoirs inspected showed significant deficiencies, including animal welfare violations (13). However, this information may not be representative of the rest of Germany. In official printed matters, the following transgressions have been described, regarding different abattoirs across Germany: the illicit use of devices that administer electric shocks (14); an inadequate provision of feed, water, bedding and enrichment (15, 16); overcrowding and constructional deficits (16) and an insufficient restraint of animals during immobilization (allowing animals intended for slaughter to turn around, hide, resist, or even attempt to escape) (17). In 2001, Grandin described that a major cause of return to sensibility after electrical stunning in the United States was either poor bleeding or improper electric tong placement (18). In an article published in 2006, Grandin reported significant improvements in most plants between 1996 and 2003, which she attributed to the implementation of audits (19). In the same article, Grandin also described the effective stunning of bulls with a captive bolt as a problem area, but overall, facilities greatly improved animal welfare by improving stunner maintenance, installing non-slip floor gratings in stun boxes, and training staff. Nevertheless, some facilities continued to fall short during these audit assessments. In recent years, there has been a growing surge in media coverage highlighting deficiencies in

the handling and slaughter of animals at abattoirs in Germany (20). Examples of violations in Germany caught on camera by animal welfare NGOs include the following: abattoir employees beating and kicking animals (especially targeting sensitive body parts) (21); the illicit use of prohibited tools to drive animals (e.g., electric prods) (22); forcefully dragging downer cattle into the abattoir instead of providing emergency slaughter as delineated in Section 8 of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing (23); and slaughtering animals despite one or more signs of consciousness after ineffective stunning (24). It is known that violations of all sorts occur, however, to the authors' knowledge, the occurrence of different violations has not yet been investigated scientifically. Currently, there are no nationwide statistics on the frequency of various animal welfare violations in German abattoirs, given that violations recorded in individual districts are not systematically aggregated on state and federal levels by the regulatory authorities (25). To gain a better understanding of compliance and non-compliance with established regulations at German abattoirs, this study investigates the occurrence of animal welfare violations using an anonymous online-survey and available judicial decisions.

2 Materials and methods

The data analyzed in this research project were collected as part of a research project entitled “Development of a catalogue of measures to combat animal welfare violations at abattoirs” (German: “Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Tierschutzverstößen im Schlachthof” –abbreviation “EMaTiSch”), which was funded by the German Veterinary Association for Animal Welfare (Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V.). The data gathered in this project were used to compile a list of measures and penalties for relevant and frequent violations of 40 provisions of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing (in conjunction with the Council Regulation (EC) No 1099/2009 and the German Animal Welfare Act). For further information, see Schneidewind et al. (26). This project focused on violations at the abattoir, meaning that violations during transport to the abattoir were not addressed. The current study consisted of two major parts. Firstly, the data were obtained through an anonymous online survey and were analyzed. This survey invited official veterinarians (OVs) and other individuals responsible for upholding animal welfare laws and regulations within German abattoirs to participate, so that all professionals dealing with animal welfare at the abattoir would feel addressed. These professionals could include, for example, official veterinarians employed or authorized by competent authorities to carry out official animal welfare monitoring duties, veterinary meat inspectors, animal welfare officers, and lawyers with relevant experience.

Two separate parts of the survey provided different information on the occurrence of different animal welfare violations. In Part A of the survey, participants were asked to report the five most prevalent animal welfare violations observed in their work environments over the past 3 years (2019–2021). In Part B, they were asked to indicate whether or not 22 specific violations had occurred. Secondly, the study encompassed an examination of relevant German court decisions. All of the violations assessed in the realm of this project were divided into distinct categories: (1) use of prohibited driving aids; (2) inadequate

husbandry in lairage; (3) inappropriate handling of animals with special care needs; (4) improper restraint, stunning, and bleeding of animals; and, (5) unqualified task execution/inadequate administrative work (e.g., documentation of a violation). This project received ethical approval from the Ethics Committee of the Free University Berlin (protocol code ZEA-Nr. 2022–007; approval date: April 11th, 2022). The principles outlined in the Declaration of Helsinki were adhered to. The following sections will describe the three major components deployed to investigate the occurrence of animal welfare violations at German abattoirs.

2.1 An anonymous online survey among OVs

To recruit participants, an email containing the survey link was distributed to all veterinary authorities in Germany. The e-mail was sent to the reception of all veterinary offices (“Veterinärbehörden”) ($N=431$), with the request to forward the link to colleagues working in professions that are related to monitoring animal welfare at the abattoir. The number of individual professionals who received this e-mail is unknown. This method was chosen because the contact information of OVs and other people working in a profession related to the monitoring of animal welfare in German slaughterhouses is not publicly accessible. Additionally, calls for participation were issued in two specialized journals catering to German-speaking veterinarians. Furthermore, approximately 450 attendees of an online conference in March 2022 for meat and poultry meat hygiene were informed about the survey before its launch. The e-mail invited all “Individuals with experience in monitoring animal welfare in German abattoir operations, including OVs, as well as other professionals responsible for enforcing animal welfare laws” to participate. The survey was conducted online over 2 months, running from March 1st, 2022, to April 30th, 2022. Participation in the survey was entirely voluntary, with no mandatory questions. In addition to the questions regarding the participant’s professional experience, the inquiries included questions regarding instances of infringements of Section 16 of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing. The survey encompassed 22 constructed yet realistic cases of animal welfare violations, hereinafter referred to as “cases.” The majority of cases (18 out of 22) constituted regulatory offenses by Section 16 of the German Ordinance on the Protection of Animals in connection with Slaughter or Killing, as well as Regulation (EC) No 1099/2009. Some of the cases described situations that inflicted significant pain and suffering on the animals (e.g., dragging an animal that is too weak or injured to walk on their own using painful tools such as a winch or other driving aids, or slaughtering an animal without prior stunning with no respective official exemption permit), meaning that they most likely should be classified as crimes according to Section 17 of the German Animal Welfare Act.

The final set of questions and cases was organized into seven distinct question groups:

- 1 Questions regarding participants’ professional experiences (10 questions).

Part A (Question Nr. 2):

- 2 A question inquiring about the 5 most common violations encountered in the participant’s work environment (free-text entry).

Part B (Questions Nr. 3–7):

- 3 Cases involving violence against slaughtered animals and/or the use of prohibited driving aids (8 cases).
- 4 Cases of inadequate housing and husbandry of animals in lairage (3 cases).
- 5 Cases related to the restraining, stunning, and bleeding of animals in a manner that contravenes animal welfare standards (8 cases).
- 6 Cases of inappropriate handling of ill or injured animals (2 cases).
- 7 Cases in which employees performed tasks without the appropriate certificate of competence (1 case).

The survey was programmed using the LimeSurvey online survey tool, Version 3.28.21. Initially, participants were asked to provide information on their professional backgrounds. A complete list of the questions can be found in supplementary materials 2 and 3 in the publication by Schneidewind et al. (26) in German and English language.

The survey question in Part A [which asked participants to list the five most common animal welfare violations at the abattoir in the past 3 years (2019–2021)] was an open-ended question with no word limit. The questions in Part B inquired about the occurrence of similar cases within the participant’s work environment over the past 3 years (2019–2021). For all of the questions regarding the 22 cases in Part B, participants were presented with multiple-choice response options, along with an open-ended comment box for additional remarks. Here, participants could indicate whether the violation described had occurred in the participants’ work environment. Participants were also invited to share additional comments or insights, i.e., the specifics regarding a violation.

2.2 Statistical analysis of anonymous online surveys among OVs

Data analysis was conducted using IBM® SPSS Statistics Version 27 (SPSS, Inc., Chicago, IL) and Microsoft Excel 2019©. This revealed which percentage of participants had encountered a specific animal welfare violation in their work environment. To provide a range within which the true population percentage can be expected to fall, 95% confidence intervals were calculated via the binomial method using the SPSS statistical software. The answers to the open-ended question in Part A were classified into one of the previously described categories: (1) use of prohibited driving aids; (2) inadequate husbandry in lairage; (3) inappropriate handling of animals with special care needs; (4) improper restraint, stunning, and bleeding of animals; and (5) unqualified task execution/inadequate administrative work (e.g., documentation). The percentage of violations falling into every category was calculated.

2.3 Acquisition and analysis of relevant court decisions

Judicial rulings regarding animal welfare violations that occurred during the pre-slaughter handling, stunning, and exsanguination

processes at abattoirs were researched. The objective was to gather as many insights into the outcomes concerning past violations as possible, which also allowed insight into the frequencies of different violations. It is important to note that these judicial rulings do not encompass all instances of animal welfare violations. They specifically pertain to reported and severe violations that meet the criteria of a criminal act, as outlined in Section 17 of the German Welfare Act. Initially, a search within legal databases, including OpenJur (27), Juris (28), and Beck-online (29) was conducted, targeting pertinent German judicial decisions. The search exclusively focused on violations occurring within the abattoir premises. This means that transgressions that occurred during animal transportation or before arriving at the abattoir were not included. These databases yielded only a limited dataset ($N=5$), since in Germany, not many animal welfare cases go to court (30). In response to the limited number of judicial rulings available, a systematic approach to sourcing additional court rulings from media reports was deployed. The search strategy involved entering specific terms into Google© (in German): “Abattoir X + Animal Welfare + Breach/Violation/Transgression” (German: “Schlachthof X + Tierschutzverstoß”). Here, “X” entailed the city where the abattoir was situated, as per a list from the year 2006, which was an online registry of approved abattoirs. This choice of 2006 as the reference year allowed for finding violations that may have occurred in abattoirs before they were eventually closed, a possibility spanning the period between 2006 and the investigation in September–October 2021. After gathering as much information as possible about breaches reported in the media (e.g., type of animal, place or name of the abattoir, file number if applicable), the press offices of 33 distinct departments of public prosecutions were contacted via email. Inquiries concerning 33 distinct animal welfare violations were made, requesting access to the corresponding judicial decisions for scientific research purposes. In Germany, the Freedom of Information Act allows persons to receive judicial decisions from courts. However, if an individual does not have the reference number (which was the case in this project for every violation apart from two), it is often not possible for the departments to identify and retrieve the specific judicial decision inquired about. As a result, there were more known cases reported in the media than court decisions obtained in this project. By the end of the project, a total of 16 German judicial decisions from the years 2015 to 2022 were obtained. The judicial decisions received were summarized and analyzed. The analysis included the following parameters:

- 1 How many distinct abattoirs, according to available judicial decisions, committed a specific animal welfare violation? For example, how many distinct abattoirs violated Section 5 of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing penalized?
- 2 How many animals and which animal species were affected by this violation according to judicial decisions?

3 Results

3.1 Results of the online survey

3.1.1 Survey participants

It is unclear how many people received the e-mail, since the number of people working in a profession related to the monitoring

of animal welfare in German slaughterhouses cannot be determined. Therefore, it is unknown how many persons could have participated. In total, 312 individuals started the survey. Most participants left a varying number of questions unanswered. Altogether, 204 participants ended the survey after the section regarding their profession (questions designed to screen participants). For a participant's responses to be included in the analysis, questions corresponding to at least one case had to be answered. The answers of a varying number of participants were included in the analysis (N =between 66 and 108).

The first case in Part B was answered by 108 participants, and the last question was answered by 66 participants. Part A was answered by 66 participants. The variation of N was due to participants quitting the survey before the final question. The answers from participants included in the survey were from official veterinarians (OVs) (in German: “amtliche Tierärzt:innen” or “Amtstierärzt:innen”) who provided the requested information for at least one case. Other groups of professionals were not included because they did not answer the questions for at least one case (rather, they quit after the section about their professional experience). The following information describes the participant's work experience over the past 3 years ($N=108$). Altogether, 61.8% carried out inspections in 1–3 different abattoirs; 33.0% in 4–9 different abattoirs and 5.2% in 10 or more different abattoirs. A proportion of 68.5% of participants reported working in at least one abattoir with fewer than 20 livestock units (LU) slaughtered per week, 40.1% in at least one with 20 to 100 LU per week, and 59.8% in at least one with over 100 LU per week. The number listed in brackets describes the percentage of participants who reportedly gained experience in inspecting the slaughter of the following species in the past 3 years: pigs (87.0%), cattle (84.3%), sheep (57.4%), goats (42.6%), poultry (26.9%), horses (13.9%), and other animals (10.1%). The most common stunning method participants were experienced in inspecting was captive bolt stunning (90.5%). Other stunning methods were the following: electrical stunning (83.8%), carbon dioxide stunning (20.0%), and electrical water bath stunning for poultry (16.2%).

3.1.2 Survey results

The data collected and analyzed provide indications that animal welfare-relevant deficiencies occurred throughout Germany in all stages of the slaughter process (pre-slaughter handling, stunning and bleeding) in the years 2019–2021.

3.1.2.1 Survey results regarding which violations had occurred most frequently between 2019 and 2021

The first results described here are participants' answers regarding which five violations had occurred most frequently in the past 3 years (Part B—see Question No. 7 in section 2.1). Participants were not tasked with ranking the violations from most common to least common; instead, they were asked to name the five most common violations in general. Overall, 47.0% of the survey participants ($N=66$) reported misconduct when driving animals as one of the five most common violations in their work environment over the course of the past 3 years. The answers categorized into this group of answers were not very specific, but clearly pertained to misconduct when driving animals. Furthermore, 43.9% named the failure to properly re-stun animals that were not effectively stunned before exsanguination, and 39.4% disclosed the unauthorized use of devices that administer electric shocks to drive animals. The ranking of the frequency of the violations named can be found in Table 1. Since the question format

TABLE 1 Percentage of survey participants naming a certain violation as one of the five most common animal welfare violations occurring in their own work environment in the past 3 years (2019–2021).

Category/Violation	n of participants (of N = 66 who named this violation as one of the five most common)	Percentage of N = 66 participants answering the question (%)	Category of violation
“Misconduct when driving animals,” not specified any further	31	47.0	1
An ineffectively stunned animal is not re-stunned before exsanguination	29	43.9	4
Illicit use of devices which administer electric shocks	26	39.4	1
Incorrect attachment of the stunning device	22	33.3	4
Inadequate supply of drinking water/feed	21	31.8	2
The time limit allowed between stunning and bleeding is exceeded	18	27.3	4
Failure to assess the effectiveness of stunning	18	27.3	4
Beating/kicking conscious animals intended for slaughter	13	19.7	1
Animals unfit for transport are delivered to the abattoir	12	18.2	1
Inappropriate handling of animals with special care needs	11	16.7	3
Use of a stunning device with visible defects/no spare equipment	9	13.6	4
Inadequate immobilization of an animal before stunning	9	13.6	4
Rough handling of animals	9	13.6	1
Overcrowding of holding pens/other spaces in the abattoir	7	10.6	1
Further preparation or scalding despite signs of consciousness	7	10.6	4
Inadequate training of employees	7	10.6	5

Altogether, 66 participants responded to this question, naming 277 violations in total. The number of the category of violation corresponds to the following: 1 = use of prohibited driving aids; 2 = inadequate husbandry in lairage; 3 = inappropriate handling of animals with special care needs; 4 = improper restraint, stunning, and bleeding of animals; and, 5 = unqualified task execution/inadequate administrative work (e.g., documentation).

was open-ended and not multiple choice, participants could choose to what extent they would specify the nature of the violation. Some participants named a vague violation, such as “misconduct when driving animals,” whereas others specified the illicit use of devices that administer electric shocks (e.g., too long, or in a body region that is not permitted).

Utilizing the findings presented in [Table 1](#), the percentages of violations corresponding to the previously described categories were calculated. [Table 2](#) illustrates the most common categories of violations according to Part A of the survey. The inclusion of this table aims to provide a clear representation of the prevalent types of violations, especially given that some responses were relatively unspecific.

3.1.2.2 Findings regarding the occurrence of 22 specific violations between 2019 to 2021

All constructed cases of the anonymous online survey have occurred in the past 3 years (2019–2021) in the working environment of participants. The most common violation was exceeding the time limit allowed between stunning and bleeding is exceeded without a certificate of exemption, which was reported to have occurred by

56.8% of the participants. The least common violation was deliberately dropping animals in transport containers, which was reported to have occurred by 6.7% of participants (for the occurrence of other violations, please see [Table 3](#)). The constructed cases were handled by a minimum of 66 persons and a maximum of 108 persons. The number of N (people who answered each question) varied because not all participants completed the survey in full, but either skipped cases or dropped out before all cases were completed. Of the 22 cases of animal welfare violations presented in the online survey, the following five violations were the most common, with the percentage of participants encountering each violation in their work environment indicated in brackets following the description: exceeding the time limit allowed between stunning and bleeding without a certificate of exemption (56.8% of N=74); illicit use of instruments administering electric shocks (56.5% of N=108); failure to provide animals with appropriate or sufficient feed within 6 h after arriving at the abattoir (55.0% of N=80); overcrowding in holding pens (54.4% of N=79); and rotating an animal’s tail by 180° for driving, in violation of Regulation (EC) No 1099/2009 (52.9% of N=85). [Table 3](#) provides an overview of the occurrence of the different cases inquired about in the

TABLE 2 Distribution of violations reported among the five most common animal welfare violations reported by survey participants in their work environment over the past 3 years (2019–2021) concerning five different categories.

Category of violation	Number of violations which fell into this category (of N = 277)	Percentage of N = 277 (%)
(1) Use of prohibited driving aids	105	37.9
(2) Inadequate husbandry in lairage	23	8.3
(3) Inappropriate handling of animals with special care needs	14	5.1
(4) Improper restraint, stunning, and bleeding of animals	118	42.6
(5) Unqualified task execution/inadequate administrative work (e.g., documentation)	13	4.7

online survey in Part B. All of the cases presented in the survey were included in [Table 3](#).

3.2 Court decisions

The 16 German judicial decisions are from the years 2015 to 2022. They were comprised of seven penal orders, seven judgments, one resolution, and one dismissal notice. Notably, there were 20 negative responses to the requests for specific judicial decisions. These responses cited various reasons, including the absence of reference numbers, concerns related to data privacy, or the fact that the court cases were still pending. The violations documented in these judicial decisions encompassed a range of offenses, including the following: surpassing the permitted time between stunning and bleeding without a certificate of exemption, unauthorized use of electric shock-administering devices, physical mistreatment such as kicking or beating of animals, exsanguination of inadequately stunned animals displaying signs of consciousness (e.g., spontaneous blinking, directed eye movements, or reactions to touch), the use of painful driving aids to move weak or injured animals unable to walk on their own (e.g., the use of a winch), failure to provide animals with the requisite drinking water following pertinent regulations, and neglecting to milk lactating dairy cattle every 12 h. A summary of the court decisions obtained can be found in [Table 4](#). Court decisions were associated with violations at 10 distinct abattoirs. The count of court decisions exceeds the number of abattoirs due to multiple verdicts for certain abattoirs. Interestingly, 13 of 16 court decisions (81.25%) were based on secret video recordings by animal welfare organizations. The remainder were based on testimonies by OVs.

4 Discussion

The objective of this study was to assess the occurrence of different transgressions related to animal welfare laws and regulations in German abattoirs. This topic warrants investigation, so that strategies to optimize animal welfare at abattoirs can be developed: e.g., improving the education of abattoir personnel (31) and advising official veterinarians (OVs) on which steps in the process of slaughtering animals require more frequent and extensive monitoring. The findings from the online survey and analysis of court decisions showed that animal welfare violations at German abattoirs most frequently fall into categories 1 (use of prohibited driving aids), 2 (inadequate husbandry in lairage), and 4 (improper restraint, stunning, and bleeding of animals). However, it is crucial to

contextualize the obtained results to derive meaningful insights. For instance, a single violation at an abattoir might have far-reaching consequences for numerous animals, as illustrated in [Table 4](#). Consequently, the interpretation of violation frequency remains contingent on whether one examines the number of abattoirs where such breaches occurred or the magnitude of animals impacted. Moreover, the information sources play a pivotal role in determining frequencies. The dual components of the online survey yielded a marginally different ranking compared to the outcomes derived from the analysis of court verdicts. This variance is expected, considering that not all violations result in court trials. Typically, it is the more severe cases that find their way into court, while less severe transgressions are addressed by alternative authorities. Additionally, not even all severe cases go to court (32). Recognizing this dichotomy is essential for a comprehensive understanding of the reported frequencies. The findings of this study reveal a notable frequency of animal welfare violations within German abattoirs. Among the 22 specific violations examined, five were reported to occur in over 50.0% of the surveyed participants' working environments. If comparable findings can be gained in larger, more standardized studies, it would indicate that there is a need for significant enhancements in the enforcement of animal welfare laws and regulations. The reasons for this occurrence of animal welfare violations may lie in deficits regarding law enforcement (8). In the context of farm animals, infringements against the German Animal Welfare Act are often dismissed (33). Moreover, Thilo (34) found no significant relationship between the severity of animal welfare violations and the outcome of the proceedings. The data gathered on animal welfare violations according to a voluntary survey and obtainable judicial decisions suggests that animal welfare conditions at abattoirs may need improvement. Understanding which violations are especially prevalent can inform strategies for improvement and provide incentives to improve practices. According to Fötschl (35), it is particularly important for OVs to repeatedly point out misconduct to slaughterhouse personnel and impose the necessary measures. The findings of this study could support such efforts. Improving animal welfare at the abattoir is important from an ethical standpoint, given the occurrence of unwarranted pain and suffering. In this context, the results of this study may serve as an incentive for abattoir operators to assume greater responsibility in addressing violations and improving the monitoring of animal handling practices. To the authors' knowledge, this project presents the first study of its kind. The results obtained could be explained by the statement made in an article by Scheibl (36), which describes that in many cases, the cause of an animal welfare violation is that the involved parties lack sufficient knowledge regarding the handling of slaughter animals. The author

TABLE 3 Frequencies of different animal welfare violations at German abattoirs in the working environments of survey participants in the past 3 years (2019–2021), ranked from most frequent to least frequent.

Rank	Percentage of participants who reported that this violation occurred in their working environment in the past (%)	Violation	Number of persons who answered this question	95% confidence interval (%)	Category of violation
1	56.8	The time limit allowed between stunning and bleeding is exceeded without a certificate of exemption, in contravention of Section 12(6)(1) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	74	45.4–67.4	4
2	56.5	Use of instruments which administer electric shocks in contravention of Section 5 of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing, in conjunction with Annex III(1.9) of Regulation (EC) No 1099/2009, with multiple violations occurring simultaneously (e.g., repeated, inadequately spaced out administrations of electric shocks in the hindquarters)	108	47.1–65.4	1
3	55.0	Animals not slaughtered within 6 h after arriving at the abattoir are not provided with appropriate or sufficient feed, or there are not enough troughs, or there is not a sufficient trough length per animal to ensure access to feed in contravention of Section 7(3) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	80	47.1–65.4	2
4	54.4	Overcrowding of holding pens, thereby not providing enough space for every animal to lie down or stand up without hindrance in contravention of Section 8(2)(1) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	79	43.5–64.9	2
5	52.9	Rotating an animal's tail in contravention of Article 15(1) in conjunction with Annex III (1.8.)(c) of Regulation (EC) No 1099/2009	85	42.4–63.2	1
6	50.7	Captive bolt stunning without assessing the effectiveness of stunning in contravention of Section 4 of the German Animal Welfare Act; Section 3(1) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing. The employee does not react to the signs of inadequate stunning	71	39.3–62.0	4
7	49.3	Sick or injured animals (which are obviously in severe pain, have large or deep wounds, are bleeding severely, or show a severely disturbed general condition) are kept in holding pens with healthy animals instead of being prioritized for immediate slaughter or euthanasia in contravention of Section 8(1)(1)(1) and (2) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	69	37.8–60.8	3
8	45.3	Intentionally dropping a door or a gate onto an animal, causing harm or distress	86	35.2–55.8	1
9	44.4	The attachment of the stunning device is incorrect (e.g., the bolt firing device is not positioned on the head correctly, such as not being vertical or secure, causing the bolt to be fired incorrectly or not making contact) in contravention of Article 15(1) in conjunction with Annex III(1.8)(c) of Regulation (EC) No 1099/2009	72	33.5–55.9	4
10	36.4	The required certificate of competence does not encompass the activity conducted by the employee in contravention of Article 7(2)(a) of Regulation (EC) No 1099/2009	66	25.8–48.4	5

(Continued)

TABLE 3 (Continued)

Rank	Percentage of participants who reported that this violation occurred in their working environment in the past (%)	Violation	Number of persons who answered this question	95% confidence interval (%)	Category of violation
11	32.5	Poultry arriving at the abattoir in containers are not provided with drinking water despite not being sent to slaughter within 2 h upon arrival in contravention of Section 7(2)(2) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	77	23.1–43.5	2
12	32.4	The bolt of the captive bolt gun has deep indentations in contravention of Article 9(1)(1) of Regulation (EC) No 1099/2009	71	22.7–43.9	4
13	28.6	Inadequate immobilization of an animal before stunning (the animal can turn around in the stun box) in contravention of Section 11 of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	70	19.3–40.0	4
14	25.0	An animal is slaughtered without prior stunning, without a respective official exemption permit (for the purpose of Halal/Kosher slaughter) in contravention of Section 4a(2)(2) of the German Animal Welfare Act	76	16.6–35.7	4
15	24.3	Incompatible animals kept in holding pens together (e.g., dehorned and horned goats from different farms of origin), in contravention of Section 7(4) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing, resulting in hierarchy fights	74	15.9–35.2	2
16	22.4	A pig is placed in the scalding bath without prior bleeding, in contravention of Section 12(7)(1) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing and Article 15(1) in conjunction with Annex III (3.2)(3) of Regulation (EC) No 1099/2009	67	14.1–33.7	4
17	22.40	Dragging an animal unable to walk on its own with painful driving aids (e.g., a winch) in contravention of Section 8(1) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	67	14.1–33.7	3
18	21.90	Employing an electric prod on an animal that is too young according to Annex III(1.9) of Regulation (EC) No 1099/2009	96	14.8–31.1	1
19	21.80	Striking an animal with a driving stick against a sensitive body part (e.g., the eye), in contravention of Article 15(1) in conjunction with Annex III(1.8)(a) of Regulation (EC) No 1099/2009	96	13.9–30.0	1
20	11.70	Kicking an animal in the head, which violates Article 15(1) in conjunction with Annex III(1.8)(a) of Regulation (EC) No 1099/2009	94	6.6–19.7	1
21	8.60	Prohibited methods of immobilizing animals (e.g., using a bolt shot to the neck) in contravention of Article 15(3)(1) of Regulation (EC) No 1099/2009	70	3.9–17.5	4
22	6.70	Animals in transport containers are deliberately dropped in contravention of Article 15(1) in conjunction with Annex III (1.3.)(1)(a) of Regulation (EC) No 1099/2009	75	3.9–17.5	1

The number of the category of violation corresponds to the following: 1 = use of prohibited driving aids; 2 = inadequate husbandry in lairage; 3 = inappropriate handling of animals with special care needs; 4 = improper restraint, stunning, and bleeding of animals; and, 5 = unqualified task execution/inadequate administrative work (e.g., documentation).

TABLE 4 Occurrence of animal welfare violations in abattoirs: ranked by the number of facilities affected.

Animal welfare violation	Number of court verdicts in which this violation was penalized and year of the decision(s)	Number of abattoirs where this violation occurred (of $N = 10$ different abattoirs)	Minimum number of animals affected by this violation (not per abattoir, but overall)	Species affected with minimum number of animals affected in brackets	Reference Number(s) of court verdict(s)	Category of violation
Hitting/kicking slaughtered animals in contravention of Article 15(1) in conjunction with Annex III(1.8) of Regulation (EC) No 1099/2009	6 (4 court decisions from 2019 and 2 from 2020)	5	11	Cattle ($n = 9$), Pigs ($n = 1$), Sheep ($n = 1$)	Cs 21 Js 2416/20; Cs 21 Js 8867/18; 52 Ds 222/20; 1 Ss 93/19; 3 Cs 12 Js 7023/18; Cs 444 Js 8	1
Use of devices which administer electric shocks in contravention of Section 5(1)(1) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing in conjunction with Annex III(1.9) of Regulation (EC) No 1099/2009	6 (3 court decisions from 2019; 2 from 2020 and 1 from 2022)	5	103	Pigs ($n = 75$), Cattle ($n = 28$)	3 Cs 12 Js 7023/18; Cs 444 Js 15,746/18; Cs 21 Js 8867/18; Cs 21 Js 8806/18; Unknown (Source: Kulmbach Local Court, penalty order from December 27th, 2021); Dismissal notice (Laatzen, 1,102 Js 76,225/18)	1
An animal that has been ineffectively stunned (e.g., one that shows signs of consciousness such as spontaneous blinking, directed eye movements or reactions to touch) is not re-stunned before exsanguination	3 (1 court decision from 2018 and 2 from 2020)	3	49	Cattle ($n = 43$), Pigs ($n = 6$)	9 Ns – 9,634 Js 23,170/13; 2 Ss 194/20; 590 Js 10,044/16	4
Dragging an animal unable to walk on its own with painful driving aids (e.g., a winch) in contravention of Section 8(1) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	4 (3 from 2020, 1 from 2021)	3	12	Cattle	23 Cs (1,102 Js 47,536/20) 538/20; 23 Ds (1,102 Js 23,602/20) 282/20; Cs 444 Js 15,746/18; Cs 444 Js 17,063/18;	3
Poultry arriving at the abattoir in containers are not provided with drinking water despite not being sent to slaughter within 2 h upon arrival in contravention of Section 7(2)(2) of the German Ordinance on the Protection of Animals in Connection with Slaughter or Killing	1 (2015)	1	752	Turkeys	11 A 3678/14	2
Failure to milk lactating dairy cattle at least every 12 h in contravention of Annex III(1.5) (2)(a) of Regulation (EC) No 1099/2009	1 (2018)	1	136	Cattle	590 Js 10,044/16	4
The time limit allowed between stunning and bleeding is exceeded without a certificate of exemption (in accordance with Section 13(2) of the German Ordinance on the Protection of Animals during Slaughter or Killing)	1 (2018)	1	130	Cattle	590 Js 10,044/16	4

describes that the affected group includes individuals ranging from ordinary workers to managerial personnel, and that the primary focus for improving the situation should be on providing the necessary knowledge in the form of continuing education for both experienced butchers already in the workforce and those undergoing initial training (37). Furthermore, according to Braunmiller (38), the fines imposed to sanction animal welfare violations do not have a deterrent effect. To some extent, this could possibly account for the findings of this study. According to the study published by Reymann in 2016, animal welfare violations occurred during preslaughter handling, stunning, and exsanguination in the majority of the 20 largest Bavarian abattoirs audited (12). The study reported on violations occurring during unloading in the holding pen, driving animals, stunning, bleeding and documentation/management. The findings of Reymann's study align with the outcomes of the present study, as both studies reveal that all aspects related to animal handling and care can be improved. Instances of animal welfare violations often stem from a variety of factors, including negligence of abattoir employees or operators, or specific challenges such as structural deficiencies, as reported in the works of Fötschl (35), Scheibl (36, 37), and Hahn and Kari (20). Furthermore, these transgressions can be linked to additional factors, such as time constraints, high slaughter rates, inadequate infrastructure, or economic interests (39). The most evident factor to tackle is a lack of education and training for the tasks personnel are hired for. According to Nicolaisen et al. in 2023 (40), the training program they developed holds the promising potential to enhance animal welfare practices, alleviate stress levels for both workers and animals, and create a more favorable overall work environment (41).

A limitation of data collected through a voluntary and anonymous survey is that the information reported cannot be verified. This is a common challenge associated with survey research (42). However, by using this methodology, participants were allowed to disclose which violations occurred in their working environments in the past 3 years without concerns about potential identification and respective consequences about data protection. This aspect is particularly significant given the subject matter, as there has been media coverage highlighting concerns about OV's inadequately responding to animal welfare violations (43). However, due to the anonymous nature of the survey, the findings may not generalize to the entire country. It cannot be ruled out that violations that occurred at one abattoir were reported more than once. For instance, it is conceivable that both the animal welfare officer and the responsible OV's working at the same abattoir may have reported on the same cases. Moreover, given the uncertainty surrounding the number of individuals who received or could have received the email, the representativeness of the obtained results cannot be determined. It cannot be excluded that violations were over- or under-reported. Additionally, the number of incidents of animal welfare violations is likely much higher when OV's are not present for monitoring. This could mean that the incidents reported in the online-survey is most likely lower than the actual number of animal welfare violations which occurred in the timeframe studied. Professionals who encountered a higher number of animal welfare violations in their work environments may have been more inclined to participate in this survey under such circumstances. Consequently, individuals with little or no such experiences might have been less motivated to engage in the survey. Moreover, one would expect more compliance with animal welfare laws and regulations when OV's are present. To

this end, the fact that 81.25% of the court decisions were based on secret video recordings heavily suggests that the number of animal welfare violations is under-reported. Additionally, when OV's are monitoring, there may be differences in inter-observer reliability, meaning that some of the OV's could lack adequate training to identify breaches of animal welfare laws and regulations (e.g., not identifying signs of recovery of consciousness). Furthermore, the interpretation of animal welfare laws and regulations can be rather subjective (44). Also, some OV's see breaches of animal welfare violations, but do not document them out of fear of retaliation (30). As for the court decisions, the limitations regarding generalizability also apply, especially due to the low number of court decisions available. It is to be expected that with 317 abattoirs across Germany (not including poultry slaughter) (source: BMEL), there will be significantly more judicial violations of animal welfare legislation. The fact that there are only 16 court decisions that could be an indication that there is a low number of animal welfare violations in Germany which get reported as crimes, but could also mean that law enforcement is inadequate. Therefore, the representativeness can only be speculated. These results serve as a first indication that compliance with animal welfare laws and regulations may be inadequate. However, it is essential to validate these findings through future studies. Regarding the collected judicial decisions, there were constraints which restricted the number of violations that could be examined within the scope of this study. While there are additional court decisions beyond those included in this research, their inclusion was hindered by the factors outlined in the results section (3.2). However, it is often the case that severe animal welfare violations are not proceeded in court, due to reasons such as inadequate documentation and procedural errors (33), meaning that the number of actual court cases concerning animal welfare violations at the abattoir may be relatively low. A very interesting and relevant question in field of research regarding animal welfare violations at abattoirs is the role of abattoir size on the occurrence of violations. However, investigating this was not feasible with the data obtained in this survey. Most participants had experience monitoring animal welfare in abattoirs of different sizes and were not asked to indicate whether a violation had occurred at a smaller or larger abattoir. This could be investigated in future studies. Future studies could also assess violation frequencies over time to identify whether there are any trends (e.g., differences after implementing mandatory video surveillance or implementing artificial intelligence to identify non-compliance). Additionally, similar studies should be conducted in other countries. Subsequently, a comparative analysis could be conducted to identify which countries practice animal handling the best and how these findings can be considered in German policymaking. Afterwards, the impact of different interventions (e.g., training programs for abattoir staff) could be evaluated. Future studies could also develop metrics to help OV's assess animal welfare violations. Also, a similar study could be conducted to investigate animal welfare during transport to abattoirs, seeing as this is also known to be a critical part of the process in which various animal welfare violations occur (45).

The most important practical implication this study aims to achieve is an improvement of industry practices. Apart from more extensive training on animal welfare standards and best practices, the number of internal and external audits may increase to ensure that suppliers are sourcing meat from abattoirs that comply with animal welfare standards. In the future, should the findings be confirmed by

additional studies, they could serve as the foundation for establishing certifications and labels for meat products that adhere to elevated animal welfare standards at abattoirs.

5 Conclusion

The objective of this study was to investigate the occurrence of various animal welfare violations occurring at German abattoirs, encompassing violations in five different categories (use of prohibited driving aids; inadequate husbandry in lairage; inappropriate handling of animals with special care needs; improper restraint, stunning, and bleeding of animals; and unqualified task execution/inadequate administrative work). It employed two major parts: an analysis of data collected in an online survey among individuals responsible for enforcing animal welfare regulations at abattoirs, and an analysis of available relevant court decisions. Violations were reported to occur most frequently in the following categories: use of prohibited driving aids; inadequate husbandry in lairage; and improper restraint, stunning, and bleeding of animals. Five specific infractions pertaining to these categories were reported to have taken place in the working environments of over 50.0% of the surveyed participants between 2019 and 2021. The findings of this research project suggest that there may be a need to improve the implementation of animal welfare laws and regulations, but this needs to be validated in future studies. The results are a first step toward improving monitoring activities and shaping training programs for abattoir personnel.

Data availability statement

The raw data supporting the conclusions of this article will be made available by the authors, without undue reservation.

Ethics statement

This project received an ethical approval from the Ethics Committee of Freie Universität Berlin (protocol code ZEA-Nr. 2022–007; approval date: April 11th, 2022). The studies were conducted in

References

- Browning H, Veit W. Is humane slaughter possible? *Animals*. (2020) 10:799. doi: 10.3390/ani10050799
- Sinclair M, Fryer C, Phillips CJ. The benefits of improving animal welfare from the perspective of livestock stakeholders across Asia. *Animals*. (2019) 9:123. doi: 10.3390/ani9040123
- Isbrandt R, Wiegand M, Meemken D, Langkabel N. Impact of procedures and human-animal interactions during transport and slaughter on animal welfare of pigs: a systematic literature review. *Animals*. (2022) 12:3391. doi: 10.3390/ani12233391
- Nicolaisen S, Thöne-Reineke C, Buchwald L, Kuper H, Wiegand M. Analysis of the knowledge level of slaughterhouse employees and evaluation of online training to improve animal welfare. *J Food Sci Nutr Res*. (2023) 6:127–38. doi: 10.26502/jfsnr.2642-110000138
- European Community. *Council regulation (EC) No 1099/2009 of 24 September 2009 on the protection of animals at the time of killing*. (2009). Available at: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009R1099&from=DE>
- TierSchlV. *Verordnung zum Schutz von Tieren im Zusammenhang mit der Schlachtung oder Tötung und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 des*

accordance with the local legislation and institutional requirements. The participants provided their written informed consent to participate in this study.

Author contributions

SS: Conceptualization, Data curation, Formal analysis, Investigation, Methodology, Software, Visualization, Writing – original draft, Writing – review & editing. SL: Conceptualization, Data curation, Funding acquisition, Project administration, Resources, Supervision, Validation, Writing – review & editing. DM: Conceptualization, Data curation, Funding acquisition, Project administration, Resources, Software, Supervision, Writing – review & editing.

Funding

The author(s) declare financial support was received for the research, authorship, and/or publication of this article. This work was supported by the Veterinary Association for Animal Welfare (Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V.).

Conflict of interest

The authors declare that the research was conducted in the absence of any commercial or financial relationships that could be construed as a potential conflict of interest.

Publisher's note

All claims expressed in this article are solely those of the authors and do not necessarily represent those of their affiliated organizations, or those of the publisher, the editors and the reviewers. Any product that may be evaluated in this article, or claim that may be made by its manufacturer, is not guaranteed or endorsed by the publisher.

Rates (Tierschutz-Schlachtverordnung-TierSchlV). (2012). Available at: https://www.gesetze-im-internet.de/tierschlV_2013/

7. TierSchG. *Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das Zuletzt Durch Artikel 105 des Gesetzes vom 10 August 2021 (BGBl. I S.3436) Geändert Worden ist*. (2021). Available at: <https://www.gesetze-im-internet.de/tierschg/BjNR012770972.html>

8. Bülte J, Dählmann A-L. *Reform des Tierschutzstrafrechts zur effektiven Bekämpfung von Tierquälerei-Entwurf einer Strafvorschrift gegen die Tierquälerei im Strafgesetzbuch-Gutachten im Auftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag*. Baden-Baden, Germany: Nomos (2022).

9. Faucitano L. Preslaughter handling practices and their effects on animal welfare and pork quality. *J Anim Sci*. (2018) 96:728–38. doi: 10.1093/jas/skx064

10. Dokmanović M, Velarde A, Tomović V, Glamočlija N, Marković R, Janjić J, et al. The effects of lairage time and handling procedure prior to slaughter on stress and meat quality parameters in pigs. *Meat Sci*. (2014) 98:220–6. doi: 10.1016/j.meatsci.2014.06.003

11. Grandin T. Livestock handling at the abattoir: effects on welfare and meat quality. *Meat Muscle Biol*. (2020) 4:1–11. doi: 10.22175/mmb.9457

12. Reymann T. *Vergleichende Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen anhand rechtlicher Vorgaben und fachlicher Leitparameter*. Munich, Germany: LMU (2016).
13. Bayern L. *Tierschutz bei der Schlachtung—Ergebnisse der Schwerpunktkontrollen aus den Jahren 2014 und 2015*. (2015). Available at: https://www.lgl.bayern.de/tiergesundheit/tierschutz/schlachten/ue_2015_schlachthofprojekt_vergleichende_ueberpruefung.htm
14. Wahlperiode N.L., *Drucksache 18/2627 - Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung gemäß § 46 Abs. 1 GO LT mit Antwort der Niedersächsischer Landtag - 18. Wahlperiode*. Landesregierung. (2018).
15. Abg. Jonas Weber, D.B.W.a.D.S.F.-B.S., *Einhaltung der Tierschutzbestimmungen im Schlachthof in Mannheim - Drucksache 17 / 217 - Landtag von Baden-Württemberg 17. Wahlperiode - Kleine Anfrage und Antwort des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz*. (2021). Available at: www.landtag-bw.de/Dokumente.
16. Nordrhein-Westfalen L., *Drucksache 17/4314 - Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 7 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2907 - Tierhaltung und Tierschutz in Nordrhein-Westfalen*. (2018). Publication of the State Parliament of North Rhine-Westphalia.
17. Grünen RSBD. *Missstände am Schlachthof Fürstentfeldbruck (Brucker Schlachthof) - Schriftliche Anfrage - Drucksache 17/17245 Bayerischer Landtag* (2017).
18. Grandin T. Solving return-to-sensibility problems after electrical stunning in commercial pork slaughter plants. *J Am Vet Med Assoc*. (2001) 219:608–11. doi: 10.2460/javma.2001.219.608
19. Grandin T. Progress and challenges in animal handling and slaughter in the US. *Appl Anim Behav Sci*. (2006) 100:129–39. doi: 10.1016/j.applanim.2006.04.016
20. Hahn J, Kari A. Tiermisshandlungen wegen “baulicher Mängel” in Schlachtbetrieben—eine strafrechtliche Betrachtung. *Nat Recht*. (2022) 44:96–102. doi: 10.1007/s10357-022-3956-1
21. e.V S.T. Soko *Tierschutz Deckt Tierqual im Metzger-Schlachthof auf: Katastrophale Zustände im Schlachthof Gärtringen*. (2020). Available at: <https://www.presseportal.de/pm/110736/4692770>
22. Stiftung A.S. *Kleine Schlachthöfe: 44% Fehlbetäubungen* (2019). Available at: <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/kleine-schlachthoefe-fehlbetaebungen>.
23. Grommel C. *Skandal im Schlachthof Bad Iburg: Chef und Mitarbeiter verurteilt* (2022). Available at: <https://www.agrarheute.com/tier/rind/skandal-schlachthof-bad-iburg-chef-mitarbeiter-verurteilt-597297>.
24. Verheyen E. *Tierquälerei im Schlachthof - Bei vollem Bewusstsein getötet* Available at: <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/tierquaelerei-schlachthof-101.html>.
25. Völker R., *Schweinehaltung in Deutschland: Eine Analyse der Zusammenhänge zwischen Haltungsintensität und Tierschutz*. (2020). German Association of Agricultural Economists (GEWISOLA).
26. Schneidewind SJ, Meemken D, Langforth S. Measures and penalties for animal welfare violations at German abattoirs: a compilation of current recommendations and practices. *Animals*. (2023) 13:2916. doi: 10.3390/ani13182916
27. OpenJur. Available at: <https://openjur.de/> (Accessed December 5, 2023).
28. Juris. Available at: <https://www.juris.de/jportal/nav/index.jsp#/> (Accessed December 5, 2023).
29. Beck-Online. Available at: <https://beck-online.beck.de/Home> (Accessed December 5, 2023).
30. Hahn EHJ, Hoven E. *Strafrechtliche Verfolgung von Tierschutzkriminalität in der Landwirtschaft*. Baden-Baden, Germany: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Company KG (2022).
31. Isbrandt R, Langkabel N, Doherr MG, Haase S, Meemken D. Innovative e-learning training modules to improve animal welfare during transport and slaughter of pigs: a pretest–posttest study to pre-evaluate the general didactical concept. *Animals*. (2023) 13:3593. doi: 10.3390/ani13233593
32. Hahn J. Strafzumessung bei Tierschutzdelikten: Anmerkung zu LG Ulm, Urt. v. 19.2. 2020–1 Ns 12 Js 19998/16. *Nat Recht*. (2021) 43:165–8. doi: 10.1007/s10357-021-3813-7
33. Bergschmidt A. *Eine explorative Analyse der Zusammenarbeit zwischen Veterinärämtern und Staatsanwaltschaften bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz*. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. Thünen Working Paper (2015).
34. Thilo A. *Die Garantenstellung des Amtstierarztes* Baden-Baden, Germany: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG (2020).
35. Fötschl H. Tierschutzvergehen am Schlachthof. *Tierschutz*. Studies Conference (pp. 29–35). Vienna: Johannes Baumgartner. (2013):29.
36. Scheibl P. Animal welfare problems from rearing to slaughter on cattle farms from an official veterinarian’s perspective. *Tieraerztliche Praxis Ausgabe Grosstiere Nutztiere*. (2020) 48:338–43. doi: 10.1055/a-1236-4886
37. Scheibl P. Optimierung des Tierschutzes in Schlachtbetrieben – Häufige Mängel und Lösungsansätze für die Praxis. *Rundschau für Fleischhygiene und Lebensmittelüberwachung*. (2018) 7:230–2.
38. Braunmiller K. *Stellungnahme des Einzelsachverständigen Dr. Kai Braunmiller: für die 83. Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft öffentliche Anhörung zu: Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN “Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Tierschutzgesetzes” (BT-Drucksache 19/27752)*. (2021). Available at: https://kripoz.de/wp-content/uploads/2021/05/Stellungnahme_Dr-Kai-Braunmiller-17-tschg.pdf
39. Wirths F, Tierschutz AF. Anforderungen des Tierschutzes an Transport und Schlachtung von Bio-Schweinen. *Praxis trifft Forschung Neues aus dem Ökologischen Ackerbau und der Ökologischen Tierhaltung*. (2011) 2011:63.
40. Nicolaisen S, Thöne-Reineke C, Wiegard M. Evaluation of online training to improve animal welfare of cattle during transport and slaughter from the perspective of animal welfare officers and official veterinarians. *J Food Sci Nutr Res*. (2023) 6:85–101. doi: 10.26502/jfsnr.2642-110000134
41. Köbrunner D, Waiblinger S, Stetina BU, Künzel F, Windschnurer I. Insight into husbandry conditions, health, and behavior of pet ferrets (*Mustela putorius furo*) among German-speaking ferret owners. *J Vet Behav*. (2020) 37:8–19. doi: 10.1016/j.jveb.2020.03.003
42. Kemper R. Die Garantenstellung der Amtstierärztinnen und Amtstierärzte im Tierschutz. *Nat Recht*. (2007) 29:790–6. doi: 10.1007/s10357-007-1389-5
43. Whittaker D. Animal welfare laws and regulations In: *The laboratory rat*: Elsevier (2000). 77–95.
44. Padalino B, Barrasso R, Tullio D, Zappaterra M, Nanni Costa L, Bozzo G. Protection of animals during transport: analysis of the infringements reported from 2009 to 2013 during on-road inspections in Italy. *Animals*. (2020) 10:356. doi: 10.3390/ani10020356
45. Nicolaisen S, Langkabel N, Thöne-Reineke C, Wiegard M. Animal welfare during transport and slaughter of cattle: a systematic review of studies in the European legal framework. *Animals*. (2023) 13:1974. doi: 10.3390/ani13121974

5 DISKUSSION

Diese wissenschaftliche Arbeit hat erstmals Daten zu Handlungsempfehlungen bei Tierschutzverstößen an deutschen Schlachtbetrieben sowie zum Vorkommen unterschiedlicher Tierschutzdefizite auf nationaler Ebene erhoben. Dazu wurden eine anonyme Online-Umfrage durchgeführt, gerichtliche Entscheidungen gesichtet, ein Austausch mit Jurist:innen und amtlichen Tierärzt:innen sowie ein Online-Kolloquium mit amtlichen Tierärzt:innen durchgeführt. Maßnahmen und Ergebnisse von Verfahren, die aus der Perspektive der für den Tierschutz im Schlachtbetrieb verantwortlichen Personen als angemessen betrachtet werden sowie bereits verhängte Sanktionen wurden gesammelt. Diese Daten wurden in Form einer Liste von 40 häufig vorkommenden Verstößen gegen den Tierschutz zusammengestellt. Maßnahmen in dieser Liste wurden entweder von 50.0% der Teilnehmenden der Online-Umfrage als angemessen erachtet, im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens verhängt oder von der Mehrheit der Teilnehmenden im Online-Kolloquium als angemessen betrachtet. Diese Übersicht zu empfohlenen Maßnahmen, Verfahrensausgängen sowie Bußgeld- bzw. Zwangsgeldrahmen für unterschiedliche Verstöße gegen tierschutzrechtliche Normen ist ein Eindruck des Status quo des Gesetzesvollzugs an deutschen Schlachtbetrieben. Unter Verwendung dieser Daten könnte erörtert werden, ob in deutschen Schlachtbetrieben ein Vollzugsdefizit vorliegt. Die Ergebnisse dieser Studie legen in mehreren Fällen nahe, dass tatsächlich ein Vollzugsdefizit besteht. Beispielsweise hätten beim folgenden Verstoß gegen § 8 TierSchIV lediglich 32% der Teilnehmenden eine Strafanzeige erstattet: „Ein Transporteur liefert mehrere Rinder in einem Schlachtbetrieb an. Ein Rind liegt scheinbar auf dem LKW-Boden fest. Die hinteren Gliedmaßen sind ausgegrätscht. Ohne jeglichen Auftriebversuch nimmt der Transporteur sofort eine Kettenschlaufe zur Hand und befestigt diese an einer Hintergliedmaße. Nach Einhaken einer Seilwinde wird das Rind ohne Betäubung in den Vorraum des Schlachthofes gezogen.“ Viel häufiger wurde das Bußgeldverfahren (mit 50,7%) von Teilnehmenden befürwortet. Erst im Wiederholungsfall befürwortete die Mehrheit der Teilnehmenden (68,6%) die Strafanzeige. Möglicherweise zeigen diese Daten, dass das amtliche Personal besser mit Praxisbeispielen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht geschult werden sollte. Die im Rahmen dieser wissenschaftlichen Arbeit erarbeiteten Fälle könnten als Schulungsgrundlagen zukünftig verwendet werden, um dem amtlichen Personal zu vermitteln, in welchen Fällen eine Strafanzeige erstattet werden muss.

Durch die Zurverfügungstellung eines Maßnahmenkatalogs kann zur Reduzierung von Vollzugsdefiziten beigetragen werden, wenn in Zukunft amtliches Personal einheitlich angemessene Maßnahmen einleitet. Ein Maßnahmenkatalog ist besonders zur Vereinheitlichung von Maßnahmen und Sanktionen bei vorsätzlichen Einsätzen von

verbotenen Hilfsmitteln hilfreich, wie zum Beispiel eine tierschutzwidrige Anwendung eines elektrischen Treibgerätes oder das bewusste Schlagen und Treten eines Schlachttiers (um den Treibvorgang zu beschleunigen). Wenn Schlachthofbetreiber:innen und -mitarbeiter:innen beispielsweise wissen, dass bei einer tierschutzwidrigen Anwendung des elektrischen Treibgerätes mit einem Bußgeld zwischen 175,- bis 425,- € beim Erstverstoß und 350,- bis 850,- € beim Wiederholungsverstoß zu rechnen ist, könnte dies die Motivation fördern, auf elektrische Treibgeräte zu verzichten und schonendere Treibhilfen zu verwenden. In diesem Sinne könnte ein Maßnahmenkatalog, ähnlich wie der Bußgeldkatalog im Straßenverkehr, eine abschreckende Wirkung haben, da die Konsequenzen eindeutig und vorhersehbar sind. Außerdem ist ein Mehrwert der Bereitstellung von Buß- bzw. Zwangsgeldrahmen für unterschiedliche Verstöße der, dass der Schweregrad eines Verstoßes durch einen Vergleich der Rahmenhöhen abgeleitet werden kann. So verdeutlicht die aktuell zusammengestellte Liste beispielsweise, dass ein fehlendes Melken laktierender Milchkühe innerhalb von 12 Stunden ein weitaus gravierenderer Verstoß als das Schwanzdrehen beim Rind um 180° ist (Vergleich Bußgeldrahmen beim Erstverstoß: 300,- bis 1.500,- € pro Tier für das fehlende Melken einer laktierenden Milchkühe versus 275,- bis 500,- € für das Schwanzdrehen beim Rind um 180°).

Die Häufigkeit unterschiedlicher Verstöße wurde anhand der Ergebnisse der Online-Umfrage und der gerichtlichen Entscheidungen abgeleitet. Laut den Ergebnissen dieser Studie kommen Verstöße gegen den Tierschutz in deutschen Schlachtbetrieben am häufigsten in den folgenden Funktionsbereichen bzw. Kategorien vor: (1.) Anwendung verbotener Treibhilfen und Gewalt beim Treiben, (2.) Unterbringung und Versorgung der Tiere im Wartebereich und (3.) Durchführung der Ruhigstellung, Betäubung, Nachbetäubung und Entblutung. Von den 22 untersuchten spezifischen Verstößen war es bei fünf Verstößen der Fall, dass mindestens 50 % der Befragten angaben, dass er oder sie im eigenen Arbeitsumfeld in den letzten drei Jahren mindestens einmal vorgekommen ist. Wenn vergleichbare Ergebnisse in Studien mit einer größeren Anzahl von Teilnehmenden gefunden werden, wobei das mehrfache Berichten eines Verstoßes ausgeschlossen werden kann, würde dies darauf hinweisen, dass es einen erheblichen Bedarf an der Vorbeugung von Verstößen gegen tierschutzrechtliche Normen gibt. Des Weiteren könnten Daten zu den Häufigkeiten bei der Entwicklung von Strategien zur Optimierung des Tierschutzes in Schlachtbetrieben zum Einsatz kommen. Erstens kann hierdurch identifiziert werden, in welchen Funktionsbereichen die Ausbildung des Schlachthofpersonals insgesamt verbessert werden kann. Beispielsweise sprechen die Ergebnisse der Umfrage dafür, dass es möglich ist, dass vielen Schlachthofmitarbeiter:innen die Grenzen zwischen einer zulässigen und unzulässigen Verwendung des elektrischen Viehtreibers nicht klar sind. So könnten die im Rahmen dieser Studie erhobenen Daten die

Überwachungstätigkeit des amtlichen Personals unterstützen, indem deutlich dargestellt wird, welche Funktionsbereiche im Prozess der Schlachtung von Tieren besonders häufig und umfassend überwacht werden sollten. Außerdem könnten die Ergebnisse den Schlachtbetrieben einen Anreiz geben, ihre Praktiken zu verbessern.

Die niedrige Anzahl gerichtlicher Entscheidungen zu Tierschutzverstößen an den Schlachtbetrieben könnte zum Teil mit dem an Veterinärbehörden bestehenden Personalmangel erklärt werden. Plange und Willimzik (2019) äußerten sich in einer gemeinsamen Erklärung von zwei Tierschutzbeauftragten der Länder zur personellen Ausstattung folgendermaßen: „Eine ständige Anwesenheitspflicht von Veterinären während der Betäubung und Tötung wäre wünschenswert, wird sich aber bei den momentanen niedrigen Fleischbeschauegebühren nicht verwirklichen lassen“. Dies verweist auf die systemimmanenten Probleme, die den Vollzug der Tierschutzgesetzgebung am Schlachtbetrieb erschweren.

Nach bestem Wissen der Autorinnen wurde bisher kein vergleichbarer Maßnahmenkatalog entwickelt oder Handlungsempfehlungen für konkrete Tierschutzverstöße an deutschen Schlachtbetrieben zusammengestellt. Auch für andere Länder wurde nach Kenntnisstand der Autorinnen kein vergleichbarer Maßnahmenkatalog entwickelt. Es wurden auch keine Studien zum Status quo des Gesetzesvollzugs und zum Vorkommen unterschiedlicher Tierschutzverstöße durchgeführt. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie können demnach nur sehr begrenzt mit anderen Veröffentlichungen verglichen werden. Hinsichtlich des Status quos des Gesetzesvollzugs ist die Datenlage sehr begrenzt. Einige Geldbußen für Ordnungswidrigkeiten aus dem Jahr 2019 wurden vom Regierungspräsidium Kassel veröffentlicht. Das Schlachten einer Kuh im letzten Trimester der Trächtigkeit wurde beispielsweise beim ersten Verstoß mit 500 € bestraft. Bei der Wiederholung des gleichen Verstoßes betrug die Strafe 1000 €. In diesem Fall ist es wichtig anzumerken, dass der bzw. die Landwirt:in für den Verstoß zu belangen ist und nicht der bzw. die Schlachthofbetreiber:in, da eine Kuh im letzten Drittel der Trächtigkeit nicht zur Schlachtung abgegeben werden darf (§ 4 Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetz). Die Steigerung der Strafe in diesem Fall entspricht den Ergebnissen unserer Studie, da die Teilnehmenden des Online-Kolloquiums einstimmig der Meinung waren, dass die Strafe für den wiederholten Verstoß doppelt so hoch sein sollte wie die Strafe für den ersten Verstoß. Ein weiterer Verstoß in Kassel beschrieb eine Unterlassung der Betäubung vor der Entblutung eines Schafes. Die verhängte Strafe von 300 € liegt unter dem Median der von den Amtstierärzt:innen empfohlenen Geldbußen in unserer Studie (500,00 € bis 1000,00 €). Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Einzelheiten zu dem Fall in Kassel fehlen. Laut Reymann (2016) traten Verstöße gegen den Tierschutz im Zeitraum zwischen Januar 2014 und 2015 während der Anlieferung, im Wartestall, beim Zutrieb sowie

bei der Betäubung und der Entblutung bei allen Schlachtbetrieben in mindestens einem Schritt des Schlachtprozesses Mängel auf. Ziel dieser Studie war es jedoch nicht, die Häufigkeit unterschiedlicher Tierschutzverstöße zu untersuchen, sondern die Einhaltung von Tierschutzstandards gemäß den Vorgaben des bayerischen Qualitätsmanagementsystems und des Systems der US-amerikanischen Professorin Temple Grandin zu überprüfen. Die Ergebnisse von Reymanns Studie stimmen mit den Ergebnissen der vorliegenden Studie überein, da beide Studien zeigen, dass alle Aspekte im Zusammenhang mit der Behandlung und Pflege von Tieren verbessert werden sollten. Tröger (2008) beschrieb allgemein, dass es bei schweren Schweinen häufig zu Fehlbetäubungen kommt. Der Zweck dieses Abschnitts der Publikation bestand jedoch darin, aufzuzeigen, dass die in der TierSchlV vorgeschriebenen Mindeststandards für die Betäubung nicht ausreichend sind (Tröger 2008). Dies wird auch aus rechtswissenschaftlicher Sicht von Prof. Bülte geschildert, indem er schreibt, dass das Vollzugsdefizit sich „nicht nur in einem Mangel an politischem oder administrativem Willen begründet,“ sondern auch durch rechtliche Defizite begünstigt wird. Laut Iburg führt das Tierschutzstrafrecht zudem im Nebenstrafrecht „ein Schattendasein“ (2010).

Diese Ergebnisse sind ein erstes Anzeichen dafür, dass die Einhaltung von Tierschutzgesetzen und -vorschriften möglicherweise unzureichend ist. Über die Repräsentativität der Ergebnisse kann jedoch momentan nur spekuliert werden. In dieser wissenschaftlichen Arbeit wurden nicht sämtliche Tierschutzverstöße adressiert, sondern nur die häufig vorkommenden. Allein in der TierSchlV gibt es 44 Mängel, die als Ordnungswidrigkeit zu ahnden sind. Insgesamt wurden in der Untersuchung verstärkt sogenannte "aktive Tierschutzverstöße" nach Fötschl (2013) berücksichtigt. Diese umfassen beispielsweise Überschreitungen der Ladedichte, unzureichende Trennung von Tieren oder Tiergruppen, tierschutzwidrigen Umgang mit elektrischen Viehtreibern oder Schlagstöcken, Schlagen/Treten, fehlende Absonderung von kranken/verletzten Tieren sowie Blutentzug trotz unzureichender Betäubung. Die von Fötschl als „passive Tierschutzverstöße“ kategorisierten Mängel (z. B. bauliche Mängel, ungünstige Lichtverhältnisse, ungünstige Gestaltung der Zutriebswege und fehlende Trittsicherheit auf den Böden) wurden deutlich weniger in der wissenschaftlichen Arbeit einbezogen, da die Hintergründe und Lösungen Maßnahmen erfordern, die im Einzelfall sehr unterschiedlich sein können. Außerdem gibt es zu baulichen Mängeln in den Schlachtbetrieben einen juristischen Fachartikel (Hahn und Kari 2022), welcher die Verantwortung des Betreibers bzw. der Betreiberin und des Tierschutzbeauftragten klar darstellt. Bislang wurden häufig vorkommende technische Mängel in Schlachtbetrieben wenig untersucht. Hierzu sollten in Zukunft gezielt Untersuchungen stattfinden und in der Fachliteratur veröffentlicht werden.

In dieser Studie konnte der Einfluss der Betriebsgröße auf das Auftreten von Verstößen nicht untersucht werden. Dies wurde in einer Fachtagung mit der Begründung bemängelt, dass es für amtliches Personal wichtig zu wissen wäre, mit welchen Verstößen sie bei unterschiedlichen Betriebsgrößen rechnen müssen. Allerdings war es mit den in dieser Umfrage erhaltenen Daten nicht möglich, dies zu untersuchen. Primär ist diese wissenschaftliche Untersuchung auf die Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs ausgerichtet gewesen. Die meisten Teilnehmenden hatten Erfahrung in der Überwachung des Tierschutzes in Schlachthöfen unterschiedlicher Größe und wurden nicht zu jedem Verstoß gefragt, ob dieser in einem kleineren oder größeren Schlachthof aufgetreten war. Dies könnte in zukünftigen Studien untersucht werden.

Tierschutzverstöße und adäquate Maßnahmen sind immer Einzelfallentscheidungen. Dies ist eine Limitation in der Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs insgesamt und dies bedingt auch eine Limitation in den hier erhobenen Daten. So macht es natürlich einen Unterschied, ob der Verstoß aus Rohheit begangen wurde oder ob externe Faktoren (wie z. B. Arbeitsbedingungen) den Verstoß begünstigten. Dies wurde in den Einzelfällen der Umfrage berücksichtigt. Diese Erwägungen können aber nur sehr begrenzt in einem Maßnahmenkatalog berücksichtigt werden. Oft müssen statt repressiven Strafen konstruktive, in die Zukunft gerichtete Maßnahmen angeordnet werden, wodurch das grundlegende Problem (z. B. bauliche Mängel, mangelnde Schulung, Zeitdruck aufgrund hoher Schlachtgeschwindigkeit oder wirtschaftlicher Interessen) adressiert wird. Daher sollte der finale Maßnahmenkatalog primär aufzeigen, bei welchen Verstößen eine Strafanzeige erstattet werden muss. Generell gilt es, die Gründe aus denen Tierschutzverstöße begangen werden, in zukünftigen wissenschaftlichen Studien strategisch untersuchen zu lassen.

Ein Maßnahmenkatalog kann die Probleme im Bereich personeller Engpässe nicht lösen, was die Umsetzung der Ziele des Maßnahmenkatalogs erheblich erschwert. Holmes (2019) beschreibt in einem Tagungsbeitrag die Situation der Tierschutzdefizite in Europa und betont, dass die Anzahl der amtlichen Tierärzt:innen in einer risikoorientierten Weise an die spezifischen Anforderungen des Betriebs angepasst werden sollte. Ein höherer Prozentsatz von Verstößen sollte zu einer Erhöhung der Anzahl des amtlichen Personals führen. Um das Risiko zu bewerten, müssen die Tierärzt:innen in den Anlagen und in den Bezirksämtern laut Holmes regelmäßig über Tierschutzfragen im Zusammenhang mit Schlachthöfen kommunizieren. Sie müssen auch technisch so ausgestattet sein, dass sie den Tierschutz angemessen überwachen und bewerten können. Holmes hebt hervor, dass das amtliche Personal zuverlässige Unterstützung durch ihre Bezirksämter benötigt. Darüber hinaus darf das Melden von Verstößen an die zuständigen Behörden nicht länger stigmatisiert werden (Holmes 2019). Diese Themen benötigen andere Ansatzpunkte als einen Maßnahmenkatalog.

Auch durch das aktuelle Rechtssystem bestehende Defizite können nicht durch einen Maßnahmenkatalog adressiert werden. Die Juristin Johanna Hahn schrieb dazu, dass „regelmäßig“ schwere Misshandlungen wie Schlachtungen unter fehlerhafter Betäubung mit dem geltenden Recht „nicht effektiv geahndet werden“. Erforderlich wären durchgreifende Reformen. Um Verstöße zu erfassen (und zu verhindern), „wäre zunächst vor allem eine durchgehende Anwesenheitspflicht von amtlichen Veterinären bei der Betäubung und Tötung erforderlich. Zudem wäre es sinnvoll, gesetzlich festzulegen, wie viele Tiere ein Mitarbeiter pro Stunde stechen darf – derzeit gibt es keine Höchstgrenzen.“

Eine Limitation der Online-Umfrage ist die, dass die erhobenen Daten nicht validiert werden können, da sie im Rahmen einer freiwilligen und anonymen Umfrage erhoben wurden. Aufgrund der Freiwilligkeit ist es nicht möglich gewesen, Daten von der Gesamtheit des amtlichen Personals am Schlachtbetrieb zu erheben. So wurden nicht alle Tierschutzverstöße in den vergangenen Jahren erfasst. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass zu Verstößen, die in einem Schlachthof aufgetreten sind, mehrmals Angaben von unterschiedlichen Personen der tierärztlichen Überwachung, die an diesem Schlachthof tätig waren, in der Umfrage gemacht wurden. Es ist beispielsweise denkbar, dass sowohl der bzw. die Tierschutzbeauftragte und die verantwortliche amtliche Tierärzt:in, die am selben Schlachthof arbeiten, über dieselben Fälle berichtet haben könnten. Da die Anzahl und Kontaktinformationen von am Schlachthof tätigem amtlichen Personal, Amtstierärzt:innen und Tierschutzbeauftragten nicht öffentlich zugänglich sind, können keine Aussagen über die Repräsentativität der erzielten Ergebnisse gemacht werden. Die Anzahl der Vorfälle von Verstößen gegen den Tierschutz ist wahrscheinlich wesentlich höher als die hier berichtete, da Überwachungspersonal nicht durchgängig an jeder relevanten Schlachtprozessstufe anwesend ist. Dies würde dafürsprechen, dass das hier berechnete Vorkommen geringer ist als die tatsächliche Anzahl von Verstößen gegen den Tierschutz. Fachpersonal, welches in ihren Arbeitsumgebungen eine höhere Anzahl von Verstößen gegen den Tierschutz festgestellt hat, war unter solchen Umständen möglicherweise eher bereit, an dieser Umfrage teilzunehmen. Folglich könnten Personen mit geringen oder keinen derartigen Erfahrungen weniger motiviert gewesen sein, an der Umfrage teilzunehmen. Zudem könnte man erwarten, dass die Einhaltung von Tierschutzgesetzen und -vorschriften in Anwesenheit amtlicher Tierärzte und Tierärztinnen höher ist. Dies ist jedoch eine für Umfragen gewöhnliche Problematik und muss daher im Verhältnis zum dadurch gewonnenen Nutzen betrachtet werden. In der im Zuge dieser Studie durchgeführten Umfrage konnten Teilnehmer:innen aufgrund der sehr begrenzten demographischen Fragen, welche auch keine Pflichtfragen darstellten, ihre Anonymität bewahren und ihre fachliche Meinung und Erfahrungen mitteilen, ohne Bedenken haben zu müssen, dass ihre Person identifiziert werden könnte. Dies hat den Nachteil, dass

nun unbekannt ist, ob die Teilnehmer:innen relativ gesehen überproportional aus einem Bundesland stammten oder sogar mehrfach Angaben zum gleichen Verstoß gemacht wurden. Durch die anonyme Umfrage ist es auch unklar, ob die Teilnehmenden ein tiefes Wissen über den Vollzug der Tierschutzgesetzgebung am Schlachtbetrieb haben. Möglicherweise wurden Aussagen über Fälle gemacht, mit denen sie sich noch nie befasst hatten. Dieses Defizit wird jedoch durch die gesammelten gerichtlichen Entscheidungen zumindest teilweise ausgeglichen.

Im Zuge dieser Arbeit konnten nicht alle gerichtlichen Entscheidungen akquiriert werden. Weitere Fälle von Verurteilungen nach Straftaten sind aus Presseveröffentlichungen und Zeitungsartikeln bekannt. Diese konnten allerdings nicht in die Untersuchung einbezogen werden, weil das Aktenzeichen fehlte. In anderen Fällen wurden allerdings Datenschutzbedenken als Grund dafür genannt, die angefragte gerichtliche Entscheidung nicht zu übermitteln.

6 ZUSAMMENFASSUNG

Derzeit existieren nur wenige Daten über das Auftreten verschiedener Verstöße gegen tierschutzrechtliche Normen in deutschen Schlachtbetrieben. Wissenschaftliche Literatur und offizielle Dokumente bieten lediglich eine limitierte Auswahl der Verstöße, die in der Vergangenheit aufgetreten sind. Die Datenerfassung zu eingeleiteten Maßnahmen nach Verstößen in Schlachtbetrieben ist ebenfalls sehr begrenzt. Die juristische Fachliteratur weist auf ein Vollzugsdefizit im Zusammenhang mit dem Tierschutz in deutschen Schlachtbetrieben hin. Aus diesem Grund ist das finale Ziel dieser Arbeit die Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs, welcher sich insbesondere an amtliche Tierärzt:innen und Amtstierärztinnen richtet, aber auch an weitere Personen, die für die Tierschutzüberwachung und den Vollzug tierschutzrechtlicher Normen an Schlachtbetrieben verantwortlich sind, wie beispielweise Tierschutzbeauftragte und Jurist:innen. Zwei wichtige Bestandteile der Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs ist erstens die Zusammenstellung von Handlungsempfehlungen zum Gesetzesvollzug bei Verstößen gegen den Tierschutz und zweitens die retrospektive Analyse des Vorkommens unterschiedlicher Tierschutzverstöße in deutschen Schlachtbetrieben. Dabei wurden Verstöße in den folgenden fünf verschiedenen Funktionsbereichen bzw. Kategorien hinsichtlich des Schlachtprozesses berücksichtigt: (1) Anwendung verbotener Treibhilfen sowie Gewalt beim Treiben, (2) tierschutzwidrige Unterbringung und Versorgung der Tiere im Wartebereich, (3) tierschutzwidriger Umgang mit Tieren mit besonderem Betreuungsbedarf, (4) Tierschutzverstöße bei der Durchführung der Ruhigstellung, Betäubung, Nachbetäubung und Entblutung sowie (5) fehlender Sachkundenachweis.

Um den aktuellen Stand der Rechtsdurchsetzung zu untersuchen, wurden fünf Schritte implementiert: 1. die Beschaffung relevanter gerichtlicher Entscheidungen, 2. die Durchführung einer anonymen Online-Umfrage unter den mit dem Vollzug tierschutzrechtlicher Normen am Schlachtbetrieb betrauten Personen, 3. halbstrukturierte Interviews mit amtlichen Tierärzt:innen, 4. ein virtuelles Kolloquium mit amtlichen Tierärzt:innen und 5. die Konsultation von Anwäl:innen. Die Analyse des Auftretens unterschiedlicher Verstöße setzte sich aus zwei Hauptteilen zusammen: a) einer Auswertung der Daten, die in einer Online-Umfrage gesammelt wurden, und b) einer Analyse relevanter gerichtlicher Entscheidungen.

Diese Untersuchung hat zusammengefasst, welche Maßnahmen und Strafen die Teilnehmenden einer Online-Umfrage, Teilnehmer:innen, amtliche Tierärzt:innen eines Online-Kolloquiums sowie Strafverfolgungsbehörden als angemessen erachten und welche Maßnahmen in der Vergangenheit ergriffen wurden. Rechtliche Zitate und Zusammenfassungen relevanter Gerichtsentscheidungen wurden ebenfalls aufgenommen.

Dies stellt den aktuellen Stand der Rechtsdurchsetzung für verschiedene Fälle von Verstößen gegen den Tierschutz im Schlachthof dar. Die Online-Umfrage legt nahe, dass einige verantwortliche Organe nicht die erforderlichen Maßnahmen und Strafen einleiten, wie es das Gesetz vorschreibt. Möglicherweise werden weitere Schulungen benötigt, um Verstöße gegen den Tierschutz zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. In den Jahren 2019 bis 2021 traten Verstöße am häufigsten in den folgenden Funktionsbereichen bzw. Kategorien auf: Verwendung verbotener Hilfsmittel beim Treiben; unzureichende Haltung im Wartebereich; unsachgemäße Fixierung, Betäubung und Blutung von Tieren. Den Zeitrahmen von 2019 bis 2021 betreffend wurden in den Arbeitsumgebungen von über 50% der befragten Teilnehmer fünf spezifische Verstöße in diesen Funktionsbereichen bzw. Kategorien gemeldet.

Diese Arbeit legt mit zwei entscheidenden Schritten einen Grundstein für die Verbesserung des Tierschutzes in deutschen Schlachtbetrieben. Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Arbeit liefern einen möglichen Hinweis auf die Notwendigkeit, die Durchsetzung tierschutzrechtlicher Normen zu verbessern. Dies muss jedoch in zukünftigen Studien validiert werden. Der fertiggestellte Maßnahmenkatalog kann zu einer konsistenteren und standardisierten Durchsetzung des deutschen Tierschutzgesetzes beitragen. Die Identifikation von Mängeln beim Schlachten kann auch als Grundlage für die Verbesserung der Schulung des amtlichen Personals dienen. In diesem Sinne könnte ein Maßnahmenkatalog dazu beitragen, die Anzahl der Verstöße gegen den Tierschutz in deutschen Schlachthöfen zu reduzieren.

7 SUMMARY

Currently, only limited data exists regarding the occurrence of various violations of animal welfare regulations in German abattoirs. Scientific literature and official documents offer only a restricted selection of the violations that have occurred in the past. Data collection regarding actions taken following violations in abattoirs is also very limited. Legal literature indicates a deficit in enforcement concerning animal welfare in German abattoirs. Therefore, the ultimate goal of this study is to develop guidelines, primarily targeting official veterinarians but also other individuals responsible for monitoring and enforcing animal welfare regulations in abattoirs, such as animal welfare officers and legal professionals. Two crucial components of developing guidelines involve compiling recommendations for law enforcement regarding animal welfare violations and conducting a retrospective analysis of the occurrence of different animal welfare violations in German abattoirs. This analysis considered violations in the following five different functional areas or categories related to the slaughter process: (1) Use of prohibited driving aids and violence during driving, (2) Inappropriate housing and care of animals in the waiting area, (3) Mistreatment of animals with special care needs, (4) Animal welfare violations during stunning, immobilization, post-stunning, and bleeding, and (5) Lack of expertise certification.

To examine the current state of law enforcement, five steps were implemented: 1. Procurement of relevant judicial decisions, 2. Conducting an anonymous online survey among individuals responsible for enforcing animal welfare regulations at abattoirs, 3. Semi-structured interviews with official veterinarians, 4. A virtual colloquium with official veterinarians, and 5. Consultation with legal professionals. The analysis of the occurrence of different violations consisted of two main parts: a) an evaluation of data collected in an online survey and b) an analysis of relevant judicial decisions. This study summarized the measures and penalties that survey participants, participants in the online colloquium of official veterinarians, and law enforcement agencies consider appropriate and which measures have been taken in the past. Legal quotations and summaries of relevant judicial decisions were also included. This represents the current state of legal enforcement for various cases of animal welfare violations in abattoirs. The online survey suggests that some responsible authorities do not initiate the necessary measures and penalties as required by law. Further training may be needed to identify animal welfare violations and take necessary actions. Between 2019 and 2021, violations most commonly occurred in the following functional areas or categories: use of prohibited aids during driving; inadequate housing in the waiting area; improper fixation, stunning, and bleeding of animals. Five specific violations in these functional areas or categories were reported to have occurred in work environments of over 50% of surveyed participants between 2019 and 2021.

This study lays a cornerstone for improving animal welfare in German abattoirs with two critical steps. The complete set of guidelines of measures can contribute to a more consistent and standardized enforcement of German animal welfare laws. The results of this study provide a possible indication of the need to improve the enforcement of animal welfare regulations, although this must be validated in future studies. Identifying deficiencies in slaughter practices can also serve as a basis for improving the training of official personnel. In this regard, guidelines could help reduce the number of animal welfare violations in German abattoirs.

8 PUBLIKATIONSVERZEICHNIS

8.1 Publikationen mit Erstautorenschaft

Schneidewind S, Meemken D, Langforth S (2023):

Measures and Penalties for Animal Welfare Violations at German Abattoirs: A Compilation of Current Recommendations and Practices

Animals, 13(18), 2916. doi: <https://doi.org/10.3390/ani13182916>

Schneidewind S, Langforth S, Meemken D (2024):

Animal Welfare at German Abattoirs: Insights into the Occurrence of Violations against Laws and Regulations from Official Veterinarians and Judicial Decisions

Frontiers in Veterinary Science, 11, 1354039. doi: <https://doi.org/10.3389/fvets.2024.1354039>

8.2 Vorträge

„Für ein Mehr an Tierschutz: Entwicklung eines Maßnahmen- und Strafmaßkatalogs für Tierschutzverstöße an Schlachtbetrieben in Deutschland“. Schneidewind, S.; Meemken, D.; Langforth, S., am 02.03.2022, 22. Fachtagung für Fleisch- und Geflügelfleischhygiene, Berlin, 01.-02.03.2022.

„Erste Ergebnisse einer deutschlandweiten Online-Befragung zu Tierschutzverstößen an deutschen Schlachtbetrieben“. Schneidewind, S.; Meemken, D.; Langforth, S., am 24.06.2022, Tagung der Tierärztlichen Plattform Tierschutz (TPT), Fulda, 24. – 25.06.2022.

„Herausforderungen beim Vollzug tierschutzrechtlicher Vorschriften am Schlachthof: Ergebnisse einer Umfrage zu vorgeschlagenen und eingeleiteten Maßnahmen“. Schneidewind, S.; Meemken, D.; Langforth, S., am 01.09.2022, Webinar „Aktuelle Probleme des Tierschutzes“, 01.09. – 02.09.2022.

„Analyse der relativen Häufigkeiten von Tierschutzverstößen an deutschen Schlachtbetrieben“. Schneidewind, S.; Meemken, D.; Langforth, S., am 28.02.2023, 23. Fachtagung für Fleisch- und Geflügelfleischhygiene, Berlin, 28.02. – 01.03.2023.

„Erfahrungen aus der Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs für Tierschutzverstöße an deutschen Schlachtbetrieben“. Schneidewind, S.; Meemken, D.; Langforth, S., am 16.03.2023, 28. Internationale Fachtagung zum Thema Tierschutz, München, 16. – 18.03.2023.

“How to scientifically develop a catalogue of measures and penalties against breaches of animal welfare laws and regulations in abattoirs”. Schneidewind, S.; Meemken, D.; Langforth, S. am 20.06.2023, UFAW Online Animal Welfare Conference 2023, online 20. – 21.06.2023.

“Ergebnisse einer deutschlandweiten Online-Befragung zu Tierschutzverstößen an deutschen Schlachtbetrieben und Erfassung des Wiederkauverhaltens als Tierbasierter Indikator für Tierwohl beim Schaf”. Schneidewind, S.; Meemken, D.; Langforth, S., am 07.03.2024, Tierpflegerfortbildung – Webinar.

9 LITERATURVERZEICHNIS

Bergschmidt A (2015):

Eine explorative Analyse der Zusammenarbeit zwischen Veterinärämtern und Staatsanwaltschaften bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz.

Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig (No. 41). Thünen Working Paper.

Braunmiller (2021):

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung

des Strafgesetzbuches und des Tierschutzgesetzes“

Stellungnahme des Einzelsachverständigen für die 83. Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (BT-Drucksache 19/27752)

Bräutigam F (2023):

Ein typischer Strafprozess steht an

Recht richtig formulieren: Ein Handbuch mit Beispielen aus der journalistischen Praxis

Auflage 1, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 33-74

Bruckert F, Mödinger M, Schmidt C (2021):

ÖR-Fortgeschrittenenhausarbeit zum Polizei- und Vollstreckungsrecht: Dicke Luft um Komfortkamine.

JURA-Juristische Ausbildung, 43(5), 556-570. doi: 10.1515/jura-2019-2391

bsi-Schwarzenbek (2013):

Gute fachliche Praxis der tierschutzgerechten Schlachtung von Rind und Schwein

Abgerufen am: 13.03.2024 um 13.05 Uhr, von http://www.bsi-schwarzenbek.de/Dokumente/bsi_gute_Praxis_4_13.pdf

Bundesamt für Verfassungsschutz (2022):

Opportunitätsprinzip

Abgerufen am: 13.03.2024 um 12.35 Uhr, von

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glosaareintraege/DE/O/opportunitaetsprinzip.html>

Bundestierärztekammer e.V. (2019):

Leitfaden zum Erwerb zusätzlicher Kompetenzen für die Aufgabenwahrnehmung als amtliche Tierärztin/amtlicher Tierarzt in der Schlachttier- und Fleischuntersuchung Stand Januar 2019

Abgerufen am: 13.03.2024 um 09.02, von <https://www.bundestieraerztekammer.de/>

Bülte J und Dihlmann A (2022):

Reform des Tierschutzkriminalstrafrechts zur effektiven Bekämpfung von Tierquälerei- Entwurf einer Strafvorschrift gegen die Tierquälerei im Strafgesetzbuch–Gutachten im Auftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag (12) 23-80

Duckwitz V, Eichler F, Isbrandt R, Nicolaison S, Langkabel N, Wiegard M, Meemken D, Thöne-Reineke C, Doherr M (2022):

Resultate einer Expert:innenbefragung zur Tierschutzrelevanz einzelner Prozessschritte und deren Verbesserungspotenzial durch Schulungen bei Transport und Schlachtung von Rind und Schwein.

Abstract in BfR Abstracts

22. Fachtagung für Fleisch- und Geflügelfleischhygiene, Berlin,

BfR-Hausdruckerei Marienfelde

ISBN 978-3-00-070935-7

Drucksache 16 / 8998 (2020):

Antrag der Abg. Klaus Hoher u. a. FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Tierschutz-Vollzug und Tierschutz beim Schlachten in Baden-Württemberg: Tierschutz-Vollzug und Tierschutz beim Schlachten in Baden-Württemberg

Abgerufen am: 18.03.2024 um 09.55 Uhr, von https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8998_D.pdf

Drucksache 16 / 8920 (2020):

Antrag der Abg. Jonas Weber u. a. SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Einhaltung von Tierschutzbestimmungen im Schlachthof Gärtringen und in den anderen Schlachthöfen des Landes

Abgerufen am: 18.03.2024 um 09.58 Uhr, von https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8920_D.pdf

Drucksache 17/17245

17. Wahlperiode 25.09.2017 17/17245 Bayerischer Landtag Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Rosi Steinberger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.05.2017 Missstände am Schlachthof Fürstenfeldbruck (Brucker Schlachthof)

Abgerufen am: 13.03.2024 um 09.49 Uhr, von

<https://polit-x.de/en/documents/459499/germany/federal-states/bavaria/landtag/documents/schriftliche-anfrage-2017-09-26-schlachthof-furstenfeldbruck-brucker-schlachthof>

Fötschl H (2013):

Tierschutzvergehen am Schlachthof.

Tierschutz: Anspruch – Verantwortung – Realität. Tagungsbericht der 4. ÖTT-Tagung, Wien, Sektion Tierhaltung und Tierschutz der Österreichischen Gesellschaft der Tierärzte

ISBN 987-3-9502915-4-4

Forst L (2022):

Tierärzteverband: Personalmangel Gefährdet Fleischuntersuchung

Abgerufen am: 16.03.2024 um 08.15 Uhr, von

<https://www.landundforst.de/landwirtschaft/tier/tieraerzteverband-personalmangel-gefaehrdet-fleischuntersuchung-567863>

Frisch C, Merl K (2019):

Tierschutzkontrollen in handwerklichen Schlachtbetrieben.

Rundschau für Fleischhygiene und Lebensmittelüberwachung, 71; 10, 338-341

Helmer M (2011):

Töten von Tieren

Abgerufen am: 13.03.2024 um 08.15 Uhr, von

<https://www.lgl.bayern.de/tiergesundheit/tierschutz/toetung/index.html>

Hahn J (2021a):

Tierquälerei gemäß § 17 TierSchG auf Schlachthöfen

Abgerufen am: 13.03.2024 um 09.24 Uhr, von <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unser-haus/die-landesbeauftragte-fuer-tierschutz/veranstaltungen>

Hahn J (2021b):

Strafzumessung bei Tierschutzdelikten.

NuR 43, 165–168. doi: <https://doi.org/10.1007/s10357-021-3813-7>

Hahn J und Kari A (2022):

Tiermisshandlungen wegen "baulicher Mängel" in Schlachtbetrieben—eine strafrechtliche Betrachtung.

Natur und Recht, 44(2), 96-102. doi: 10.1007/s10357-022-3956-1

Hahn und Hoven (2022):

Strafrechtliche Verfolgung von Tierschutzkriminalität in der Landwirtschaft

1 Auflage, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG -

ISBN (ePDF): 978-3-7489-3494-3

Holmes R (2019):

Animal welfare at transport and slaughter

Safe Pork 13(1), 40–41. doi: <https://doi.org/safepork.11143>

von Holleben K und von Wenzlawowicz (2008):

Aspekte des Tierschutzes bei Transport und Schlachtung.

Achim Spiller und Birgit Schulze (Hg.) Zukunftsperspektiven der Fleischwirtschaft, 443.

Iburg (2010):

Mängel des geltenden Tierschutzstrafrechts aus der Sicht der Staatsanwaltschaft

Natur und Recht, 32(6), 395-397. doi: <https://doi.org/10.1007/s10357-010-1887-8>

ISIK Rechtsanwälte (2024):

Verstoß gegen das Tierschutzgesetz

Abgerufen am: 13.03.2024 um 12.20 Uhr, von <https://www.rechtsanwalt-in-hannover.de/strafrecht-im-ueberblick/versto%C3%9F-gegen-das-tierschutzgesetz>

Kari A (2021):

Der Amtstierarzt als Zeuge oder Sachverständiger in Tierschutzstrafverfahren.
Amtstierärztlicher Dienst und Lebensmittelkontrolle. 28. Jahrgang - 3/202, 166-170

Leondarakis K und Kohlstedt N (2011):

Die Reichweite des § 16a Tierschutzgesetz - Praktische Anwendung, Befugnisse und die Pflichten der Exekutive

Abgerufen am: 13.03.2024 um 09.56 Uhr, von
https://tierschutz.hessen.de/sites/tierschutz.hessen.de/files/2022-11/leondarakis_die_reichtweite_des_ss16a.pdf

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(2019):

Merkblatt tierschutzrelevante Mängel bei der Schlachtung

Abgerufen am: 13.03.2024 um 13.00 Uhr, von
https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/tiergesundheit_tierschutz/tierschutz_allgemein/toeten-und-schlachten-von-tieren-5058.html

Plange D und Willimzik H (2019): Rechtsprechung EuGH, 29.05.2018 - C-426/16

Abgerufen am: 13.03.2024 um 08.45 Uhr, von
<https://dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=EuGH&Datum=29.05.2018&AktENZEICHEN=C-426%2F16>

Regierungsbezirk Kassel (2019):

Ordnungswidrigkeiten nach § 18 des Tierschutzgesetzes
(erlassene Bußgeldbescheide)

Reymann T (2016):

Vergleichende Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen Anhand Rechtlicher Vorgaben und Fachlicher Leitparameter.

Dissertation, LMU München: Tierärztliche Fakultät. doi: 10.5282/edoc.19189

Schlüter A (2006):

Die amtliche Fleischuntersuchung der Tierart Rind in Deutschland: Retrospektiven, Status quo und Perspektiven.

Dissertation, LMU München: Tierärztliche Fakultät. doi: 10.5282/edoc.5067

Siegert J (2022):

Die Wirkweite des Staatsziels Tierschutz–Art. 20a GG in Theorie und Praxis

Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg–Wissenschaft Online (2), 243-272. doi: <https://doi.org/10.11588/srzwo.2022.2.92981>

Thilo A (2020):

Die Garantenstellung des Amtstierarztes.

1., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

ISBN (ePDF): 978-3-7489-0799-2

Troeger K (2008):

Tierschutzgerechtes Schlachten von Schweinen: Defizite und Lösungsansätze

Tierärztliche Praxis Ausgabe G: Großtiere/Nutztiere, 36(S 01), 34-38

Vorlage 17/4904 (2021):

Tierschutz – Verdacht des illegalen Schächtens in einem Schlachtbetrieb im Kreis Unna

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Abgerufen am: 18.03.2024 um 09.50 Uhr, von <https://polit-x.de/de/documents/5299901/deutschland/bundeslander/nordrhein->

westfalen/landtag/dokumente/vorlage-2021-03-25-tierschutz-verdacht-des-illegalen-schachtens-in-einem-schlachtbetrieb-im-kreis-unna

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2018):

Videoüberwachung in Schlachthöfen

Ausarbeitung WD 3 - 3000 - 073/18

Abgerufen am: 13.03.2024 um 09.38 Uhr, von

<https://www.bundestag.de/resource/blob/556766/d6c2b651e9a1cbdc9a0cf0b3143f8b80/WD-3-073-18-pdf-data.pdf>

10 DANKSAGUNG

Ich möchte zunächst meiner Doktormutter, Univ.-Prof. Dr. Diana Meemken, meinen tiefsten Dank aussprechen. Ihre Unterstützung und Ermutigung während meiner gesamten Forschungsarbeit waren von unschätzbarem Wert. Dank ihr konnte ich über meine Grenzen hinauswachsen und wurde dazu motiviert, meinen Weg in der Wissenschaft fortzusetzen.

Ein besonderer Dank gebührt auch Dr. Susann Langforth, die mich als Betreuerin dieser wissenschaftlichen Arbeit mit wertvollen Ratschlägen und konstruktiver Kritik begleitet hat. Für unsere sehr angenehme Zusammenarbeit bin ich sehr dankbar.

Meinen Kollegen und Kolleginnen am ITTV (Institut für Tierschutz, Tierverhalten und Versuchstierkunde) sowie in der Arbeitsgruppe Fleischhygiene an der Freien Universität Berlin danke ich für den fachlichen Austausch und für die gemeinsamen Konferenzbesuche. Diese haben mein Denken geprägt und die Forschung auf vielfältige Weise bereichert.

Ich möchte auch meiner Familie und meinen Freunden, ganz besonders Iris und Stefan Schneidewind, einen außerordentlich großen Dank aussprechen, da sie mich während meines gesamten Lebens und insbesondere in den letzten Jahren so selbstverständlich und bedingungslos bei jedem Schritt unterstützt haben.

Schließlich möchte ich allen Personen danken, die auf verschiedene Weise zu dieser Arbeit beigetragen haben, sei es durch finanzielle Unterstützung (TVT - Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V.) oder kritische Fragen (Tagungsbesucher:innen).

11 EIDESTATTLICHE ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich, Stephanie Schneidewind, die Dissertationsarbeit „Gesetzesvollzug bei Verstößen gegen deutsche tierschutzrechtliche Normen: Entwicklung von Handlungsempfehlungen und retrospektive Analyse des Auftretens verschiedener Verstöße in deutschen Schlachtbetrieben“ selbständig angefertigt zu haben. Sämtliche Hilfsmittel, die ich verwendet habe, sind angegeben. Diese Promotionsarbeit ist in keinem früheren Promotionsverfahren angenommen oder abgelehnt worden.

Berlin, April 2024

Stephanie Schneidewind

12 FINANZIERUNG

Diese wissenschaftliche Arbeit erhielt finanzielle Unterstützung von der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e.V.

Mittel aus dieser Unterstützung wurden für die Finanzierung einer Publikation verwendet. Die Veröffentlichung einer zweiten Publikation wurde durch Mittel des Publikationsfonds der Freien Universität Berlin finanziert.

13 INTERESSENSKONFLIKTE

Im Rahmen dieser Arbeit bestehen keine Interessenskonflikte durch Zuwendungen Dritter.